

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

Die Sache Lenins und Stalins ist unbesiegbar	1
Die Weltföderation der Gewerkschaften lebt und wird leben	3
J. KOWALSKI — Eine neue Seite in der Geschichte des polnischen Volkes	6
L. BESYMENSKI — Die von den Amerikanern geplante Besitzergreifung Lothringens	11
Internationale Umschau (Notizen)	15
N. LAZINNIK — In der Demokratischen Volksrepublik Korea (Reisenotizen)	20
J. KOLOSSOW — In Mexiko (Reisenotizen)	23
Kritik und Bibliographie:	
M. RUBINSTEIN — Ein Buch über die Politik der Atom- imperialisten	27
Chronik der internationalen Ereignisse	31
Beilage: Für die Festigung der internationalen Gewerkschaftseinheit (Dokumente)	

5

26. Januar 1949

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Die Sache Lenins und Stalins ist unbesiegbar

DER 25. TODESTAG Wladimir Iljitsch Lenins ist nicht nur von den Völkern der Sowjetunion, sondern auch von den Massen der Werktätigen in allen anderen Ländern der Welt weithin begangen worden. Es scheint keinen Winkel der Erde zu geben, wo in diesen Tagen nicht der Name dieses größten Mannes genannt worden wäre, der der Menschheit den richtigen Weg in eine bessere Zukunft gewiesen hat.

Die verflossenen 25 Jahre waren eine Periode des Triumphs der Ideen Lenins, die in den Schriften des genialen Fortsetzers seines Werkes — Joseph Wissarionowitsch Stalins — weiterentwickelt worden sind. Den Bemühungen aller und jeglicher „Vernichter“ des Leninismus zum Trotz lebt und triumphiert die große Lehre Lenins. Seine unsterblichen Ideen bemächtigen sich mit jedem Tage immer mehr der Millionenmassen. Sie sind zur wichtigsten ideellen Triebkraft unserer Epoche geworden. Überall, wo die Volksmassen das ruhmreiche Banner des antiimperialistischen Kampfes entrollen, wo sie zum Schutze ihrer Lebensrechte und demokratischen Freiheiten, ihrer nationalen Würde und Ehre in die Schranken treten, stehen auf ihrem Banner die Namen Lenin und Stalin geschrieben.

Eine Verkörperung der großen Ideen Lenins ist der Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion. Die Geschichte der Entwicklung und der Festigung des Sowjetstaats ist ein anschaulicher Beweis für die Lebensfähigkeit und die gewaltige umgestaltende Kraft der Leninschen Ideen. Als Lenin starb, hatten die Völker unseres Landes erst die Anfangsschritte auf ihrem historischen Wege zum Kommunismus getan. Seitdem ist das Sowjetland unter der Führung der bolschewistischen Partei, unter der Führung des Genossen Stalin weit vorgekommen, der Erringung des von Lenin gesteckten großartigen Zieles — dem Kommunismus — entgegen.

Geleitet von der Lehre Lenins, vermochte das Sowjetvolk in einer beispiellos kurzen Frist das Glück seines Landes grundlegend zu verändern und die sozialistische Gesellschaft zu errichten,

von der die besten Geister der Menschheit jahrhundertlang geträumt hatten. Von 1928 bis 1940, also in kaum 13 Jahren, wurde trotz der von der kapitalistischen Umwelt bereiteten Hindernisse in der Wirtschaft und der Kultur des Landes ein gigantischer Sprung getan, wurde im ganzen Bewußtsein von Dutzenden Millionen Menschen ein Umschwung herbeigeführt. Die Sowjetunion, die zu einem erstklassigen sozialistischen Industrie- und Kollektivwirtschaftsstaat geworden ist, hat sich ihre volle technisch-ökonomische Unabhängigkeit von der kapitalistischen Welt gesichert, sie hat sich auf alle Zufälligkeiten und auf aktive Verteidigung gut vorbereitet.

Der Überfall der Heerhaufen Hitlers, die als Rammbock des Weltimperialismus handelten, vermochte den Vormarsch unseres Landes zum Kommunismus zeitweilig aufzuhalten, aber nicht zum Stillstand zu bringen. Die Sowjetunion warf ihre Feinde nieder und errang einen welthistorischen Sieg, der den Sieg der Lenin-Stalinschen Ideen bedeutet, auf deren Grundlage die sozialistische Gesellschafts- und Staatsordnung errichtet worden ist.

Ein ebensolcher Triumph des Leninismus sind die kolossalen Erfolge, die das Sowjetvolk im Nachkriegsaufbau errungen hat. Im Krieg wie im Frieden hat das Sowjetsystem seine gigantischen Vorzüge vor dem Kapitalismus bewiesen. Vor den Leningedenktagen wurden die amtlichen Ergebnisse der Erfüllung des Staatsplans der Wiederherstellung und Weiterentwicklung der Volkswirtschaft der Sowjetunion für das Jahr 1948, das dritte Jahr des Stalinschen Planjahrffünfts, veröffentlicht. Diese Ergebnisse zeigen, zu welchen Wundern des Arbeitsheroismus ein Volk fähig ist, das das Joch der Ausbeuter für immer abgeworfen hat, und welche großen Möglichkeiten der Sozialismus eröffnet. Schon dreieinhalb Jahre nach Beendigung des zerstörerischsten und blutigsten Krieges in der Geschichte unseres Heimatlandes liegt die Bruttoproduktion der Sowjetindustrie um 18 Prozent über dem Niveau des Vorkriegsjahres 1940. Auch die sozialistische

Landwirtschaft, die während des Krieges stark zu leiden hatte, konnte hervorragende Resultate erzielen. Im Jahre 1948 wurde in der Bruttogetreideernte das Vorkriegsniveau fast erreicht — sie überschritt 7 Milliarden Pud. Gleichzeitig ist der Reallohn der Werktätigen dank der Preissenkung und der Erhöhung der Kaufkraft des Sowjetrubels in einem Jahr auf mehr als das Doppelte gestiegen. Braucht man einen klareren Beweis für die Schöpferkraft der Leninschen Ideen, die in der Sowjetgesellschaft beschlossen liegen?

Währenddessen versinkt die kapitalistische Welt in dem Morast unlösbarer wirtschaftlicher und sozialer Widersprüche. Das Wirtschaftsleben der kapitalistischen Länder ist ausgesprochen unfähig, die Schwierigkeiten der Nachkriegszeit zu überwinden. Die allgemeine Krise des Kapitalismus hat sich verschärft. Erbitterte Klassenkonflikte zerreißen die kapitalistische Gesellschaft. Der Kontrast zwischen dem Aufschwung und Wachstum der Welt des Sozialismus und dem Niedergang der kapitalistischen Welt wird immer augenscheinlicher.

Vor vielen Jahren nannte Genosse Stalin, als er die internationale Bedeutung der im sozialistischen Aufbau der Sowjetunion erzielten Erfolge betonte, das Sowjetvolk „die Stoßbrigade des Weltproletariats“. In den abgelaufenen Jahren ist der Sowjetunion als erstem sozialistischen Land der Welt in dieser Hinsicht eine noch größere Rolle zugefallen.

Die Ideologen des Imperialismus und seine rechtssozialistischen Lakaien, die die Leninsche Lehre nicht zu widerlegen vermögen, bemühen sich vergeblich, die Bedeutung des Leninismus zu schmälern und seinen internationalen Charakter zu leugnen. Sie versuchen, ihre Herren und Gebieter mit der Behauptung zu beruhigen, Rußland sei nicht nur die Heimat des Leninismus, sondern auch das einzige Feld seiner praktischen Anwendung. In dem Vierteljahrhundert seit dem Tode Lenins ist diese Lüge endgültig enthüllt worden.

Der neueste Beweis für die internationale Bedeutung des Leninismus ist die Entstehung der volksdemokratischen Staatssysteme in den Ländern Mittel- und Südosteuropas, die festen Schrittes auf den Weg der sozialistischen Entwicklung eingeschwenkt sind.

Die gelehrten Lakaien des Kapitalismus haben schon zahlreiche Versuche unternommen, den Sinn der überaus tiefgehenden sozialen und politischen Prozesse in den Ländern der Volksdemokratie, deren Abfall vom Lager des Kapitalismus eine neue Bresche in das imperialistische System geschlagen hat, zu entstellen. Aber alle diese

Versuche machen stets und ständig Fiasko. Ist doch die in diesen Ländern errichtete neue Staatsmacht eine Volksmacht, die die betreffenden Staaten zur sozialistischen Gesellschaftsordnung führt. Die Erfahrungen der Länder der Volksdemokratie bestätigen die internationale Bedeutung der Leninschen Lehre von der Diktatur des Proletariats.

Gerade die Staatssysteme der Volksdemokratie in Osteuropa sind eine Erscheinungsform der von Lenin vorausgesehenen riesigen Mannigfaltigkeit der Formen des Übergangs zum Sozialismus. Gestützt auf den Beistand der Sowjetunion und der anderen volksdemokratischen Länder, erfüllen diese Staatssysteme, die die Herrschaft der Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse verkörpern, die wichtigsten Funktionen der Diktatur des Proletariats.

Auf Schritt und Tritt, in jedem beliebigen Teil der Welt sehen wir, wie die großen Leninschen Ideen, von den Massen aufgegriffen, zur stärksten Waffe im Kampfe der Werktätigen für die Erlösung von imperialistischer Unterjochung und Ausbeutung werden. Unter dem Banner Lenins kämpft und siegt das demokratische, antiimperialistische Lager, das die Sache der Demokratie und des Sozialismus, die Sache des Friedens und der allgemeinen Völkersicherheit vertritt. Der führende Machtfaktor in diesem Kampf ist die Arbeiterklasse, die die breitesten Schichten der Bauernschaft, der fortschrittlichen Geistesschaffenden, überhaupt aller geknechteten und enterbten Werktätigen um sich zusammenschließt. Die führende Rolle der Arbeiterklasse hat auch die gewaltigen Erfolge der von den Völkern der Kolonien und der abhängigen Länder getragenen nationalen Befreiungsbewegung möglich gemacht. Die Siege der chinesischen Demokratie, der antiimperialistischen Kampf der Völker Indonesiens, Malayas, Vietnams bestätigen wieder und immer wieder die Richtigkeit der Leninschen Ideen.

Die internationale Bedeutung des Leninismus ist gewaltig und unbestreitbar. Eine mittelbare Anerkennung der dräuenden Kraft der Leninschen Ideen ist in letzter Linie auch die tollwütige Kampagne der Verleumdung und der Repressalien gegen die Kommunisten und alle konsequenten Demokraten, die die reaktionären Kreise Westeuropas und Amerikas jetzt betreiben, da sie bestrebt sind, die historisch dem Untergang geweihte, den werktätigen Massen verhaßte Ordnung der Dinge, die auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht, um jeden Preis noch weiter aufrechtzuerhalten.

Aber ebensowenig wie es möglich ist, eine Lawine aufzuhalten, ebensowenig läßt sich die Verbreitung der Leninschen Ideen verhindern, die sich

einen Weg zum Herzen jedes werktätigen Menschen bahnen. Die Weltgeschichte zeigt, daß Terror und Repressalien ohnmächtig sind, wenn sie sich gegen fortgeschrittene, progressive Ideen der Gegenwart richten. Die Dunkelmänner, die Giordano Bruno auf dem Scheiterhaufen verbrannten, konnten der Drehung der Erde nicht Einhalt tun, sie konnten ihre Unbeweglichkeit nicht beweisen. Die amerikanische Reaktion verfolgt hunderttausende fortschrittliche Menschen ihres Landes einzig und allein dafür, daß sie es ablehnen, die sozialen Verhältnisse in den USA, wo ein Häuflein

von Plutokraten in Gold schwimmt und die unumschränkte Macht besitzt, während Dutzende Millionen einfacher Menschen Entbehrungen leiden, in Rechtlosigkeit leben und sich ständig vor dem morgigen Tag fürchten müssen, als die Krone der Schöpfung anzuerkennen. Aber mit solchen Verfolgungen läßt sich der Gang der Geschichte nicht aufhalten.

Die Kraft der Leninschen Ideen, die die ganze ehrliche, fortschrittliche Menschheit anzieht, ist unbesiegbare. Unbesiegbare ist die Sache Lenins und Stalins!

Die Weltföderation der Gewerkschaften lebt und wird leben

AUF der ordentlichen Tagung des Exekutivbüros der Weltföderation der Gewerkschaften, die Mitte Januar in Paris eröffnet wurde, haben die Feinde der Arbeitereinheit es schließlich gewagt, ihren lang gehegten Plan zur Ausführung zu bringen. Nachdem die Delegierten der Sowjetunion, Italiens und Chinas sowie der Generalsekretär der Föderation, Saillant, es abgelehnt hatten, bei dem schändlichen Akt der Selbstauflösung der Föderation mitzuwirken, haben die englisch-amerikanischen Vertreter ihre Drohung wahr gemacht und sind aus der Föderation ausgetreten. Kupers, der Vorsitzende einer der beiden holländischen Gewerkschaftszentralen, hat sich ihnen angeschlossen.

Versuche, die die Mehrheit der Teilnehmer der Exekutivbürotagung unternommen hat, um die Spalter von diesem für die Arbeiterklasse so schädlichen Schritt abzuhalten, verliefen resultatlos. Aus der Diskussion ging klar hervor, daß Deakin, Tewson und Carey mit dem vorgefaßten Beschluß nach Paris gekommen waren, einer Einigung aus dem Wege zu gehen und damit der internationalen Gewerkschaftseinheit, die sich während des zweiten Weltkriegs und danach herausgebildet hatte, einen Schlag zu versetzen. Deakin erklärte in Paris ausdrücklich: „Wir haben unsere Instruktionen und wir beabsichtigen, sie zu befolgen... Kein Kompromiß irgendwelchen Charakters ist für uns annehmbar.“

Deakin machte keine genauen Angaben, wer ihm und seinen Kollegen die Instruktionen erteilt hat, die Zerstörung der internationalen Einheit der Arbeiterklasse anzustreben. Das ist jedoch für die fortschrittliche Gewerkschaftsöffentlichkeit aller Länder kein Geheimnis. Solche Instruktionen können nur von den Feinden der Arbeiterklasse ausgehen — von den Monopolen und ihren politischen Ladenschwengeln, die sich durch Ausbeutung der Werktätigen märchenhafte Profite verschaffen und deshalb an einer Spaltung und Schwächung der Gewerkschaftsorganisationen und ihrer internationalen Vereinigung interessiert sind.

Vergebens haben Tewson und Deakin, als sie ihr unerhörtes Ultimatum stellten, die Weltföderation solle ihre Tätigkeit auf ein Jahr abbrechen, den Versuch gemacht, sich auf die Meinung der Mitglieder der britischen Trade Unions zu berufen. Die Arbeiter Englands haben von allem Anbeginn die verräterischen Absichten des Generalrats verurteilt. Der Vorschlag seiner Führer, die Tätigkeit der Weltföderation auf ein Jahr abbrechen, hat jenseits des Ärmelkanals ebensolche Empörung ausgelöst wie unter den Arbeitern Frankreichs, Italiens, Lateinamerikas, Australiens, Chinas und anderer Länder. Soweit das unter den Verhältnissen des bürokratischen Regimes, das die Generalratsführer den Trade Unions aufgezwungen haben, überhaupt möglich ist, sucht die

englische Arbeiterklasse auf sie einzuwirken. Eine Reihe großer Trade Unions und Trade-Union-Ausschüsse hat den Antrag des Generalrats verurteilt. Der Londoner Gewerkschaftsrat, der 600 000 Arbeiter und Angestellte oder ein Zehntel aller Mitglieder des britischen Trade-Union-Kongresses vertritt, faßte am 13. Januar eine Resolution, in der er seine Entrüstung kundtut über

„die Versuche, das Prestige und die Autorität der Weltföderation der Gewerkschaften zu untergraben zu einer Zeit, wo die internationale Solidarität der Arbeiterklasse für die Hebung des Lebensstandards und für die Abwendung der Gefahr eines Krieges gewaltige Bedeutung hat“.

Der Generalrat aber, der von ganz anderer Stelle Instruktionen erhält, hat diesen warnenden Stimmen kein Gehör geschenkt. Seine marschallisierten Führer haben gemeinsam mit ihren Helfershelfern und Initiatoren aus der Amerikanischen Arbeitsföderation und dem Kongreß der Industrieverbände beschlossen, die Weltföderation, deren Bestehen den englisch-amerikanischen Monopolen ein Dorn im Auge ist, um jeden Preis zum Zerfall zu bringen.

Die Parolen, die die Föderation auf ihre Banner geschrieben hat, die Parolen zum Kampf für restlose Ausmerzung des Faschismus, gegen die Gefahr eines neuen Krieges und seine Ursachen, für die Herstellung eines dauerhaften demokratischen Friedens bringen die Imperialisten in schäumende Wut. Sie sehen eine Gefahr für ihre Pläne in der bloßen Existenz dieser in der Geschichte der Arbeiterbewegung erstmalig dastehenden allumfassenden internationalen Gewerkschaftsorganisation, die sich das Ziel gesetzt hat, die Interessen der Werktätigen der ganzen Welt zu verteidigen und einen gemeinsamen Kampf der Gewerkschaften aller Länder gegen jegliche Anschläge auf deren wirtschaftliche und soziale Rechte und auf die demokratischen Freiheiten, für stetige Hebung des Lebensstandards und Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu organisieren. In den verfloßenen drei Jahren konnte die Föderation aus verschiedenen Gründen ihre Tätigkeit nicht in vollem Maße entfalten. Für die Pläne der Ausbeuter und Expansionisten aber erwies sie sich auch in ihrer heutigen Gestalt, sei es sozusagen auch nur potentiell, als bedrohlich. Sie suchten sie unter Heranziehung ihrer Agenten in der Arbeiterbewegung zu unterminieren.

Damit erklärt sich auch, warum die reaktionären Führer der Amerikanischen Arbeitsföderation den Kampf gegen die Weltföderation beinahe zum Kernpunkt ihrer Tätigkeit gemacht haben. Damit erklärt sich die verräterische Liquidations-

politik, die seit geraumer Zeit von den rechtsstehenden Führern des britischen Trade-Union-Kongresses und des Kongresses der Industrieverbände der USA im Hinblick auf die Föderation betrieben wird. Der Arbeiterklasse die Einheit — diese stärkste Waffe im Kampf für ihre Interessen — zu nehmen, das ist das Ziel, das von den Handlangern der Monopole verfolgt wird, was sie auch immer zu Ablenkungszwecken von ihrer Treue für die Ideale der Demokratie und die Sache der Werktätigen reden mögen.

Die Urheber des unrechtmäßigen und antidemokratischen Ultimatums konnten nicht annehmen, daß die aufrichtigen Anhänger der internationalen Zusammenarbeit der Arbeiterklasse auf ihre freche Forderung eingehen würden, die Tätigkeit der Weltföderation abzubreaken, noch dazu in einem Augenblick, wo die Gewerkschaften einer Reihe von Ländern, die grausamen Repressalien der Reaktion ausgesetzt sind, besonders der Führung und Hilfe der Föderation bedürfen. Dieser ganze Trick war somit von allem Anfang an nur darauf berechnet, einen passablen Vorwand zum Bruch mit der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterorganisationen der ganzen Welt zu finden.

Die Sowjetgewerkschaften, die ihrer Politik der internationalen Zusammenarbeit und proletarischen Solidarität treu sind, haben stets große Mühe darauf verwandt, die Einheit und Aktionsfähigkeit der Föderation sowie die hohen Prinzipien zu wahren, die in ihren Statuten niedergelegt sind. Aber gerade diesen Umstand suchen die Verleumder den Sowjetgewerkschaften als Schuld anzurechnen und verbreiten das unsinnige Gerücht, die Föderation sei zu einem „Werkzeug der russischen Politik“ geworden, in ihr nehme der „Sowjeteinfluß überhand“, usw. Aus diesem Versuch, die Schuld für die verräterische Handlungsweise von sich abzuwälzen, ist nichts geworden und konnte auch nichts werden. Die Ereignisse des letzten Jahres haben von dieser Verleumdung keinen Stein auf dem anderen gelassen. Tagaus, tagein haben sie die englisch-amerikanischen Spalter entlarvt, die sich mit Plänen zur Sprengung der Föderation trugen. Die Führer des Trade-Union-Generalrats und des Kongresses der Industrieverbände sabotierten Beschlüsse der Föderation in dem Bestreben, diese zu schwächen: sie suchten in ihren Reihen Meinungsverschiedenheiten zu stiften, anfangs in der Frage des knechtenden Marshallplans, dann in der Frage der Politik und Verwaltung der Föderation usw. Von November 1947 bis Januar 1949 wurden mindestens vier wütende Attacken gegen die Einheit der Föderation unternommen. Die Mehrheit

in den leitenden Körperschaften der Föderation mußte gewaltige Selbstbeherrschung und Geduld aufbringen, um diese Schädlingsakte zu paralisieren und die Weltföderation der Gewerkschaften, die eine gewaltige Nachkriegserrungenschaft der Arbeiterklasse darstellt, zu verteidigen.

Von den Monopolen angespornt, beschlossen die rechtsstehenden Führer des britischen Trade-Union-Kongresses und des Kongresses der Industrieverbände der USA jetzt aus der Föderation auszutreten, in der Annahme, dies würde unweigerlich deren Ende bedeuten. Deakin und Carey haben aber ihre Kräfte unverkennbar überschätzt, als sie annahmen, sie brauchten nur recht kräftig die Tür hinter sich zuzuschlagen, damit das Gebäude der internationalen Gewerkschaftseinheit in Staub zusammensinke. Die Weltföderation der Gewerkschaften ruht auf bedeutend stabilerem Fundament, als es ihren Feinden scheint. Sie ist zementiert mit dem Vertrauen und der Unterstützung Dutzender Millionen von Werktätigen in mehr als 60 Ländern, die sich zum gemeinsamen Kampf für ihre Interessen zusammengeschlossen haben.

Wie zu erwarten gewesen war, lehnte die Mehrheit der Exekutivbüromitglieder es ab, bei einer solchen schweren Untat wie die Liquidierung der Weltföderation der Gewerkschaften Hilfestellung zu leisten. Die Funktionäre, die wirklich den Willen der Massen zum Ausdruck bringen, wollten den Herostratenruhm von Zerstörern der Arbeiterereinheit, die um so teuren Preis erzielt worden ist, nicht mit Deakin und Carey teilen. Sie wiesen das Ultimatum der englisch-amerikanischen Gewerkschaftsführer zurück und schlugen im Einklang mit den demokratischen Prinzipien vor, die Frage der Zukunft der Föderation denjenigen Organen zur Erörterung zu unterbreiten, die den Statuten gemäß allein befugt sind, hierüber zu entscheiden. Zu diesem Zweck werden in allernächster Zeit Tagungen des Exekutivkomitees und des Generalrats der Föderation einberufen. Den Pseudodemokraten aus den Trade Unions ist damit ein Anschauungsunterricht in echter Demokratie erteilt worden.

Es unterliegt keinem Zweifel, wie der Beschluß der leitenden Körperschaften der Föderation ausfallen wird. Selbstverständlich ist nicht zu vermeiden, daß der Verrat der englisch-amerikanischen Gewerkschaftsführer an der Sache der internationalen Einheit sich schädlich auswirkt. Aber die Föderation wird leben und gedeihen, denn sie ist für die Arbeiterklasse aller Länder eine Notwendigkeit. Die Werktätigen der ganzen Welt würden es ihren Führern nie verzeihen, wenn sie

diese Körperschaft auflösten, ebensowenig wie die englischen und amerikanischen Werktätigen ihren Führern diesen Anschlag vergeben. Die Arbeiter Englands und der USA, ganz zu schweigen von denen Hollands, werden sich in aller kürzester Zeit davon überzeugen müssen, daß sie der Weltföderation der Gewerkschaften und der von ihr verkörperten internationalen proletarischen Solidarität nicht weniger, sondern wohl noch mehr bedürfen als alle andern.

Die reaktionäre Presse des Westens triumphiert und rechnet sich schon vorzeitig aus, wen Deakin und Carey aus den Reihen der Föderation mit sich fortführen werden. Man kann nicht behaupten, daß diese Berechnungen für die Feinde der Arbeiterbewegung beruhigend wären: schweren Herzens müssen sie zugeben, daß die absolute Mehrheit der Arbeiterorganisationen dem Banner der Föderation treu bleiben wird.

Dennoch hat der Schädlingsakt des britischen Trade-Union-Kongresses und des Kongresses der Industrieverbände der USA in reaktionären Kreisen Triumph ausgelöst. Nach dem Sprichwort, daß ein guter Hund immer seinem Herrn vorausläuft, geben die käuflichen Blätter die weiteren Pläne der Renegaten bekannt. Sie entwerfen Projekte zur Schaffung einer von den Erzreaktionären aus der Amerikanischen Arbeitsföderation vorbereiteten „antikommunistischen Gewerkschaftsinternationale“. Sie denken sich diese Organisation als Kettenhund und Verteidiger des Kapitalismus. Ihr Ziel würde es sein, gegen alle fortschrittlichen, vor allem gegen die sowjetischen Gewerkschaften und die der volksdemokratischen Länder anzukämpfen. Sie soll die Arbeiterorganisationen der kolonialen und abhängigen Länder aus der internationalen Arena verdrängen, denen man schon im voraus mit dem Dünkel von Kolonisatoren nahelegt, sich „auf regionaler Grundlage“ zusammenzuschließen. Ist daran zu zweifeln, daß alle diese Pläne und Berechnungen unweigerlich scheitern werden?!

In den Augen der Arbeiterklasse aller Länder war und bleibt die Weltföderation der Gewerkschaften die einzige Organisation, die das Recht und die Befugnis hat, im Namen der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu sprechen. Sie wird auch fürderhin wachsen und erstarken. Die Gewerkschaftsöffentlichkeit in der Sowjetunion wird, in der festen Überzeugung, daß das internationale Zusammenwirken der Arbeiter unabhängig von Rasse, Religion und politischer Anschauung möglich und erforderlich ist, ebenso wie früher die Föderation in jeglichem Beginnen unterstützen, das das Wohl der Werktätigen zum Ziel hat.

Eine neue Seite in der Geschichte des polnischen Volkes

J. KOWALSKI

DAS POLEN DES VOLKES ist sowohl politisch als auch in der Produktion von einem gewaltigen Aufschwung ergriffen, der hervorgerufen ist durch den Vereinigungsparteitag der Arbeiterparteien und seine epochemachenden Beschlüsse. Ständig kommen in Warschau Besucher — Arbeiter, Bauern, Soldaten, Geistes-schaffende — aus dem ganzen Lande an, die sich die Ausstellung der dem Parteitag von den Werktätigen dargebrachten Geschenke ansehen wollen.

In ganz Polen, von der Ostsee bis zu den Karpaten, von der Oder bis zum Bug klopfen die Hämmer geschäftiger, fahren die Eisenbahnzüge schneller, arbeiten die Menschen zuversichtlicher und froher. Schon am Eröffnungstage des Parteitags hatten die polnischen Arbeiter dem Land für 6 Milliarden Zloty Erzeugnisse über den Plan hinaus geliefert. Der Arbeitswetteifer nahm nach dem Zusammenschluß der Arbeiterparteien ein noch breiteres Ausmaß an.

Dadurch, daß die Spaltung in der Arbeiterklasse Polens beseitigt und eine Vereinigte Arbeiterpartei Polens geschaffen worden ist, die sich auf die siegreiche Lehre des Marxismus-Leninismus stützt, ist eine neue Phase im Leben des Landes, eine Periode des Kampfes für die Umgestaltung Polens zu einem sozialistischen Staat eröffnet worden.

Die Schaffung der marxistisch-leninistischen Vereinigten Arbeiterpartei und ihre Beschlüsse, deren Ziel es ist, das volksdemokratische System zu stärken, das Bündnis zwischen den Arbeitern und den werktätigen Bauern zu festigen und einen verstärkten Angriff der sozialistischen Elemente auf die Elemente der Ausbeutung und des Kapitalismus zu unternehmen, haben die Kräfte des polnischen Volkes verzehnfacht. Die Parteitagebeschlüsse und besonders die dort angenommene ideologische Deklaration gaben dem Volke die Möglichkeit, Bedeutung und Zweck ihrer Arbeit und ihres Kampfes gründlicher zu erfassen, das Wesen der Volksdemokratie und die Gesetzmäßigkeit ihrer Entwicklung auf dem Wege zum Sozialismus besser zu begreifen. Der Sechsjahrplan hat ihm die grandiose Perspektive eröffnet, in Polen den Grundstein des Sozialismus zu legen,

er hat ihm die praktischen Mittel und Kräfte gezeigt, die eingesetzt werden müssen, um das vor-gezeichnete Programm erfüllen zu können.

* * *

Die wichtigste Frage, die auf dem Vereinigungs-parteitag und in seinen Beschlüssen wissenschaftlich, marxistisch-leninistisch beleuchtet wurde, ist die Frage nach dem Wesen der Volksdemokratie. In dem Referat Boleslaw Bieruts und in der vom Kongreß angenommenen ideologischen Deklaration sind die historischen Voraussetzungen für das Entstehen der volksdemokratischen Macht und ihre inneren Entwicklungsgesetze definiert. In der ideologischen Deklaration heißt es:

„Die Volksdemokratie in Polen entstand infolge der Zerschmetterung des Hitlerfaschismus durch die Sowjetunion und im Ergebnis des Kampfes der Volksmassen unter der Führung der Arbeiterklasse. Die Volksdemokratie in Polen entstand als revolutionäre Macht der von der Arbeiterklasse geführten Volksmassen. Die Volksdemokratie entwickelt sich, gestützt auf die Hilfe der Sowjetunion und unter Ausnutzung ihrer historischen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus... Dadurch, daß sie die Macht der Werktätigen unter Leitung der Arbeiterklasse ausübt, kann und muß die Volksdemokratie, wie das bereits die Erfahrung bewiesen hat, in dieser historischen Situation mit Erfolg die wichtigsten Funktionen der Diktatur des Proletariats ausüben, die die Liquidierung der kapitalistischen Elemente und die Organisation der sozialistischen Wirtschaft bezwecken.“

Die gesamte Entwicklung des Polen des Volkes hat gezeigt, daß nur unter Führung der Arbeiterklasse, durch Festigung des Bündnisses der Arbeiter mit der werktätigen Bauernschaft sowie des volksdemokratischen Systems die Werktätigen imstande sind, ihre Errungenschaften zu bewahren und auszubauen und sich vor einem Wiederaufleben der Kapitalisten- und Gutsbesitzerherrschaft zu schützen. Das Erreichte hüten und fortentwickeln kann man nur durch verstärkten Kampf für die allmähliche Verdrängung und Liquidierung der kapitalistischen Elemente in Stadt und Land, durch Ausbau des sozialistischen Sektors in der Volkswirtschaft, durch Festigung der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie, sowie dadurch, daß man Polens Umwandlung in ein sozialistisches Land anstrebt.

Die Aufgabe der sozialistischen Entwicklung

Polens steht nicht nur deshalb auf der Tagesordnung, weil die polnische Arbeiterklasse, die in den 70 Jahren ihres revolutionären Kampfes ungezählte Opfer gebracht hat, um dieses edle, historisch bedeutende Ziel zu erreichen, sie leidenschaftlich herbeiwünscht. Die Lebensinteressen des ganzen polnischen Volkes machen sie dringend erforderlich. Denn nur der Sozialismus wird die Befreiung und Hebung der Produktivkräfte in Polen gewährleisten können, nur er ist imstande, das Land, ganz besonders aber das polnische Dorf aus den Ketten der wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit zu befreien. Nur der Sozialismus kann das allseitige Gedeihen Polens sicherstellen, seine Wehrfähigkeit stärken und seine Unabhängigkeit festigen.

Der Kampf für die sozialistische Entwicklung des Polen des Volkes wird bereits entfaltet, denn er ergibt sich mit eherner Notwendigkeit allein schon aus dem Wesen der Volksdemokratie, aus ihrer ganzen sozialen und ökonomischen Struktur. Der sozialistische Sektor in der Volkswirtschaft des Landes umfaßt mehr als 85 Prozent der Industrieproduktion, das gesamte Verkehrswesen, das Kreditsystem, den Außenhandel, den ganzen Großhandel und einen bedeutenden Teil des Kleinhandels. Die Aufgaben, die zur Erweiterung des sozialistischen Sektors zu erfüllen sind, stehen jedoch in unüberbrückbarem Gegensatz zu der Existenz und der Tätigkeit parasitärer, ausbeuterischer Elemente in Stadt und Dorf. Auf dem Vereinigungsparteitag in Warschau wurden Angaben gemacht, die zeigen, daß sich allein das private Handelskapital 1947 eine Summe von 144 Milliarden Złoty, d. h. zehn Prozent des polnischen Nationaleinkommens angeeignet hat. Natürlich kann man eine erfolgreiche Entwicklung der Volkswirtschaft nicht erzielen, wenn man diese nicht von den kapitalistischen Blutegeln befreit.

Das volksdemokratische System verfügt über ausreichende Kräfte und Mittel, um mit Unterstützung aller arbeitenden Bevölkerungsschichten den Widerstand der gestürzten Ausbeuterklassen zu brechen und die sozialistische Wirtschaft zu organisieren, d. h. auf diese Weise die wichtigsten Funktionen der Diktatur des Proletariats auszuüben.

In der ideologischen Deklaration sowie im Referat Bieruts wird darauf hingewiesen, daß die wichtigste und entscheidende Voraussetzung für die Bildung der volksdemokratischen Staatsordnung in Polen der weltbewegende Sieg der Sowjetunion über Hitlerdeutschland und die infolgedessen eingetretene Schwächung der internationalen Front des Imperialismus war.

Die Werktätigen Polens konnten sich vom Joch der einheimischen und ausländischen Ausbeuter befreien und verhältnismäßig schmerzlos eine antikapitalistische Revolution zuwege bringen, nur weil das große Land des Sozialismus, die Sowjetunion, besteht. Bolesław Bierut sagte in seinem Referat:

„Die Sowjetunion ermöglichte das Entstehen der Volksdemokratie, denn sie spielte bei der Zerschmetterung des Faschismus in Europa die entscheidende Rolle. Die Sowjetunion ermöglichte das Entstehen der Volksdemokratie, weil die unmittelbare Anwesenheit der Sowjetarmee unsere Klassenfeinde lähmte.“

Bahnbrechend auf dem Weg zu einem neuen, höheren Gesellschaftssystem war in der Geschichte das siegreiche Proletariat der Sowjetunion. Das Vorwärtsschreiten Polens über die Volksdemokratie zum Sozialismus ist in den Beschlüssen des Vereinigungsparteitags als eine Abart dieses Weges gekennzeichnet.

Der Sieg der Sowjetunion im Krieg gegen den Faschismus behütete Polen vor einer Intervention des ausländischen Imperialismus, und die allseitige Unterstützung durch das Sowjetvolk ersparte dem Land die Aussicht, sogleich wieder in Abhängigkeit von den Auslandsmonopolisten zu geraten.

Somit bestätigt die Entwicklung der volksdemokratischen Länder die kolossale internationale Bedeutung der Sowjetunion nochmals in überzeugender Weise. Die Erfolge im sozialistischen Aufbau des Sowjetlandes, dessen konsequenter Kampf für den Frieden sind zu einem ausschlaggebenden Faktor geworden, der sich auf den sozialen, ökonomischen und kulturellen Fortschritt anderer Staaten, vor allem der volksdemokratischen Länder, erleichternd und beschleunigend auswirkt.

Im Lichte der Parteitagsbeschlüsse erkannten die Werktätigen Polens noch deutlicher, daß der proletarische Internationalismus, die engste Freundschaft mit der Sowjetunion und mit den volksdemokratischen Bruderländern eine unerläßliche Vorbedingung für den unabhängigen Bestand und die Entwicklung des volksdemokratischen Polens sind. Der Kongreß definierte das Wesen der Volksdemokratie und unterstrich damit den Bankrott der falschen reformistischen Konzeptionen, die von den rechtsstehenden Führern der Sozialistischen Partei Polens (Wachowicz, Bień u. a.) vertreten wurden; diese Leute sahen die Volksdemokratie als eine „Synthese“ von Kapitalismus und Sozialismus an und bemühten sich, Polens Vorrücken auf dem Wege zum Sozialismus zu vereiteln. Ein neuer vernichtender Schlag wurde auch gegen die nationalstische Abweichung geführt, gegen die falschen

Anschauungen Gomółkas, gegen jegliche Tendenz, die Sache der Volksdemokratie, die Sache der sozialistischen Entwicklung Polens vom internationalen Kampf des Proletariats, in erster Linie vom Kampf der Werktätigen der Sowjetunion loszutrennen. Einmütig verurteilte der Parteitag die Versuche, Nationalismus, unter welcher Maske er auch immer auftreten mag, in die Vereinigte Arbeiterpartei einzuschleppen, und brandmarkte die verräterische Linie, die von der Titoclique in Jugoslawien verfolgt wird. Die ideologische Deklaration lautet weiter:

„Jedwede Tendenzen, die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu schwächen, richten sich gegen die Grundlagen der Volksdemokratie in Polen und gegen die Unabhängigkeit unseres Landes.“

Die Praxis zeigt, daß die Werktätigen Polens dieser Erklärung tiefes Verständnis entgegengebracht haben und sie billigen. Bei Berichten der Parteitagsdelegierten in Arbeiterversammlungen, die gegenwärtig in den Fabriken von Warschau und Łódź, in den Bergwerken und Betrieben Ober- und Niederschlesiens abgehalten werden, werden diese Versammlungen stets zu leidenschaftlichen Demonstrationen der Solidarität mit kommunistischen Parteien anderer Länder, vor allem mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Das polnische Volk offenbart seine große Erkenntlichkeit gegenüber dem heroischen Volk der Sowjetunion und dem genialen Führer der Werktätigen, dem großen Freund Polens, J. W. Stalin.

* * *

Der Parteitag schuf die Vereinigte Arbeiterpartei Polens, die berufen ist, zur vorwärtsdrängenden Kraft, zum Geist und Gewissen nicht nur der Arbeiterklasse, sondern des ganzen polnischen Volks zu werden.

Die Stärke und Bedeutung dieser Partei läßt sich nicht nur an der Zahl ihrer Mitglieder ermessen. Wichtig ist vor allem, daß der Spaltung in der Arbeiterklasse endgültig ein Ende bereitet ist, daß die rechtssozialistischen Reformisten vom politischen Schauplatz verschwunden sind. Den Agenten der polnischen Bourgeoisie und der ausländischen Imperialisten ist von jetzt ab der Weg zur Arbeiterklasse Polens verrammelt. Das Entstehen der Vereinigten Arbeiterpartei ist ein Triumph der revolutionären internationalistischen Traditionen der polnischen Arbeiterklasse. Die Kraft der neuen Arbeiterpartei liegt darin begründet, daß sie auf der einzigen wissenschaftlichen revolutionären Lehre, dem Marxismus-Leninismus, fußt. Die Stärke der Vereinigten Partei liegt darin, daß sie auf dem erprobten

Prinzip des demokratischen Zentralismus beruht, der ihrem Statut zugrunde liegt und die Partei zu einer festgefügtten Organisation der Kämpfer für das Wohl des Volkes macht.

Durch die Schaffung einer einheitlichen, festgefügtten marxistisch-leninistischen Partei spielt die Arbeiterklasse in gesteigertem Maße die führende Rolle, und auch das Bündnis der Arbeiter und der Werktätigen Polens hat sich dadurch gefestigt.

Wie aus den Erklärungen der Spitzenkörperschaften des Stronnictwo Ludowe und des erneuerten Polskie Stronnictwo Ludowe hervorgeht, wird die Bildung der Vereinigten Arbeiterpartei auch sehr viel zum Zusammenschluß der werktätigen Bauernschaft im Kampf für die gemeinsamen Lebensinteressen der Arbeiter und Bauern auf der Basis des Programms für den Aufbau des Sozialismus in Polen beitragen.

Daß die Arbeiterpartei eine größere Rolle spielt und einen verstärkten Einfluß auf das gesamte wirtschaftliche und öffentliche Leben Polens ausübt, kann an Hand gewisser Ziffern nachgewiesen werden. Die Partei hat gegenwärtig mehr als anderthalb Millionen Mitglieder, davon 973 000 Arbeiter, 268 000 Bauern und 309 000 Geistes-schaffende. Sie zählt 19 200 Betriebsorganisationen, 3800 Organisationen auf Staatsgütern und 23 700 in den Dörfern.

Die Vereinigte Arbeiterpartei ist in den Gewerkschaften Polens, die 3,3 Millionen Mitglieder zählen, führend; von den 30 304 Vorstandsmitgliedern gewerkschaftlicher Ortsgruppen sind 19 842 Mitglieder der Arbeiterpartei. Ebenso stark sind die Positionen der Vereinigten Arbeiterpartei im Polnischen Jugendverband und in der Liga polnischer Frauen. Im Bauernverband für gegenseitige Hilfe, der über 1 Million Mitglieder umfaßt, gehören von den 19 000 Mitgliedern der Kreisleitungen 9196 der Arbeiterpartei an.

Der Zusammenschluß der Arbeiterparteien hat die führende Rolle, die die Vertreter der Arbeiterklasse in den Organen der Staatsmacht und der Selbstverwaltung sowie im wirtschaftlichen Leben spielten, noch mehr gesteigert. So gehören von den 269 Vorsitzenden der Rady Narodowy in den Landkreisen 173 der Arbeiterpartei an, von den 66 Vorsitzenden der Rady Narodowy in den größten Städten 62. Auch von den 269 Landräten sind 192 Mitglieder dieser Partei, von 3832 Betriebsdirektoren und Leitern von Industrievereinigungen 2516.

Diese Zahlen lassen erkennen, wie populär die Vereinigte Arbeiterpartei Polens sowohl in den öffentlichen Massenorganisationen als auch im

Staats- und Wirtschaftsapparat des Landes ist, wieviel Autorität sie dort genießt. Die Ziffern zeigen, welch gewaltige Möglichkeiten die Partei besitzt, um wirksam breiteste Volksschichten für die Erfüllung der grandiosen Aufgaben zu mobilisieren, die im Sechsjahrplan im Rahmen des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus festgelegt sind. Die Hauptaufgaben, die dieser Plan umfaßt, wurden vor kurzem von dem Vereinigungs-parteitag bestätigt.

* * *

Welches sind die Grundprinzipien dieses Plans? Der Dreijahrplan, dessen Wirkungskdauer mit dem Jahre 1949 abläuft, hatte die Wiederherstellung der durch die hitlerfaschistischen Okkupanten ruinierten Volkswirtschaft Polens zum Hauptziel. Der Sechsjahrplan ist ein Programm für die Fortentwicklung und Rekonstruktion der polnischen Volkswirtschaft. Durch Erfüllung dieses Plans soll die wirtschaftliche Rückständigkeit des Landes weitgehend beseitigt werden, und zwar durch entscheidende Steigerung der Produktivkräfte Polens, besonders durch gesteigerte Erzeugung von Produktionsmitteln. Im Sechsjahrplan wird eine weitere Einschränkung der kapitalistischen Elemente in Aussicht genommen, um so ihren wesentlichen Einfluß auf die Volkswirtschaft auszuschalten. Die Durchführung dieses Plans wird für den freiwilligen Übergang der bäuerlichen kleinen Warenwirtschaft auf sozialistisches Geleise einen gewaltigen Fortschritt bedeuten; damit sollen die Quellen für ein Wiedererstehen und eine Entwicklung des Kapitalismus in Polen trockengelegt werden.

Schließlich soll durch Erfüllung des Sechsjahrplans der Lebensstandard und das Kulturniveau der breitesten Volksschichten bedeutend gehoben werden.

Dem neuen Plan zufolge wird die Industrie Polens in den sechs Planjahren um 85—95 Prozent mehr als 1949 produzieren. Das bedeutet, daß die Bruttoproduktion sich im Vergleich zur Vorkriegszeit mehr als verdreifachen, die Produktion pro Kopf der Bevölkerung sich mehr als vervierfachen wird.

Die Stahlerzeugung Polens wird sich in dieser Zeit verdoppeln, hauptsächlich durch den Bau eines großen Hüttenwerks mit Hilfe der Sowjetunion. Die Kohlenausbeute, die 1948 schon 70 Millionen Tonnen erreichte, wird bis Ende des Sechsjahrplans 95 Millionen Tonnen ausmachen, die Erzeugung von Kraftstrom wird sich gegenüber 1949 mehr als verdoppeln und den Vorkriegsstromverbrauch in Frankreich pro Kopf der Bevölkerung um mehr als das Doppelte übersteigen.

Im Einklang mit dem Sechsjahrplan soll die Produktion der metallbearbeitenden Industrie und des Maschinenbaus das Zweieinhalbfache der diesjährigen ausmachen, der Werkbankbau das Zwanzigfache seiner Vorkriegsproduktion. Im Jahre 1955 soll die polnische Kraftwagenindustrie, die erst im Entstehen ist, 15 000 Lastkraftwagen und 10 000 Personenwagen liefern.

Das Wachstum der Industrie wird für die Entwicklung und Modernisierung der Landwirtschaft von gewaltiger Bedeutung sein. Die Erzeugung von Traktoren wird sich im Vergleich zum laufenden Jahr verfünffachen oder gar versechsfachen, es sollen 10 000—12 000 Traktoren im Jahr hergestellt werden. Gleichzeitig soll eine moderne chemische Großindustrie geschaffen werden. Die Naturschätze des Landes bieten diesem Industriezweig große Aussichten. Dem Plan zufolge wird er nach der Kohlenindustrie den zweiten Platz in der Volkswirtschaft einnehmen. Im Laufe der sechs Planjahre soll die Produktion der chemischen Industrie um 300 Prozent, die Erzeugung von Stickstoffdüngemitteln um 350 Prozent steigen.

Im Sechsjahrplan ist eine bedeutende Zunahme der Produktion von Gebrauchsgütern vorgesehen. So z. B. soll die Erzeugung von Schuhwaren um das 2,5fache steigen, die Erzeugung von Woll- und Baumwollstoffen um 30—50 Prozent, von Leinen um 100 Prozent. Verstärkte Zuckerproduktion soll die Möglichkeit geben, den Zuckerverbrauch der Bevölkerung so zu erhöhen, daß er den im Vorkriegsfrankreich übertrifft. In den nächsten sechs Jahren wird beabsichtigt, in Polen neue Wohnhäuser mit insgesamt 520 000 Zimmern zu bauen. Der Lebensstandard der Bevölkerung wird doppelt so hoch sein wie vor dem Kriege.

In dem Plan sind genau die Mittel und Wege zur Hebung der Industrieproduktion Polens angegeben. Die Arbeitsproduktivität wird um 40 bis 45 Prozent zunehmen, und zwar durch Wettbewerb, Einführung von Maschinen für die verschiedenen Arbeitsprozesse sowie technische Neuerungen. Im Laufe der sechs Jahre sollen 350 neue Großbetriebe mit insgesamt etwa 300 000 Arbeitern eröffnet werden.

Bemerkenswert ist, daß die meisten neuen Betriebe sich in den Agrarbezirken Ost- und Nordpolens befinden werden. Dadurch wird sich die Ungleichmäßigkeit in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, dessen Industrie gegenwärtig vor allem im Westen und Südwesten konzentriert ist, bedeutend vermindern. Durch den Bau hunderter neuer Großbetriebe mit 200 000 Arbeitern in den Agrargebieten Polens wird der

Sozialismus neue mächtige Stützpunkte erhalten; die Arbeiterklasse wird in zunehmendem Maße ihre Rolle als Organisator von Millionen werktätiger Bauern in deren Kampf gegen die Dorfbourgeoisie, für die sozialistische Entwicklung der Landwirtschaft spielen.

Das im Sechsjahrplan in Aussicht genommene rasche Ansteigen der Industrieproduktion macht eine bedeutende Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion erforderlich, damit die Industrie mit Rohstoffen und die Stadtbevölkerung mit Lebensmitteln beliefert werden kann. Voranschlägen zufolge wird bei einer Steigerung der Industrieproduktion um 85—90 Prozent eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion um 35—45 Prozent notwendig sein. Was die Stückzahl der Rinder und Schweine betrifft, unter denen in den Jahren der Hitlerokkupation barbarisch gehaust wurde, so soll sie im Vergleich zur Gegenwart um 75—80 Prozent zunehmen.

Eine derart sprunghafte Fortentwicklung der landwirtschaftlichen Produktion ist unter kapitalistischen Verhältnissen undenkbar. Sie ist nur möglich auf Grund des Kampfes, der geführt wird, um in Polen das Fundament des Sozialismus zu legen. Ein Aufschwung im polnischen Dorf wird durch die machtvolle Entwicklung der sozialistischen Industrie möglich, die der Bauernschaft in sechs Jahren 50 000—60 000 Traktoren liefern und der Landwirtschaft ein Vielfaches der heutigen Kunstdüngemittel zur Verfügung stellen wird. Der Plan enthält Maßnahmen zur Elektrifizierung von 8000—10 000 Dörfern, zur weitgehenden Verbreitung agrotechnischer Kenntnisse und Umwandlung der Staatsgüter in Musterstätten der sozialistischen Landwirtschaft. Weitere Festigung des Bündnisses zwischen den Arbeitern und den werktätigen Bauern, unentwegte Einschränkung und Verdrängung der kapitalistischen Elemente im Dorf, Belieferung der werktätigen Bauernschaft mit Maschinen, ihr allmählicher, absolut freiwilliger Übergang zur kollektiven Wirtschaftsführung, — dies alles ist das Unterpfand für ein rasches Aufblühen des polnischen Dorfes.

Aber das ist noch nicht alles.

Der Sechsjahrplan wird zugleich auch ein Plan für eine Kulturrevolution sein, die das Analphabetentum im Lande beseitigen und den Kindern der Werktätigen weitgehende Bildungsmöglichkeiten verschaffen soll. Im Plan wird die Aufgabe gestellt, eine neue volksgeborene Intelligenz aus Arbeitern und werktätigen Bauern zu schaffen. In den nächsten sechs Jahren sollen 800 000 bis 900 000 Arbeiter umgeschult werden. Die Hoch-

schulen sollen 80 000—100 000 Techniker und 24 000 Ingenieure ausbilden. Wissenschaft, Kultur und Kunst werden in den Dienst des Volkes, in den Dienst des sozialistischen Aufbaus treten. Derart grandiose Ziele in der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung Polens können nur durch verstärkten Klassenkampf gegen die ausbeuterischen und reaktionären Elemente erreicht werden, die versuchen, das Land in seinem Vorwärtsschreiten aufzuhalten. Der Parteitag und die dort gegründete Vereinigte Arbeiterpartei hat, dem Streben der breitesten werktätigen Schichten folgend, sein Feuer gegen die Überreste der Reaktion gerichtet, darunter auch gegen die klerikale Reaktion, die jetzt zum Konzentrationspunkt der volksfeindlichen Kräfte geworden ist.

* * *

Dies sind in allgemeinen Zügen die Aufgaben, die den polnischen Werktätigen in der ideologischen Deklaration und im Sechsjahrplan gestellt werden. Als auf dem Parteitag, während des Referats von Minister Minc, an einer großen Landkarte Polens Hunderte von Lämpchen aufleuchteten, die die Punkte kennzeichneten, an denen im Rahmen des Sechsjahrplans neue Bergwerke und Fabriken entstehen sollen, da griff ein unbeschreiblicher Enthusiasmus unter den Anwesenden Platz. Die Delegierten erblickten in diesen Lichtern Fanale des morgigen Tages, Fanale des Sozialismus. Der Gedanke hieran erfüllt Millionen Werktätiger Polens mit Begeisterung.

Die polnische Arbeiterklasse, das polnische Volk verfügen über alles Notwendige zur Durchführung dieses Plans. Sie haben die Staatsmacht in ihren Händen. Die polnische Arbeiterklasse ist geeint wie nie zuvor, sie hat eine mächtige marxistisch-leninistische Partei und tritt in immer engere Beziehungen zur Bauernschaft. An der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie besitzt Polen treue und zuverlässige Verbündete.

Das ist der Grund, weshalb die Parteitagsbeschlüsse, die ideologische Deklaration und der Sechsjahrplan nicht nur für die Vereinigte Arbeiterpartei, nicht allein für die Arbeiterklasse, sondern für alle Schichten der Werktätigen Polens programmatische Dokumente geworden sind. Hiervon zeugen das rege Interesse und die Billigung, die diese Beschlüsse bei der Leitung und den Mitgliedern des Stronnictwo Ludowe, des Polskie Stronnictwo Ludowe und des Stronnictwo Demokratyczne gefunden haben. In ihrer Neujahtsnummer schrieb die „Gazeta Ludowa“,

das Organ des erneuerten Polskie Stronnictwo Ludowe:

„Der Parteitag ist zu Ende, aber die Beschlüsse des Parteitags werden leben und Wirklichkeit werden, sie werden zur Verwirklichung der Ideale des Friedens und der Gerechtigkeit in Polen und in der ganzen Welt führen. Die Beschlüsse dieses Parteitags führen die polnischen Volksmassen zu den Zielen, die Marx und Lenin gesteckt haben.“

Die Beschlüsse des Vereinigungsparteitags spiegeln sich auf der letzten Tagung des Gesetzgebenden Sejm wider, der, als der Staatshaushalt für 1949 zur Erörterung stand, neue hunderte Milliarden Zloty für den erfolgreichen Abschluß des Dreijahrplans und für die Vorbereitungen zur Durchführung des Sechsjahrplans bewilligte. Sie spiegeln sich wider in der restlosen Abschaffung des Markensystems durch die polnische Regierung und in der Lohnreform zugunsten der Werktätigen, die eine zehnprozentige Lohnerhöhung gewährleistet.

Augenblicklich finden im ganzen Lande Versammlungen und Konferenzen der Ortsgruppen

der Vereinigten Arbeiterpartei statt, wo die früheren Mitglieder der Arbeiterpartei und der Sozialistischen Partei die Rechenschaftsberichte der Parteitagsdelegierten entgegennehmen und neue Parteikörperschaften wählen.

Gewappnet mit der ideologischen Deklaration und dem Sechsjahrplan, der den Bau des Fundaments für den Sozialismus zum Ziel hat, ist die Vereinigte Arbeiterpartei Polens unter die Massen gegangen, um sie in den Kampf für die Festigung der Volksdemokratie zu führen und sie mit dem Enthusiasmus des großen Aufbaus, mit dem Enthusiasmus des Kampfes für die Umwandlung Polens in ein sozialistisches Land zu entflammen.

Es besteht kein Zweifel, daß die Millionenmassen der polnischen Werktätigen ihrer mit der unsterblichen marxistisch-leninistischen Lehre gewappneten Partei folgen werden, daß sie keinen Kraftaufwand scheuen und hartnäckig arbeiten werden, um die Volkswirtschaft und Kultur fortzuentwickeln und die Grundlagen für ein sozialistisches Polen zu schaffen.

Warschau, im Januar 1949

Die von den Amerikanern geplante Besitzergreifung Lothringens

L. BESYMENSKI

DIE DOKUMENTE der Londoner Separatberatung der Westmächte, auf der der Ruhrschacher abgeschlossen wurde, bieten einen Beweis dafür, daß dieser Schacher eines der Glieder in der Kette der Intrigen ist, die darauf aus sind, einen aggressiven Block in Westeuropa zusammenzuzimmern und das europäische Wirtschaftsleben den Zwecken der imperialistischen Expansion der USA in der Alten Welt zu unterwerfen. Nachdem die britisch-amerikanischen Monopolisten das Ruhrgebiet in ihre Hände gebracht haben, schicken sie sich jetzt an, ihre Kontrolle auch auf einige andere höchst wichtige Industriegebiete Westeuropas auszudehnen. Das Organ der Londoner City, die Zeitschrift „The Economist“, teilt folgendes mit:

„Auf der Sechsmächtekonferenz im letzten Frühjahr brachten die USA den Antrag ein, nicht nur deutsches Territorium, sondern den gesamten Ruhr-Lothringen-Luxemburg-Komplex unter internationale Kontrolle zu stellen und ihn als ein integrales Ganzes zu behandeln.

Diese Idee wurde von den Franzosen nachdrücklich (instantly) abgelehnt. Vielleicht wird sie wieder auftauchen...“

Es handelt sich um die von den Amerikanern geplante Schaffung eines übermächtigen Kohlen- und Hüttenkombinats, das die Ruhrkohle mit dem Erz Lothringens und Luxemburgs vereinigen würde. Karl Arnold, der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, äußerte sich über diesen Plan am 30. Dezember v. J., in einer Rede zu den Beschlüssen der Londoner Konferenz, dahingehend, Deutschlands Nachbarländer müßten zusammen mit dem Ruhrgebiet eine Art Wirtschaftsunion bilden. Eine derartige Union solle die Erzgruben Lothringens und des Saargebiets sowie die Schwerindustrie Belgiens und Luxemburgs umfassen.

Der Zusammenschluß der Ruhrindustrie und der lothringischen Industrie ist durchaus kein neues Projekt.

Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte der aggressive deutsche Imperialismus es auf die reichen Eisenerzlager Lothringens abgesehen, die nicht weit von den damaligen Grenzen Deutschlands entfernt lagen. Die kaiserlichen Politiker träumten davon, die Ruhrkohle mit dem lothringischen Erz, das die Hütten- und Rüstungsindustrie Deutschlands nötig hatte, zu vermählen. Der Plan, das Ruhrgebiet und Lothringen unter der Krone des Kaisers zu vereinigen, war ein wichtiger Bestandteil des Gesamtplans einer zu erkämpfenden Weltherrschaft Deutschlands.

Der Zusammenbruch des deutschen Imperialismus im Kriege von 1914—1918 legte den deutschen Monopolisten keinen Zaum an. Zu Beginn der zwanziger Jahre brachte der Ruhrmagnat Hugo Stinnes eine neue Variante des Plans vor, das Ruhrgebiet und Lothringen zu vereinigen. Er regte an, ein Konsortium für das Ruhrgebiet und Lothringen mit deutscher und französischer Kapitalbeteiligung zu schaffen, und begann Verhandlungen mit dem Comité des Forges, der Vereinigung der französischen Schwerindustrie. Stinnes strebte danach, die Macht der deutschen Industrie wiederherzustellen und ihr einen Weg zu bahnen zur Besitzergreifung der Weltmärkte mit Hilfe des von ihm ersonnenen „wirtschaftlichen Völkerbunds“. Dem französischen Ministerpräsidenten Millerand sagte Stinnes, ein Bündnis der deutschen Kohle und des französischen Erzes werde den Weltmarkt beherrschen.

Aber das Comité des Forges hatte damals seine eigene Variante für eine Kombination Ruhrgebiet-Lothringen, in der nicht die deutschen, sondern die französischen Industriellen die erste Geige spielen sollten. Das Ergebnis war, daß die Leute, die Partner werden sollten, einander von vornherein wegen der künftigen Profite in die Haare gerieten.

Die deutschen Monopolisten mußten sich mit einem Minimum zufrieden geben: sie setzten es durch, daß 1926 die sogenannte Internationale Rohstahlgemeinschaft gebildet wurde, die die Monopolisten Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs vereinigte. Den führenden Platz in diesem Kartell besetzten die Ruhrmagnaten mit Thyssen an der Spitze. Später schlossen sich auch die Stahlmonopole Englands und der USA dem Kartell an. Die Ruhrindustriellen nutzten das Kartellabkommen aus, um Auslandsanleihen und Devisen zu erhalten. Mit diesen Geldmitteln wurde die Hitlerwehrmacht bewaffnet, die sich später auf Frankreich und Belgien, Luxemburg und England stürzen sollte.

Die Projekte, nach denen die Ruhrindustrie und die lothringische Industrie vereinigt werden sollen, dienen den Präbendenten auf die

Herrschaft über Westeuropa also seit langem als Werkzeug. Um so bezeichnender ist es, daß man sie heute wieder aus den Archiven hervorgezogen hat.

Einer der alten Fische des deutschen Imperialismus, Arnold Rechberg, machte schon 1946 in seiner bekannten, den westlichen Alliierten unterbreiteten Denkschrift den Vorschlag, die deutschen, englischen und französischen Industrieinteressen unter der Schutzherrschaft des amerikanischen Kapitals zu vereinigen. Rechbergs Idee wurde von den Ruhrindustriellen aufgegriffen. Die sogenannte „Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl“ (eine Organisation der Ruhrindustriellen) rief im September 1947 in einer Denkschrift öffentlich dazu auf, das Ruhrgebiet und Lothringen so zu vereinigen, daß das Ruhrgebiet das Zentrum dieser Vereinigung werde. Anfang 1948 veröffentlichte das Düsseldorfer „Handelsblatt“, ein Organ der Ruhrmagnaten, einen redaktionellen Artikel, worin unmittelbar die Forderung aufgestellt wurde, die für die Ruhr geplante „internationale“ Kontrolle auf die gesamte europäische Industrie, darunter auch auf Lothringen, auszudehnen. Das war die deutsche Variante dieses Plans.

Aber die Interessen des deutschen Kapitals stießen erneut mit den französischen zusammen. Die industriellen Geldsäcke im Comité des Forges arbeiteten einen analogen Plan aus, der den Schwerpunkt jedoch nach Lothringen verlegte. Sie wollten die Eisen- und Stahlgewinnung nach Lothringen verlegen, um dem Ruhrgebiet dann jährlich 4—5 Millionen Tonnen Roheisen zur Verarbeitung zu liefern. Das Ruhrgebiet seinerseits sollte eine größere Kohlenmenge nach Lothringen liefern. Dieser Plan wurde während der Dreimächteverhandlungen über das Ruhrgebiet wiederholt von Bidault vorgebracht. Die englischen Industriekreise begrüßten eine derartige Idee, natürlich unter der Bedingung, daß das europäische Überkombinat unter britische Schutzherrschaft gestellt werde.

Während alle diese Varianten ausgearbeitet wurden, kam der amerikanische Plan zur Reife. Diesem Plan entsprechend soll die industrielle Macht nicht nur des Ruhrgebiets, sondern auch Lothringens dem Machtbereich der betreffenden Regierungen entzogen und in den Dienst des Westblocks gestellt werden.

Das Ruhrgebiet liegt in der britischen Besatzungszone Deutschlands. Aber die britischen Behörden haben ihre führende Stellung hier verloren. Die amerikanischen Monopole, die heute im Ruhrgebiet fest im Sattel sitzen, betrachten es als eine Position für ihre weitere Expansion in Europa. Schon im Sommer 1948 begann die

Presse vom Vorhandensein eines amerikanischen Geheimplans zu reden, dem zufolge das Ruhrgebiet und Lothringen zu einem einzigen mächtigen Kohle- und Stahlkombinat verschmolzen werden sollten. Der gutunterrichtete französische Journalist Pertinax schrieb im Mai im „France-Soir“, der USA-Botschafter in England, Lewis Douglas, sei mit einem derartigen Plan hervorgetreten. Pertinax schrieb:

„Douglas' Meinung zufolge soll sich die Jurisdiktion der internationalen Kontrollkörperschaft nicht nur auf das deutsche Ruhrgebiet, sondern auch auf das französische Lothringen erstrecken, und diese Körperschaft soll nicht nur die Kohle, den Koks und den Stahl aus Deutschland, sondern auch das Eisenerz aus Lothringen verteilen. Seiner Meinung nach werde dies endlich dazu führen, eines der leistungsfähigsten Wirtschaftsgebiete der Welt zusammenzuschließen, was eine sehr glückliche Lösung sein würde.“

Die „glückliche Lösung“ der transatlantischen Imperialisten besteht in der faktischen Losreißung eines der wichtigsten Industriegebiete Frankreichs und seinem Anschluß an das okkupierte Ruhrgebiet. Der von Botschafter Douglas in London entwickelte Plan vereinigte sozusagen die Ideen der hitlerfaschistischen Ruhrmagnaten, der großen französischen Schlotbarone und der englischen Monopolisten, nachdem er sie sämtlich den Zwecken der amerikanischen Expansion in Europa angepaßt hatte.

* * *

Welches sind die Hauptzüge des neuen amerikanischen Ruhrplans? In erster Linie die Ausnutzung gedachten Konsortiums als ein Arsenal des Westblocks. Einige labouristische Unterhausmitglieder, z. B. Richard Crossman, geben in der Presse Erklärungen ab, der Besitz nicht nur des Ruhrgebiets, sondern auch der Schwerindustrie der Deutschland benachbarten Länder sei das einzige Mittel, „die Westliche Union zu einer Realität zu machen“. In dem von Léon Blum vorgelegten Projekt einer Resolution der Konferenz westeuropäischer sozialistischer Parteien vom 25. April v. J. hieß es:

„Es ist von größter Wichtigkeit für das Kommen der Vereinigten Staaten von Europa, daß die Industrie der Ruhr und des Rheinlands mit dem ganzen Bergwerksbecken Belgiens, der Saar, Lothringens und Nordfrankreichs zu einem umfassenden Kohle-, Eisen- und Chemiekombinat integriert werde.“

Die Propagandisten des Westblocks halten es also nicht einmal für notwendig, zu verhehlen, daß die Verschmelzung des Ruhrgebiets, Lothringens und anderer Industriegebiete der Aufgabe untergeordnet ist, eine starke rüstungsindustrielle Basis für die amerikanische Expansion in Europa zu schaffen. Um dieser Aufgabe willen sind die Crossman und Blum bereit, sich mit den Nazimagnaten zu verbrüdern.

Es ist kein Zufall, daß die USA-Politiker Westdeutschland, besonders das Ruhrgebiet, zur Achse des Westblocks machen wollen, wie es auch kein Zufall ist, daß man sich für die deutsche Variante des Ruhr-Lothringen-Konsortiums entschieden hat. In Westdeutschland können die britisch-amerikanischen Behörden, gedeckt durch das Besatzungsregime, ungehindert ihre aggressiven Pläne vorbereiten. Hier besitzen sie Komplizen an den Industriellen und Finanzmännern des Ruhrgebiets, die bereit sind, sich vorläufig mit der Rolle von Juniorpartnern des amerikanischen Kapitals zufrieden zu geben.

Die Zielsetzung der USA-Politik im Ruhrgebiet macht es begreiflich, wozu das projektierte Ruhr-Lothringen-Konsortium bestimmt sein soll. Die frühere Struktur der rüstungsindustriellen Maschinerie des Ruhrgebiets wird rasch wiederhergestellt. Es werden neue Monopolverbände unter amerikanischer Kontrolle geschaffen. Man bereitet planmäßig die Wiedererweckung der Rüstungsindustrie und die Verwandlung des Ruhrgebiets in die Waffenschmiede des Westblocks vor. Diese ganze Tätigkeit wird nach der Schaffung des Konsortiums noch größere Maßstäbe annehmen, kann es doch nach vorläufigen Schätzungen jährlich etwa 28 Millionen Tonnen Stahl und 200 Millionen Tonnen Kohle produzieren.

Nach Angaben der „New York Times“ traten deutsche, französische und luxemburgische Industrielle am 5. Januar d. J. in Düsseldorf zu einer Geheimberatung zusammen, auf der beschlossen wurde, das westeuropäische Stahlkartell wiederherzustellen. Die Agentur Telepress teilt mit:

„Das neue internationale Kartell sollte die Form einer Stockholding oder einer Gesellschaft annehmen, die Privilegien und administrative Rechte in der internationalen Ruhrbehörde genießen wird.“

Als Initiatoren dieses Projekts werden Fritz Thyssen, Heinrich Dinkelbach, Dr. Heinrich Albert, ein Vertreter der europäischen Filiale des Henry-Ford-Trustes, sowie Otto Horatz, Direktor der Kölner Gesellschaft Felten & Guillaume, genannt. Als Mitglied des Aufsichtsrats der letztgenannten Firma fungiert Kurt Freiherr von Schröder, einer der Besitzer der englisch-amerikanischen deutschen Schröderbank.

Auf der Düsseldorfer Beratung war auch die britisch-amerikanische Verwaltung vertreten. Wie eine Mannheimer Zeitung erklärt, findet die Idee, das Kartell wiederherzustellen, amerikanische Unterstützung. In westdeutschen Industriekreisen verhehlt man nicht, daß amerikanische Banken das für diesen Zweck notwendige Kapital bereitstellen werden.

So wird der Wiederaufbau des „europäischen Stahlkartells“ unter amerikanischer Schutzherrschaft projektiert. Ein derartiges Kartell hat schon einmal die Wiedergeburt der Ruhrkriegsmacht gefördert. Heute werden die gleichen Ziele verfolgt. Auf der Düsseldorfer Konferenz wurde z. B. gefordert, alle wichtigen Rüstungsbetriebe aus der Demontageliste zu streichen, ihnen „Exterritorialität“ zu verleihen und die Ruhrproduktion auf 19 Millionen Tonnen Stahl jährlich zu erhöhen. Dies ist offenbar die erste Stufe zu der geplanten Schaffung einer übermächtigen Waffenkammer im Zentrum Europas.

Die Vereinigten Staaten von Amerika, die der scharf ablehnenden Rückäußerung der öffentlichen Meinung der westeuropäischen Länder zu den Mitteilungen über die von den Amerikanern geplante Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials Rechnung tragen, haben beschlossen, ihre Absichten vorläufig nicht auszuposaunen, sondern sie in aller Heimlichkeit zu verwirklichen. Sie haben die Methode getrennter Handlungen gewählt und versuchen sich des Ruhrgebiets und Lothringens einzeln zu bemächtigen, um ihre Verschmelzung unter amerikanischer Ägide vorzubereiten.

Die Durchdringung des Ruhrgebiets mit amerikanischem Einfluß ist in vollem Gange. Amerikanisches Kapital bemächtigt sich deutscher Firmen. Im einzelnen befindet sich der Ruhrkonzern Hugo Stinnes restlos in den Händen der transatlantischen Gesellschaften Hugo Stinnes Corporation, Hugo Stinnes Industries Inc. und Atlantic Assets Corporation. Große amerikanische Kapitalien sind am Thyssenkonzern beteiligt.

Amerikanische Kapitalien werden im Bau neuer Bergwerke angelegt. Gleichzeitig lassen die britisch-amerikanischen Behörden Betriebe demonstrieren, die Bergwerksausrüstungen herstellen, um

die Kohlenindustrie völlig von Maschinenlieferungen aus den USA abhängig zu machen.

Das gleiche Spiel wird in Frankreich gespielt. Auch hier werden große amerikanische Kapitalien investiert. Der Generalsekretär der Föderation der französischen Hüttenarbeiter, Ambroise Croizat, hat im vorigen Sommer mitgeteilt, daß in Frankreich die Gründung einer starken Gruppe von Eisenbetrieben unter amerikanischer Kontrolle vorbereitet wird.

Gleichzeitig werden die knechtenden Bedingungen des Marshallplans von den amerikanischen Monopolen ausgenutzt, um die Tätigkeit des Erzbergbaus und der Hüttenindustrie Lothringens zu beschränken. Im Jahre 1947 wurden in Frankreich, d. h. vor allem in Lothringen, nur 18,5 Millionen Tonnen Eisenerz gewonnen, während es 1929 mehr als 50 Millionen Tonnen gewesen waren.

Wie die französische Presse bezeugt, wird der Erzbergbau und die Hüttenindustrie durch die unzureichenden Kohlen- und Kokslieferungen aus dem Ruhrgebiet nach Frankreich limitiert. Im Jahre 1938 führte Frankreich jeden Monat 571 000 Tonnen Ruhrkohle ein. Heute erhält es nur noch die Hälfte dieser Menge. Man versichert der öffentlichen Meinung Frankreichs, Lothringen sei ohne eine Vereinigung mit dem Ruhrgebiet zum Verkümmern verurteilt. Indessen werfen die amerikanischen Monopole sowohl der westdeutschen als auch der französischen Industrie die Fangschlinge über.

Die von den Amerikanern projektierte Vereinigung des Ruhrgebiets und Lothringens zielt also nicht nur auf die Verwandlung der westeuropäischen Industrie in eine Waffenkammer des Antisowjetblocks ab. Man plant auch ihre völlige Knechtung.

Internationale Umschau

(Notizen)

DIE STRATEGISCHEN ÜBUNGEN MILES VAUGHNS

Miles Vaughn hat einen ausgesprochenen Zivilberuf. Er ist Vizepräsident der Agentur United Press für Asien. Aber die stürmischen Kriegseignisse, die im Raume der journalistischen Tätigkeit Vaughns vor sich gehen, haben in ihm den Wunsch geweckt, seine Kräfte auf dem Gebiet militärischer Strategie zu erproben.

Miles Vaughn hat in der japanischen Presse eine Serie umfassender Artikel über die militärische Lage im Fernen Osten veröffentlicht. Diese Artikel sind eine Widerspiegelung der „amerikanischen Ansicht“ über Asien und der amerikanischen Politik in diesem Weltteil, und dadurch sind sie interessant.

Miles Vaughn betrachtet alle militärischen und politischen Ereignisse in den Ländern des Fernen Ostens ausschließlich vom Standpunkt der Vorbereitung eines neuen Weltkrieges. Tatsächlich trägt sein in der „Nippon Times“ vom 9. Januar veröffentlichter erster Artikel die Überschrift „If War Should Come“ (Falls der Krieg beginnt). Diesem Hauptthema sind auch die anderen Artikel untergeordnet, sie behandeln die „Rolle Koreas“, das Wirtschaftsleben der asiatischen Länder und ähnliche Themen. Miles Vaughn sieht alles mit den Augen eines Kriegsbrandstifters an.

Der Manager der Fernostabteilung in der Agentur United Press ist erschrocken über die Erfolge der chinesischen Volksbefreiungsarmee, da diese die strategische Lage im westlichen Pazifik und in Ostasien verändert haben. Aus diesem Grunde beilegt Vaughn sich mit der Schlußfolgerung, der „neue Kriegsbrand“ werde vielleicht in Asien beginnen, und deshalb sei es notwendig, schleunigst nicht nur die britisch-amerikanischen „Verteidigungspläne“ in diesem Teil der Welt zu revidieren, sondern auch „alle politischen Pläne in nicht-kommunistischen Ländern“.

Miles Vaughn hält es für selbstverständlich, daß die USA „in den Ländern des Westpazifik die Führung übernehmen müssen“. Ihm will es nicht in den Kopf, daß die Völker dieser Länder anderer Meinung hierüber sein könnten. Auch vom amerikanischen Volk spricht Vaughn mit unverhohlener Geringschätzung. Er wirft Washington vor, es habe „noch nicht genau entschieden (!), was das amerikanische Volk hinsichtlich des

Fernen Ostens will“. Vaughns Meinung zufolge verlohnt es nicht, darüber nachzudenken, was die Amerikaner wollen oder nicht wollen. Man müsse ganz einfach recht schnell „entscheiden“, daß sie am allermeisten den Krieg wollen und dementsprechend handeln. Vaughn verlangt, es solle „alles Erdenkliche geschehen, damit in diesem Teil der Welt die militärische Stärke der westlichen Alliierten so schnell wie möglich vergrößert wird“. Er schlägt konkrete Maßnahmen vor, besonders eine sofortige und bedeutende Verstärkung der unter dem Befehl MacArthurs stehenden Truppen.

Weiter empfiehlt er, Formosa in einen „stationären Flugzeugträger“ zu verwandeln und Korea als „ein vorgeschobenes Aufmarschgebiet zu betrachten, wo die amerikanischen Truppen bis zu Ende kämpfen werden“. Aus diesem Grunde solle man die Truppen nicht aus Korea abziehen; es sei notwendig, eine südkoreanische Armee aufzustellen und der Söuler „Regierung“ zu helfen.

Vaughn verlangt ferner langfristige Besetzung Japans, um „im Falle eines Kriegsausbruchs“ „geschulte Menschenreserven“ zur Verfügung zu haben. Der wild gewordene Tintenstrategie ist entzückt „über den erstaunlichen Erfolg der bewaffneten japanischen Horden in den ersten Monaten des Pazifikkrieges“.

Schließlich hält Miles Vaughn es für notwendig, das Vorgehen der USA in den verschiedenen asiatischen Ländern nach einem einheitlichen Plan zu regeln. Das einzige Mittel zur Lösung dieses Problems sei es, einen hervorragenden Amerikaner mit großen Erfahrungen in den Angelegenheiten Asiens, einen Mann wie z. B. General MacArthur, zum obersten Verwalter in militärischen, ökonomischen, finanziellen, politischen und kulturellen Fragen für das gesamte Territorium Asiens zu ernennen.

Mit anderen Worten, einen amerikanischen Gouverneur für ganz Asien!

Das sind die hirnverbrannten Pläne der Kriegsbrandstifter, wie sie vom Chef der Fernostabteilung der United Press entwickelt werden. Auf das Urheberrecht macht Miles Vaughn keinen Anspruch — dieses Recht teilt er mit MacArthur.

Selbstverständlich begreift Miles Vaughn, daß das von ihm entwickelte Programm hemmungsloser USA-Expansion im Fernen Osten bei den

Volksmassen dieses Weltteils nur Verurteilung und Gegenwehr hervorrufen kann. Er versucht deshalb, sein Aggressionsprogramm mit Hilfe boshafter sowjetfeindlicher Verleumdungen zu rechtfertigen. In jedem Artikel wiederholt er die schablonenhaften Hirngespinnste von „russischer Hetze zu kommunistischer Aggression“, von angeblichen „russischen Zielen territorialer Expansion“ usw. Selbstverständlich stützt Vaughn diese aus den Fingern gesogenen Behauptungen durch keinerlei Tatsachenangabe, da solche Tatsachen nicht existieren. Tatsache bleibt lediglich das abenteuerliche Programm amerikanischer Aggression im Fernen Osten, dargelegt von Miles Vaughn.

ZU DEM AUSSCHLUSS OLAF BROCHS AUS DER AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER UdSSR

Die Akademie der Wissenschaften der UdSSR hat auf ihrer vor kurzem beendeten Leningrader Tagung außer dem Ausschluß des amerikanischen Professors H. J. Muller und des englischen Professors Henry Dale (siehe „Neue Zeit“ Nr. 2 vom 5. Januar d. J.) auch beschlossen, dem norwegischen Professor Olaf Broch den Titel eines korrespondierenden Mitglieds abzuerkennen. Für diesen Beschluß lagen gewichtige Gründe vor. Broch hat sich in den letzten Jahren von der wissenschaftlichen Tätigkeit abgewandt. Man hätte ihn, ebenso wie seine Bücher, in wissenschaftlichen Kreisen schon längst vergessen, wenn er nicht durch boshafte Ausfälle gegen die Sowjetunion und gegen Sowjetgelehrte von sich reden gemacht hätte.

Nachdem Olaf Broch mit der Wissenschaft gebrochen hatte, ließ er sich zu einem Sachverständigen „für die russische Frage“ umqualifizieren. In trauter Gemeinschaft mit dem russischen Weißgardisten Saradshew, der unter dem Namen Hallesby die norwegische Staatsangehörigkeit angenommen hat, erhielt er in der reaktionärsten norwegischen Zeitung, „Morgenbladet“, eine sowjetfeindliche Tribüne eingeräumt.

Die Äußerungen dieser „Spezialisten für die russische Frage“ strotzen von unglaublichen Lügen über das russische Volk und von Verleumdungen gegen die Sowjetunion. Der 82jährige Obskurant verneigt sich vor der „Kultur“ Katkows und Pobjedonoszew, dieser erzreaktionärsten Verfechter und Vertreter des Zarismus in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts.

In Norwegen, wo Olaf Broch als ein Verfechter professoraler Abgeschlossenheit und akademischer Aufgeblasenheit bekannt ist, rufen seine ignoranten sowjetfeindlichen Schreibereien

Empörung hervor. Die als „Arbeidernes Leksikon“ bekannte norwegische Enzyklopädie schreibt über die Werke Olaf Brochs:

„Der Verfasser läßt jedwede Vorstellung von Rußlands politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Fragen vermissen.“

Die Verbindung zwischen Olaf Broch, der von der Russischen Akademie der Wissenschaften schon 1916 zum korrespondierenden Mitglied erwählt worden war, und dem Zentrum der Sowjetwissenschaft war rein formaler Natur. Der mit den Jahren fortschreitende Obskurantismus Olaf Brochs und seine politische Verleumdungskampagne gegen die Demokratie waren keineswegs geeignet, die Aufrechterhaltung selbst dieser formalen Verbindung zu fördern. Der Beschluß der Akademie der Wissenschaften, Broch den Titel eines korrespondierenden Mitglieds abzuerkennen, macht dieser anomalen Lage ein Ende.

Die Sowjetgelehrten bringen den ausländischen Wissenschaftlern und Kulturvertretern, die ehrlich und aufrichtig den Interessen des Friedens, des Fortschritts und der Demokratie dienen, wärmste Sympathie entgegen. Es kann jedoch in ihrer Mitte keinen Platz geben für fossile Komplizen der zaristischen Reaktion und Pseudogelehrte vom Schlage des Herrn Broch. Die Sowjetöffentlichkeit hat den Beschluß der Akademie der Wissenschaften der UdSSR mit tiefer Befriedigung begrüßt, weil sie fest überzeugt ist, daß in der Sowjetwissenschaft bei wirklichen Gelehrten und fortschrittlichen Menschen der ganzen Welt nur noch mehr Ansehen verschaffen wird.

GESETZLOSIGKEITEN IN BIZONIEN

Die britischen Besatzungsbehörden in Deutschland bereiten eine gerichtliche Abrechnung mit Max Reimann vor, dem Führer der Kommunistischen Partei Westdeutschlands. Diesem Vorkämpfer der westdeutschen Werktätigen, der durch die Kerker der Gestapo und durch Todeslager gegangen ist, droht die Gefahr, hinter den Stacheldraht britischer Hüter der „Ordnung“ zu geraten.

Wessen hat sich Max Reimann schuldig gemacht? Er ist, wie man erfährt, mit einer öffentlichen Kritik des Ruhrstatuts aufgetreten. Aber der amerikanisch-britisch-französische Ruhrschacher wird heute in Deutschland von vielen kritisiert...

Um ihrem Anklagematerial Gewicht zu verleihen, haben die britischen Behörden den Weg der Fälschung beschritten. Sie beschuldigen Reimann, zu Repressalien gegen Deutsche aufgehetzt zu haben, „die der Militärregierung Hilfe geleistet

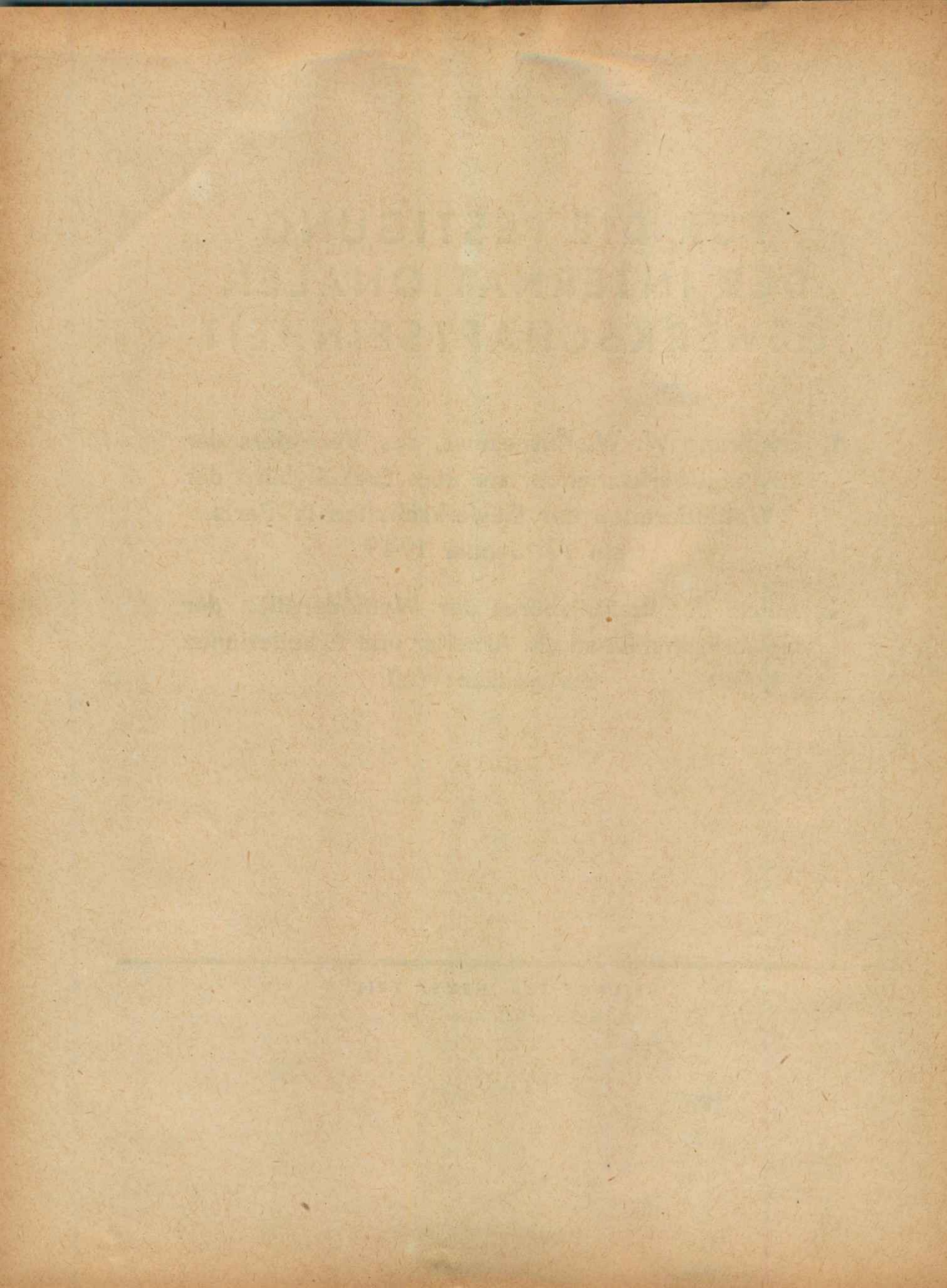
FÜR DIE FESTIGUNG DER INTERNATIONALEN GEWERKSCHAFTSEINHEIT

- 1. Erklärung W. W. Kusnezows, des Vertreters der
Sowjetgewerkschaften, vor dem Exekutivbüro der
Weltföderation der Gewerkschaften in Paris
am 19. Januar 1949**
- 2. Aufruf des Exekutivbüros der Weltföderation der
Gewerkschaften an die Arbeiter und Arbeiterinnen
der ganzen Welt**



BEILAGE ZUR „NEUEN ZEIT“

Nr. 5 vom 26. Januar 1949.



Für die Festigung der internationalen Gewerkschaftseinheit

*Erklärung W. W. Kusnezows, des Vertreters der Sowjetgewerkschaften,
vor dem Exekutivbüro der Weltföderation der Gewerkschaften (WFG)
in Paris am 19. Januar 1949*

Nach den Reden Deakins und Careys ist die Lage völlig klargeworden. Die Vertreter des Generalrats der britischen Trade Unions (TUC) und des Kongresses der Industrieverbände der USA (CIO) schlagen vor, die Weltföderation der Gewerkschaften zu liquidieren.

Aus den Reden Deakins und Careys geht folgendes hervor: Erstens sind die Vertreter des TUC-Generalrats und des CIO unter keinen Umständen damit einverstanden, in der WFG mit anderen Landesgewerkschaftszentralen zusammenzuarbeiten. Zweitens haben sie diese Frage lange vor der Sitzung des Exekutivbüros entschieden. Drittens suchen die Vertreter des TUC und des CIO die Verantwortung für die Spaltung der Gewerkschaften der Sowjetunion, Italiens, Frankreichs, Chinas, der Länder der neuen Demokratie u. a. zuzuschreiben. Es wird also beantragt, die Weltgewerkschaftseinheit, die dank den Bemühungen der organisierten Arbeiter aller Länder der Welt erzielt wurde und eine der größten Errungenschaften der Arbeiterklasse darstellt, zu zerstören.

Die Arbeiterklasse hat stets nach Einheit gestrebt, denn sie sah hierin die Hauptgarantie für den Schutz der demokratischen Freiheiten, für einen dauerhaften Frieden und für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Sie hat einen schweren und weiten Kampfweg zurückgelegt und zahlreiche Opfer gebracht, um dieses Ziel zu erreichen.

Das Einheitsstreben der Arbeiter stieß stets auf den erbitterten Widerstand der Trusts und Monopole der Bourgeoisie, die ihr Wohlergehen und ihre Macht auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse basieren und deshalb an deren Zersplitterung interessiert sind.

Die Arbeiterklasse hat für die mangelnde Einheit in ihren Reihen sowohl im Landes- als auch

im Weltmaßstab einen teuren Preis bezahlen müssen. Infolge der Zersplitterung der Arbeiterbewegung in der Zeit zwischen dem ersten und dem zweiten Weltkrieg konnten die Werktätigen den verbrecherischen Anschlägen des Faschismus nicht ihre vereinten Kräfte entgegenstellen. Die Arbeiterklasse und alle übrigen Werktätigen hatten hierfür teuer zu bezahlen. Um den Preis größter Opfer wurde der Faschismus auf dem Schlachtfeld zerschmettert. Die entscheidende Rolle bei der Zerschmetterung des Faschismus spielte die Sowjetunion.

In dem blutigen Krieg gegen die schlimmsten Feinde der Menschheit entstand und erstarkte die Weltgewerkschaftseinheit. Hierbei haben auch die Arbeiter Großbritanniens und der USA keine geringe Rolle gespielt.

Die Gründung der Weltföderation der Gewerkschaften im Oktober 1945 war eine gewaltige Errungenschaft der Arbeiterklasse auf dem Wege zur Erreichung dieses Ziels. Die Arbeiter der ganzen Welt stellten der Föderation hohe Aufgaben: sie trugen ihr auf, für die endgültige Vernichtung des Faschismus, gegen den Krieg und seine Ursachen, für die Herstellung eines festgefügtten und dauerhaften Friedens zu kämpfen, die Interessen der Werktätigen der ganzen Welt zu verteidigen und den gemeinsamen Kampf der Gewerkschaften aller Länder zu organisieren, den Kampf gegen jegliche Anschläge auf die wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Werktätigen sowie die demokratischen Freiheiten, für unentwegte Hebung des Lebensstandards und Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Arbeiter.

Es ist der Arbeiterklasse zum erstenmal in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung gelungen, eine allumfassende Gewerkschaftsorganisation zu schaffen.

Die Werktätigen erblicken in der WFG eine Organisation, die fähig ist, sich aktiv für die Rechte der Arbeiter, ihre demokratischen Freiheiten sowie für sozialen Fortschritt und Frieden einzusetzen. Die WFG ist den Arbeitern und überhaupt allen Werktätigen teuer.

Die Föderation hat in den drei Jahren ihres Bestehens nicht wenig für die Arbeiter getan. Sie hat wiederholt ihre Stimme erhoben zum Protest gegen die Verfolgung demokratischer Gewerkschaften und ihrer Führer in Griechenland, Iran, Indien, Francospanien und anderen Ländern. Sie hat geholfen, Gewerkschaften in Ländern zu bilden, wo keine bestanden hatten, hat lebenswichtige Forderungen der Arbeiter an die Organisation der Vereinten Nationen gestellt und den Gewerkschaftsorganisationen in einer Reihe von Ländern praktische Hilfe geleistet.

Aber die Föderation hätte noch mehr tun können, wenn gewisse ihr angehörende Landesgewerkschaftszentralen, statt sie zu hindern, ihr geholfen hätten, ihre Tätigkeit mit voller Kraft zu entfalten.

Die 70 Millionen organisierter Arbeiter, Angestellten und Wissenschaftler bringen fast alle die Güter hervor, über die die moderne Gesellschaft verfügt, sie bilden die Grundlage der fortschrittlichen Menschheit. Und wenn diese viele Millionen umfassende Organisation der Werktätigen ihre Tätigkeit wirklich so entfaltet, wie es sein soll, wenn sie alle ihre Möglichkeiten zur Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse ausnutzt und den Kampf für die Hebung des Lebensniveaus der Arbeiter, für die in ihren Statuten niedergelegten Ideale in gehöriger Weise organisiert, so wird sie zweifellos ihre Ziele erreichen.

Die Föderation erwies sich — wenn auch vorläufig nur potentiell — für die alte Welt, für die Ausbeuter als allzu dräuende Kraft. Die Imperialisten sahen in ihr eine reale Gefahr für ihr

Wohlergehen, sie erblickten in der Föderation einen gefährlichen Feind. Daher bemühen sie sich aus Leibeskräften, die weitere Stärkung der Organisation zu verhindern, und sie glauben dafür in erster Linie die in der Weltföderation vorhandenen Gegensätze ausnutzen zu können.

Wie auf der Tagung des Exekutivkomitees der Weltföderation vom Mai v. J. in Rom festgestellt wurde, hat man in einer ganzen Reihe von Ländern die freie Gewerkschaftsbewegung abgewürgt. Kriegsgesetze sind verhängt und die wahrhaft demokratischen Organisationen sind in die Illegalität getrieben worden. Das ist der Fall in Spanien, Griechenland, Iran, Brasilien, Kuba, Chile, Indien usw. In letzter Zeit sind wir Zeugen, wie die Gewerkschaftsfreiheiten geschmälert, wie Streikende verfolgt werden, und zwar in den USA, in Frankreich und England, wir sind Zeugen von Versuchen, die Arbeiterbewegung vieler Länder zu spalten (Frankreich, Italien, lateinamerikanische Länder u. a.).

Besonders auffällig gegen die Weltföderation benehmen sich die Führer der Amerikanischen Arbeitsföderation (AFL).

Wenn Feinde der Arbeiterklasse, Feinde ihrer Einheit, wie es namentlich die reaktionären Führer der AFL sind, gegen die Weltföderation wühlen, so nimmt das nicht wunder. Wenn aber die Führer einer Organisation, die zu den Gründern der Weltföderation der Gewerkschaften gehört, diese untergraben, so löst das bei den Arbeitern tiefste Beunruhigung aus.

Der Beschluß des Generalrats der britischen Trade Unions vom 27. Oktober v. J. über Einstellung der Tätigkeit der Weltföderation, der bei den Vertretern des CIO und bei Kupers Unterstützung fand, muß alle diejenigen nachdenklich stimmen, die die Interessen der Arbeiter aufrichtig verteidigen.

DIE UNSTICHHALTIGKEIT DER MOTIVE DES TUC-GENERALRATS

Sehen wir uns kurz die Motive an, die vom TUC-Generalrat in seiner Denkschrift sowie von den Vertretern des TUC und des CIO in ihren Reden auf dieser Tagung zur Begründung ihres spalterischen Vorschlags angeführt werden.

Als Hauptmotiv für seinen Beschluß führt der TUC die Weigerung der Internationalen Industrie-

sekretariate (ITS) an, mit der Weltföderation der Gewerkschaften zusammenzuarbeiten. Hier ist es angebracht, sich der Vorgeschichte zu erinnern.

Die Sowjetgewerkschaften waren stets der Ansicht, daß die Industrieabteilungen der Weltföderation auf der Grundlage von Vereinbarungen mit den Industriesekretariaten sowie gemeinsam

mit Vertretern anderer Gewerkschaftszentralen geschaffen werden sollen. Sie haben nicht wenig Mühe darauf verwandt, diese Vereinbarungen zustande zu bringen. Auf einer Konferenz des Exekutivbüros der Weltföderation mit Vertretern der ITS, die im September v. J. einberufen wurde, wurden den ITS bekanntlich alle Möglichkeiten zu einer günstigen Lösung der Frage ihres Eintritts in die Föderation und ihrer Zusammenarbeit mit dieser geboten. Die Sekretariate aber lehnten alle Vorschläge ab und erklärten, sie seien dagegen, mit der Weltföderation der Gewerkschaften unter irgendwelchen wie immer gearteten Bedingungen zusammenzuarbeiten.

Hätten die Industriesekretariate den guten Willen und den tatsächlichen Wunsch nach Einheit gehabt, so hätte der Erzielung positiver Verhandlungsergebnisse nichts im Wege gestanden. Namentlich hätte der Generalrat der Trade Unions, dessen Vertreter die meisten der Sekretariate leiten, viel zum Gelingen dieses Werks beitragen können. Es ist auch jetzt noch nicht zu spät, die Frage der Industrieabteilungen zu lösen, falls Sie der Ansicht sind, daß hiervon Ihr Verbleiben in der Weltföderation abhängt. Es ist jedoch bekannt, daß weder Sie noch die Führer der Industriesekretariate dies wünschen.

Führer der Industriesekretariate, z. B. Chester (Generalsekretär der Internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederindustriearbeiter, Mitglied des TUC-Generalrats), versenden Direktiven, in denen sie es den Gewerkschaften in den Ländern der neuen Demokratie und in allen Ländern, die mit der Politik der Internationalen Industriesekretariate nicht einverstanden sind, untersagen, an der Konferenz der Sekretariate teilzunehmen, obwohl die Gewerkschaften der betreffenden Länder Mitglieder dieser Organisationen sind. So hat Chester z. B. im November v. J. folgendes Schreiben versandt:

„Laut einmütigem Beschluß ... müssen wir unverzüglich Maßnahmen treffen, damit unsere Internationale zu funktionieren beginnt, und zu diesem Zweck ist beschlossen worden, daß ich eine Konferenz unserer Internationale für Anfang Februar kommenden Jahres in London einberufe. Nach meiner Rückkehr habe ich mich über diese Frage mit den englischen Gewerkschaften beraten, und sie haben ebenfalls den Wunsch geäußert, daß die Linie für unser künftiges Verhalten festgelegt werden soll.

Unsere Freunde haben eingehend erörtert, wer an der Konferenz teilnehmen soll. Sie vertreten den Standpunkt, daß die Heranziehung von Föderationen, die sich mit den Prinzipien der Komminform einverstanden erklären, oder von solchen, deren Funktionäre Mitglieder der Kommunistischen Partei sind, keine nennenswerten Resultate bringen wird. Wie Sie wohl einsehen werden, ist es vollkommen klar, daß Föderationen mit solchen Verbindungen auch weiter der Weltföderation der Gewerkschaften treu bleiben und nicht darauf eingehen werden, sich an internationalen Bewegungen zu beteiligen, die gegen die Komminform oder gegen den Charakter der Weltföderation auftreten.

Ich bin beauftragt worden, Sie über die von uns getroffenen und zu treffenden Maßnahmen zu informieren, Ihnen in diesem Zusammenhang Dokumente zur Zirkulation zukommen zu lassen, Sie jedoch nicht zur Entsendung von Vertretern für die Konferenz aufzufordern, wenn Sie mit der Bildung unserer Internationale auf der Grundlage, wie ich sie oben umrissen habe, nicht restlos einverstanden sind. In Ausführung dieser Instruktionen sende ich Ihnen anbei die vorbereitenden Dokumente, die verschickt worden sind; vielleicht erörtern Sie die Frage, ob Sie sich an der Konferenz im Einklang mit den von mir gekennzeichneten Bedingungen beteiligen werden.

Ich fürchte, die Umstände sind sowohl für Sie als auch für mich sehr beschwerlich.“

Es fragt sich, ob man unter solchen Umständen Industrieabteilungen bilden und dann unter solchen Umständen die Schuld für ihr Nichtentstehen der Weltföderation in die Schuhe schieben kann.

Das kann man nur als Heuchelei der Industriesekretariate bezeichnen, mit der sie aber niemand haben täuschen können.

In Paragraph 18 der Denkschrift des TUC-Generalrats, die an uns verteilt wurde, heißt es, es sei den Vertretern des Generalrats nie gelungen, einen freiwilligen positiven Beschluß herbeizuführen, sie hätten stets Ultimaten stellen und mit dem Austritt aus der Weltföderation drohen müssen, um einen solchen zu erwirken. Diese Behauptung hält keiner Kritik stand.

Wie kann man die Weltföderation oder einzelne Gewerkschaftszentralen der Unnachgiebigkeit zeihen, wo doch sämtliche Beschlüsse der Föderation einstimmig angenommen wurden und die TUC-Vertreter mit den übrigen für ihre

Annahme gestimmt haben? Wollen Sie damit etwa sagen, daß man Sie in der Föderation gegen Ihren Willen zur Annahme von Beschlüssen gezwungen hat?

Sie haben sowohl jetzt als auch vor dieser Tagung wiederholt darauf hingewiesen, daß die Sowjetgewerkschaften in der Weltföderation das Heft in der Hand haben. Das ist nicht wahr. Die Sowjetgewerkschaften haben sich nie und nirgends die Tatsache zunutze gemacht, daß sie die meisten Mitglieder haben. Die Zahl der Stimmen, über die sie auf den Generalratssitzungen und auf den Kongressen der Weltföderation verfügten, überstieg keineswegs die, die den englischen und amerikanischen Gewerkschaften zu Gebote standen, obwohl diese nicht einmal halb soviel Mitglieder zählen wie die Sowjetgewerkschaften.

Die Sowjetgewerkschaften haben stets gezeigt und werden auch weiter zeigen, daß sie zusammenzuarbeiten wünschen, und gerade diesem Verhalten war es ja zu danken, daß es drei Jahre lang möglich war, einmütige Beschlüsse zu fassen.

Die Vertreter des TUC-Generalrats und des CIO sagen auch, die Weltföderation könne nur wenig ausrichten, und führen auch dies als Argument für die von ihnen vorgeschlagene Auflösung der Weltföderation an. Selbstverständlich könnte die Föderation mehr leisten, wenn es sich die Vertreter des TUC und des CIO wirklich angelegen sein ließen, die Tätigkeit der Weltföderation auszubauen. Die Vertreter der britischen Trade Unions aber haben, seitdem sie besteht, nie das Bestreben gezeigt, die Tätigkeit der Föderation aktiver zu gestalten, im Gegenteil, sie haben sich bemüht, sie zu hemmen. Die Londoner Konferenz von 1945 wollten sie zu einer beratenden und erörternden Konferenz machen, und schlugen vor, keinerlei Beschlüsse über die Gründung der Weltföderation der Gewerkschaften zu fassen.

Auch der Pariser Kongreß sollte laut ihrem Vorschlag nur ein provisorischer sein, und sie erklärten hartnäckig, es bedürfe einer gewissen Übergangszeit, um alle organisatorischen Fragen im Zusammenhang mit der Gründung einer solchen Föderation zu lösen.

Seitdem die Föderation tätig ist, hatte sie die Vertreter der britischen Trade Unions zur Einwilligung in manche Maßnahme zu bewegen sowie für die britischen Trade Unions annehmbare Lösungen zu finden.

Die Vertreter der britischen Trade Unions erklärten sich zwar offiziell mit den Beschlüssen einverstanden, im Grunde genommen aber hemmten sie die Durchführung vieler von ihnen.

So z. B. hat die Weltföderation der Gewerkschaften wiederholt beschlossen, für den Zusammenschluß der Gewerkschaften Deutschlands in allen vier Zonen, für die Bildung einer einheitlichen gesamtdeutschen Gewerkschaftszentrale zu kämpfen. Praktisch aber sabotierten die Vertreter des TUC-Generalrats und des CIO diesen Beschluß. Sie vereitelten seine Ausführung und lehnten im September v. J. im Exekutivbüro der Weltföderation diese Aufgabe in aller Form ab.

Und weiter: Schon der erste Kongreß der Weltföderation der Gewerkschaften von 1945 beschloß, den Gewerkschaften der Länder Asiens und Afrikas zu helfen. Ich muß übrigens bemerken, daß die Initiative zu diesem Vorschlag nicht von den Sowjetgewerkschaften ausgegangen ist. Die Vertreter des TUC und des CIO aber sabotierten volle drei Jahre lang die Einberufung einer Konferenz zu dieser Frage und lehnten es im September v. J. im Exekutivbüro offiziell ab, diesen Beschluß durchzuführen. Die Führer der englischen und der amerikanischen Gewerkschaften stimmten dafür, eine vollberechtigte Vertretung der Weltföderation der Gewerkschaften in der UNO anzustreben, sie forderten jedoch von ihren Regierungen nicht die Ausführung dieses Beschlusses. Die meisten Anträge der Weltföderation der Gewerkschaften wurden in der UNO mit den Gegenstimmen der englischen und der amerikanischen Vertreter abgelehnt.

So wurde der Antrag der Weltföderation über den Schutz der Gewerkschaftsrechte und Gewerkschaftsfreiheiten, über gleichen Lohn für gleiche Arbeit, über die Bekämpfung der Rassenzurücksetzung in der Entlohnung abgelehnt.

Da die TUC- und CIO-Führer die Bloßstellung ihrer Spaltungstaktik vor den Werktätigen der ganzen Welt fürchteten, vereitelten sie die Einberufung des fälligen Weltgewerkschaftskongresses. Gestern erklärte Deakin nochmals, die Vertreter des TUC-Generalrats seien gegen die Einberufung des Kongresses, da sie fürchten, der Kongreß würde als Tribüne für kommunistische Propaganda dienen.

Wie es in der Denkschrift des TUC (Paragraph 20) heißt, hat die Tagung vom September

v. J. angeblich gezeigt, daß in den meisten Fragen keine Grundlage zur Einigung vorhanden sei. Wer von den Anwesenden weiß nicht, daß die Septembertagung keinen einzigen konstruktiven Beschluß fassen konnte, nur weil die Vertreter der britischen Trade Unions und des CIO bei der Erörterung aller Fragen Obstruktion trieben und dieser Tagung die Arbeit im Grunde genommen unmöglich gemacht haben?

Dabei wird in der Denkschrift des TUC-Generalrats die Sache so hingestellt, als hätten die Vertreter des TUC-Generalrats alles getan, um die auf der Tagesordnung stehenden Fragen zu lösen, seien jedoch von anderer Seite daran gehindert worden.

Wie wagen Sie nach alledem noch, die Weltföderation zu beschuldigen, sie könne wenig ausrichten? Jetzt erkennen wir, daß Sie das nötig haben, um Ihren letzten Vorschlag zu begründen, mit dem Sie die Föderation „beglückt“ haben, nämlich den Vorschlag, sie solle ihre Tätigkeit einstellen.

In der Denkschrift sowie in den Reden der TUC- und der CIO-Vertreter nahm die Frage der sogenannten Propaganda einen breiten Raum ein. Es gefällt den Rednern nicht, daß die Sowjetpresse sie kritisiert. Wie Sie wissen, werden aber von der englischen und amerikanischen Presse ganze Kübel voll Schmutz über die Sowjetunion, die Sowjetgewerkschaften und ihre Führer ausgegossen.

Um welche Propaganda handelt es sich eigentlich? Man fragt sich: war die Rede des TUC-Vertreter Deakin in Margate mit wütenden Angriffen gegen die Weltföderation keine Propaganda?

Oder war der Artikel O'Briens, eines Mitglieds des TUC-Generalrats, mit Verleumdungen gegen die Sowjetgewerkschaften keine Propaganda? Er hat nämlich im Mai v. J. einen verleumderischen Artikel voll bössartiger Schimpfeireien gegen die Sowjetarbeiter und die Sowjetgewerkschaften vom Stapel gelassen, obwohl er selbst nie in der Sowjetunion gewesen ist und in seinem Artikel nur von Gerüchten ausgeht.

Es gibt noch andere nicht minder wütende Ausfälle gegen die Sowjetgewerkschaften und unsere Tätigkeit. Wir könnten bedeutend mehr solcher Zeitungsausschnitte vorlegen, als Deakin sie beigebracht hat.

Die englische und die amerikanische Presse ist voll von Ausfällen gegen unsere Gewerkschaften. Diese Tatsache haben sie aber nicht als Grund angeführt, weshalb sie wünschen, die Weltföderation möge ihre Tätigkeit einstellen. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß wir Kritik und Selbstkritik nicht fürchten, vielmehr sehen wir die Kritik als ein Mittel zur Verbesserung der Arbeit an.

Die sowjetische Kritik zeichnet sich durch Wahrheitsliebe aus.

Nachdem wir also die Argumente geprüft haben, die in der Denkschrift des TUC-Generalrats dargelegt werden, kommen wir zu dem Schluß, daß die vom Generalrat für seinen Vorschlag angeführten Gründe ertüfelt und unstichhaltig sind. In der Denkschrift wird die tatsächliche Lage in der Weltföderation verhehlt. Man gibt eine völlig entstellte Lesart von der Stellungnahme einzelner Landesgewerkschaftszentralen und von der Haltung der TUC-Vertreter.

WARUM DER TUC-GENERALRAT SEINEN ANTRAG EINGEBRACHT HAT

Welches sind die wirklichen Beweggründe für den Antrag des TUC-Generalrats? Was steckt eigentlich hinter seinen Motiven?

Auf jeden Fall sind die Beweggründe nicht die, die in den uns unterbreiteten Dokumenten angeführt werden.

Die Führer des TUC-Generalrats haben es nicht gewagt, uns und ihren Arbeitern offen die Wahrheit zu sagen.

Ende 1947 und Anfang 1948 war in der Presse von einem Komplott gegen die Weltföderation der Gewerkschaften die Rede. Jetzt hat der Verlauf der Ereignisse das eindeutig bestätigt. Ich erinnere daran, wovon damals die Rede war und wovor die Presse der Sowjetunion und Auslandsblätter die Arbeiteröffentlichkeit warnen. Es handelte sich darum, daß die Führer des TUC-Generalrats hinter dem Rücken der Arbeiter-

klasse den Befehl erhalten haben, die Weltföderation zu sprengen. Diesen Befehl erhielten sie nicht etwa von den Arbeitern, da die Arbeiter gar nicht hätten Auftrag geben können, ihre eigene Schöpfung zu vernichten.

Leute, die damals nichts mit den Gewerkschaften zu tun hatten, die aber keinen geringen Einfluß in Regierungskreisen genossen, beurteilten die Lage folgendermaßen:

Ihrer Ansicht nach sollte zur entscheidenden Spaltung der Weltföderation der Gewerkschaften der „Marshallplan“ ausgenutzt werden, und zwar in einer Weise, die den Monopolherren von Nutzen wäre; er sollte auch dazu dienen, einen Zusammenschluß des CIO und der AFL zu ermöglichen, was ebenfalls den Monopolherren politischen Nutzen bringen würde.

Es wurde als wünschenswert bezeichnet, daß der TUC-Generalrat diesen Vorschlägen seine volle Unterstützung gewährt. Den TUC-Vertretern in der Weltföderation wurden Anweisungen erteilt, durchzusetzen, daß das Exekutivkomitee der Weltföderation den „Marshallplan“ unterstützt. Ich betone, nicht daß es den „Marshallplan“ erörtert, sondern daß es ihn unterstützt.

Wie sich herausstellt, hatte der CIO schon im November 1947 vor, in dieser Frage eine Schlacht zu liefern, falls er der Unterstützung der Generalratsvertreter Arthur Deakin und Tewson sicher gewesen wäre. Der TUC unterstützte damals Carey nicht sehr energisch. Es wurden ihm deswegen Vorhaltungen gemacht. . . Wie sich weiter zeigt, war man der Ansicht, die Weltföderation hätte — falls der TUC, der CIO und die AFL sich in dieser Frage gegen die „kommunistische Mehrheit“ in der Weltföderation einigten — nicht nur so weit gebracht werden können, für die Russen völlig nutzlos zu werden, sondern diese drei Föderationen hätten den Kern einer internationalen Gewerkschaftsorganisation schaffen können, der nicht auf den sozialistischen Ländern basierte. . .

... Die Frage, die in einem solchen Falle zu klären gewesen wäre, bestand darin, ob es angebracht sei, einen Druck auf Arthur Deakin und Tewson auszuüben, oder, um es in passenderer Form auszudrücken, ob man ihnen einen gewissen Rat erteilen und ihnen den Kernpunkt des Problems erläutern solle. Man kann mit Sicherheit annehmen, daß Deakin und Tewson der

Kernpunkt des Problems erläutert worden ist, daß man sich ins Einvernehmen gesetzt hat, daß ein Plan zur Spaltung der Weltföderation ausgearbeitet und daß mit seiner Ausführung begonnen worden ist. Dieser Plan wird folgendermaßen ins Werk gesetzt: die erste Attacke gegen die Weltföderation wurde im November 1947 zur Frage des „Marshallplans“ geritten. Sie schlug fehl. Die zweite erfolgte im Februar v. J. in der Frage des Termins, zu dem das Exekutivbüro zusammenberufen werden sollte. Auch sie schlug fehl. Aber die Spalter gründeten das Komitee der 16 als Kern für eine zukünftige Internationale.

Darauf erfolgte auf der Tagung des Exekutivkomitees in Rom vom Mai v. J. die Attacke gegen die Weltföderation in der Frage ihrer Politik und Verwaltung. Die Spalter erreichten ihr Ziel nicht. Die Weltföderation blieb bestehen.

Im September v. J., auf der Tagung des Exekutivbüros, erfolgte eine neue Attacke. Aber die Weltföderation besteht dennoch weiter.

Jetzt wollen die Vertreter des TUC-Generalrats und des CIO bereits, daß die Landesgewerkschaftszentralen, die der Föderation angehören, nicht nur die Tätigkeit der Föderation zum Stillstand bringen, sondern überhaupt jegliche internationale Arbeit einstellen, derweilen die Vertreter des TUC und des CIO eine andere internationale Gewerkschaftsorganisation gründen werden, die ein gefügiges Werkzeug in den Händen der amerikanischen Monopolherren und ihrer Handlanger in England abgeben soll.

Die Grundprinzipien dieser Organisation verkündete ihr Ideologe Irving Brown, mit dem die englischen und amerikanischen Vertreter einverstanden sind. Es soll das eine Organisation sein, die rückhaltlos für den Kapitalismus eintritt und deren Ziel es ist, gegen alle fortschrittlichen, vor allem gegen die sowjetischen Gewerkschaften und die Gewerkschaftsorganisationen der Länder der neuen Demokratie, ferner gegen diejenigen Gewerkschaften anderer Länder zu kämpfen, die nicht damit einverstanden sind, den Kapitalismus zu unterstützen und zu stärken.

Das sind unserer Meinung nach die wahren Beweggründe für den Vorschlag, die Weltföderation aufzulösen. Sie haben nichts mit den Motiven gemein, die in den vorgelegten Dokumenten und in den hier gehaltenen Reden angeführt worden sind.

EINIGE BEMERKUNGEN ZU DEN REDEN CAREYS UND DEAKINS

Carey sagt, die Sowjetgewerkschaften stünden unter dem Befehl des Sowjetstaats und der Kominform. Das ist eine Lüge. Die Sowjetgewerkschaften sind eine wichtige und einflußreiche Organisation in der Sowjetgesellschaft, aber nie hat die Regierung das Kommando über sie gehabt. Bei uns gehört die Macht den Werktätigen.

Die Sowjetregierung kommt den Gewerkschaften gern entgegen und schenkt ihrer Meinung Gehör. Bei uns kann es nicht vorkommen, wie in einigen andern Ländern, wo die Kapitalisten an der Macht sind, daß die Gewerkschaften in ihrer Tätigkeit beeinträchtigt und auseinandergejagt werden.

Was wollen Sie denn? Daß die Sowjetregierung die Gewerkschaften verfolgt und in ihrer Tätigkeit beeinträchtigt? Wären Sie dann zufrieden gestellt?

Es paßt Carey nicht, daß in der Sowjetunion nicht gestreikt wird. Tatsächlich gibt es in der Sowjetunion keine Streiks, aber das kommt nicht daher, daß sie gesetzlich verboten sind. Im Gegenteil: unsere Gesetze gestatten es, in den Streik zu treten. Dennoch gibt es keine Streiks. Warum? Darum, weil es bei uns keine Ausbeutung gibt — das sollte Carey endlich einmal begreifen —, und darum, weil alles, was die Arbeiter schaffend hervorbringen, nur den Werktätigen zugute kommt, nur dem gemeinschaftlichen Nutzen dient.

Ihnen sagt der Kapitalismus mehr zu als der Sozialismus. Das ist Ihre Sache. Aber zwingen Sie uns nicht, dahin zurückzukehren, wo wir vor 30 Jahren standen. Zu Ihrem Vergnügen wird die Arbeiterklasse unseres Landes sich keinen Zaren, keine Gutsbesitzer und Kapitalisten zurückholen.

Ebenso verzerrt stellt Carey die Haltung der Sowjetgewerkschaften dem „Marshallplan“ gegenüber dar.

Sind die Sowjetgewerkschaften wirklich dagegen, daß manche Staaten anderen Staaten wirtschaftlich helfen? Das ist nicht der Fall. Die Sowjetgewerkschaften haben die wirtschaftliche Hilfe einiger Länder für andere Länder stets als eine gesetzmäßige Erscheinung angesehen. Nach Ansicht der Sowjetgewerkschaften aber darf die wirtschaftliche Hilfe der einen Staaten für andere Staaten an keinerlei Bedingungen geknüpft sein,

die zur wirtschaftlichen und politischen Unterordnung der Hilfeempfänger unter die hilfeleistenden Staaten führen.

Ist es wahr, daß die Sowjetgewerkschaften es ablehnen, den „Marshallplan“ zu erörtern? Das ist nicht wahr.

Carey sollte sich einmal den Verlauf der Moskauer Verhandlungen vom Februar v. J. in Erinnerung rufen. Es gibt ein Dokument, das durch die Verhandlungen mit Carey zustande kam — es ist die „Deklaration der Sowjetgewerkschaften zur Frage des „Marshallplans““.

In dieser Deklaration haben die Sowjetgewerkschaften ganz klar ausgesprochen, wie sie sich zum „Marshallplan“ stellen. Es liegt keine Notwendigkeit vor, diese Deklaration zu wiederholen. Sie ist der Weltöffentlichkeit weitgehend bekannt.

Weder während der Verhandlungen noch in der Deklaration haben die Sowjetgewerkschaften erklärt, sie seien gegen eine Erörterung der Frage des „Marshallplans“ in der Weltföderation. Im Gegenteil, gerade die Sowjetgewerkschaften haben vorgeschlagen, sie im Exekutivkomitee als dem repräsentativeren Organ in demokratischer Weise zu erörtern, aber die TUC- und CIO-Vertreter haben es selbst abgelehnt, diese Frage in der Weltföderation zu diskutieren.

Carey hält sich offenbar an den Grundsatz: falls die Tatsachen gegen ihn sprechen, um so schlimmer für die Tatsachen.

Carey hat erklärt, die kommunistische Presse habe die Vertreibung der Reformisten aus der Weltföderation gefordert.

Was die Sowjetgewerkschaften betrifft, so haben wir in unserer Deklaration zum „Marshallplan“, die wir Carey einhändigten, unsere Haltung gegenüber verschiedenen politischen Strömungen in der Weltföderation zum Ausdruck gebracht.

Dort heißt es, der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion halte sich nach wie vor an die Ansicht, jede Landesgewerkschaftsorganisation müsse das Recht und die Möglichkeit haben, in der Weltföderation der Gewerkschaften beliebige politische Fragen frei zu erörtern.

Deakin sagt, die Länder, die die philosophischen und politischen Auffassungen der Sowjet-

union unterstützen, könnten ihre Ansichten nicht frei kundtun. Wie kommt er zu dieser Meinung? Ist es nicht eher umgekehrt? In keinem Land haben die Werktätigen eine so unbegrenzte Möglichkeit, ihre Ansichten darzulegen, wie in der Sowjetunion. Bei uns gibt es keine Freiheit für Ausbeuter. Das ist wahr. Aber ich glaube, davon haben die Werktätigen und die Arbeiterklasse der Sowjetunion keinen Schaden. Und wenn sich Deakin um die Freiheit für die Ausbeuter Sorgen macht, so können wir ihm da nicht beipflichten.

In der Sowjetunion ist die Rede- und Pressefreiheit nicht nur verkündet, sondern auch sichergestellt, und zwar dadurch, daß den Arbeiterorganisationen Papier, Druckereien und Zeitungen zur Verfügung stehen. Es lohnt, einen Blick in unsere Zeitungen zu werfen, um sich davon zu überzeugen, wie scharf und ungehindert wir vorhandene Mängel kritisieren.

Deakin hat die Meinung geäußert, in der Weltföderation sei eine kommunistische Fraktion gebildet worden, die den Anweisungen der Kominform Folge leiste. Es ist nichts Neues, daß Deakin die Schuld für jedwedes Unheil in der kapitalistischen Gesellschaft den Kommunisten und dem Kommunismus zuschiebt. Ist das nicht vielleicht der Grund, warum die TUC-Führer die französischen Bergarbeiter in ihrem gerechten Kampf für die Verbesserung ihrer Lebenslage nicht unterstützt haben? In Wirklichkeit gab und gibt es innerhalb der Weltföderation keinerlei Fraktion. Sie aber haben wirklich eine separate Tätigkeit gegen die Weltföderation entfaltet und tun es noch heute. Das wird durch die Bildung des Gewerkschaftskomitees der 16 Länder bestätigt sowie durch die offiziellen Zusammenkünfte der Führer des TUC und des CIO vor dieser Sitzung des Exekutivbüros der Weltföderation.

In seiner Rede erklärte Deakin, es bestehe eine Kluft zwischen den kommunistischen und den nichtkommunistischen Gewerkschaften, und diese grundlegenden Gegensätze seien nicht zu überbrücken. Es gibt auf der Welt aber keine Gewerkschaften, die kommunistisch oder nichtkommunistisch wären. Die Gewerkschaften sind überparteiliche Organisationen. Die Sowjetgewerkschaften halten eine Zusammenarbeit verschiedener politischer Strömungen in einer gemeinsamen internationalen Gewerkschaftsorganisation für durchaus möglich. Sie halten sie für unmöglich. Ja, was wollen Sie denn?

Was ist zu machen, wenn es auf Erden Menschen gibt, deren Anschauungen von den Ihren abweichen? Was ist zu machen, wenn es Kommunisten und Nichtkommunisten mit fortschrittlichen Ideen gibt?

Sie möchten sie zwingen, so zu denken, wie es Ihnen beliebt? Andernfalls möchten Sie sie zunichte machen? Wo bliebe da die Demokratie? Mir scheint, das Bild ist klar und deutlich.

Hätten gewisse Absichten der TUC- und CIO-Vertreter nicht darauf abgezielt, die Weltföderation zu sprengen und sie zu verlassen, so hätten wir eine Möglichkeit zur Lösung aller strittigen Fragen gefunden.

Wir haben Zugeständnisse gemacht, manchmal sogar zum Schaden der Föderation. Wir sind auch jetzt bereit, konstruktive Vorschläge zu erörtern. Worauf Sie aber hinauswollen, das ist, wie sich herausstellt, die Auflösung der Föderation: Ich muß rundheraus sagen, daß Sie sich einer unerfüllbaren Aufgabe unterziehen. Das ist eine aussichtslose Sache.

In diesem Zusammenhang hätte ich gern ein Beispiel aus unserer Literatur angeführt. Saltykow-Schtschedrin schilderte einen Stadthauptmann, einen unwissenden und stupiden Menschen, der meint, ohne seine Erlaubnis und Anweisung dürfe nichts bestehen. Einmal macht man ihn darauf aufmerksam, daß es auf der Welt ein Land Amerika gebe, und er denkt angestrengt nach, wie Amerika ohne seine Erlaubnis hatte auftauchen können. Er versteht die Meldung mit seinem Entschluß, das entdeckte Amerika sei wieder zuzudecken. Aber dann wird ihm dennoch klar, daß er zu weit gegangen ist, und er fügt hinzu: „Doch scheint es, selbiges hängt nicht von mir ab.“

Ich denke, von Ihnen hängt es nicht ab, die Tätigkeit der Weltföderation zu liquidieren. Die Auflösung der Weltföderation entspricht weder dem Wunsch noch dem Willen der Arbeiter.

Die Arbeiter würden uns das nie verzeihen und die Spalter brandmarken.

Kupers erklärte, die einfachen Gewerkschaftsmitglieder in England seien für die Auflösung der Weltföderation.

Ich bezweifle das. Es wäre gut, wenn man uns den Beschluß der Arbeiter vorlegte. Aus den Zeitungen wissen wir, daß gewisse Gewerkschaftsorganisationen gegen den Beschluß des Generalrats auftreten.

In dem Schreiben des TUC-Generalrats wird vorgeschlagen, einen Treuhänderrat zu schaffen, der alle Geldmittel der Föderation übernehmen sowie in zwölf Monaten oder auch früher darüber entscheiden soll, ob die Föderation bestehen bleibt. Es ist klar, daß man, ehe man über den Modus der Auflösung der Föderation spricht, zunächst die Frage ihres Weiterbestehens entscheiden muß, und hierfür bedarf es eines Kongreßbeschlusses.

Die für die Arbeiterklasse so äußerst wichtige Frage, ob die Weltföderation der Gewerkschaften bestehen soll, kann natürlich nicht von sieben Personen entschieden werden. Soviel man hier auch reden mag, dieses Gerede wird zu nichts führen und nur zeigen, daß die Leute, die diesen Antrag einbringen, sich sehr weit von den demokratischen Prinzipien entfernt haben, auf denen unsere Organisation fußt.

Deakins Erklärung, die neun Mitglieder des Exekutivbüros, von denen sieben hier anwesend sind, könnten über das Geschick einer Organisation entscheiden, die die Landesgewerkschaftszentralen von 67 Ländern umfaßt, ist derart

totalitär, daß es nicht einmal lohnt, hierüber Worte zu verlieren.

Ich möchte den Urhebern des Antrags, die Föderation solle ohne Entscheidung dieser Frage im Exekutivkomitee, Generalrat und Kongreß zeitweilig ihre Tätigkeit einstellen, einmal folgende Frage vorlegen: Ist derartiges in den britischen Gewerkschaften möglich? Ist es z. B. möglich, daß Deakin und Tewson, denen die Leitung der Gewerkschaften anvertraut ist, den Beschluß fassen, die britischen Trade Unions zu schließen, ein Schloß vor das Transport House zu hängen und ein Jahr oder annähernd ein Jahr zu warten, bis ein von ihnen eingesetzter Treuhänderrat sich erneut mit der Frage befaßt? Was würden der TUC-Generalrat und der TUC selbst wohl sagen, wenn man, mit Verlaub zu melden, so „demokratisch“ mit ihm umspringt?

Ich frage die Vertreter des CIO, ob sie den CIO durch einen von sieben Männern im stillen Kämmerchen gefaßten Beschluß auflösen können, auch wenn diese sieben sehr verantwortliche Führer sein sollten? Darüber, ob die Weltföderation der Gewerkschaften ihre Tätigkeit einstellen soll, kann nur der Kongreß entscheiden.

ANTRAG DER SOWJETDELEGATION AN DAS EXEKUTIVBÜRO DER WELTFÖDERATION DER GEWERKSCHAFTEN

Kann die Föderation in einer solchen Lage verharren, in die sie von den Vertretern der britischen Trade Unions und des CIO gebracht worden ist? Natürlich nicht. Wir werden bei einer Liquidierung der Weltföderation der Gewerkschaften keine Hilfestellung leisten. Millionen von Arbeitern erwarten von der Föderation umfangreiche Arbeit, Schutz ihrer Interessen, Hilfe im Kampf. Hilfe im Kampf gegen die unmenschliche Ausbeutung erwarten die Arbeiter in den Kolonien, die noch bis auf den heutigen Tag Sklaven sind und die man mit dem Versprechen, die Atlantikcharte verwirklichen zu wollen, mit dem Versprechen, ihnen auch nur einigermaßen menschliche Lebensbedingungen zu bieten, hinters Licht geführt hat. Hilfe erwarten die demokratischen Gewerkschaften Griechenlands, die Gewerkschaften Irans, Jamaikas, Indiens, usw. Die Arbeiter dieser Länder könnten, wenn sie die

Tatenlosigkeit der unter Leitung des Amerikaners Cope stehenden Kolonialabteilung sehen, noch glauben, nicht Sie allein seien gegen eine Verbesserung ihrer Lage, sondern mit Ihnen die gesamte Föderation. Es muß Klarheit über die Lage in der Föderation geschaffen werden. Wir können uns nicht darauf beschränken, den Vorschlag des TUC-Generalrats in engem Kreise, im Exekutivbüro zu behandeln. Man muß ihn dem Exekutivkomitee, dem Generalrat und dem Kongreß zur Erörterung vorlegen.

Es geht um das Geschick der Föderation, um das Geschick der Organisation, die in den Augen Dutzender Millionen Arbeiter die einzige repräsentative Organisation ist, die die Fähigkeit besitzt, ihre Interessen zu verteidigen. Ebenso können wir keinesfalls darauf eingehen, daß die Weltföderation auch nur zeitweilig ihre Arbeit einstellt. Ich unterstütze den Antrag des General-

sekretärs Saillant auf unverzügliche Einberufung des Exekutivkomitees.

Sollten die Vertreter der britischen Trade Unions und des CIO nicht wünschen, weiter an der Arbeit der Föderation teilzunehmen, so werden wir unsere Arbeit ohne sie fortsetzen. Es geht nicht an, daß eine Organisation, der 67 Landesgewerkschaftszentralen angehören, zu bestehen aufhört, weil das die Vertreter des CIO und des TUC-Generalrats so wollen.

Wir werden einen solchen spalterischen Schritt der Führer der britischen Trade Unions und des CIO unbedingt bedauern, einen Schritt, der zweifellos der internationalen Gewerkschaftsbewegung und auch den Arbeitern Englands und der USA zum Schaden gereicht.

Unserer Ansicht nach sind alle unsere schwierigen Fragen lösbar, wenn man von den Interessen der Arbeiterklasse ausgeht. Wer erklärt,

die Lösung der strittigen Fragen sei unmöglich, der tritt gegen die Einheit auf. Wenn Sie der Meinung sind, es gebe keinerlei Möglichkeit zur Zusammenarbeit, so trifft Sie die Verantwortung für die Spaltung.

Alle unsere Versuche, die Einheit zu wahren, haben zu nichts geführt, obwohl wir auch jetzt noch bereit sind, mit Ihnen zusammenzuarbeiten; aber Sie lehnen das kategorisch ab. Unserer Ansicht nach müssen alle Maßnahmen getroffen werden, um die Arbeit der Weltföderation aktiver zu gestalten, einen Kampf für die Erfüllung der edlen Aufgaben zu entfalten, die der Pariser Kongreß ihr gestellt hat und die in den Statuten der Föderation niedergelegt sind.

Die Föderation muß entschlossener und konsequenter für die Hebung des Lebensstandards der Arbeiter kämpfen, für die Gewährleistung der demokratischen Freiheiten, für einen langwährenden, dauerhaften Völkerfrieden.

Aufruf des Exekutivbüros der Weltföderation der Gewerkschaften an die Arbeiter und Arbeiterinnen der ganzen Welt

Arbeiter! Arbeiterinnen!

Die internationale Arbeitereinheit ist in Gefahr. Die Vertreter des britischen Trade-Union-Kongresses (TUC) und des Kongresses der Industrieverbände der USA (CIO) haben das Exekutivbüro der WFG vor folgendes Dilemma gestellt: entweder zeitweilig ihre Tätigkeit abbrechen oder aber sie aufzulösen, wie das die Leiter des CIO unter Androhung ihres Austritts vorgeschlagen haben. Damit haben sie versucht, den 67 Landesgewerkschaftszentralen, die die organisierten Werktätigen der ganzen Welt vereinen, den Willen der britischen Trade Unions und des CIO aufzuzwingen. Die Mehrheit der Exekutivbüromitglieder hat vorgeschlagen, die Meinungsverschiedenheiten über die Tätigkeit der WFG Punkt für Punkt zu klären, aber die

Vertreter des TUC und des CIO zeigten sich auch weiter unnachgiebig, sie waren keinerlei Argumenten zugänglich und verlangten von den übrigen Mitgliedern des Exekutivbüros Annahme ihrer Forderung, die WFG aufzulösen.

Die Mehrheit der Exekutivbüromitglieder konnte auf ein derartiges Ultimatum nicht eingehen. Die Mehrheit der Exekutivbüromitglieder protestiert schärfstens gegen die Absicht, das Exekutivbüro zur Annahme eines Beschlusses über eine Frage zu zwingen, die das Bestehen der WFG und die internationale Gewerkschaftseinheit angeht, da ein derartiger Beschluß nur vom Kongreß gefaßt werden kann. Die Mehrheit des Exekutivbüros schlug vor, den britischen Antrag an das Exekutivkomitee, den Generalrat und den Kongreß zur Erörterung weiterzureichen.

Die Vertreter des TUC und des CIO erklärten, sie hätten nicht die Absicht, der Meinung der Mehrheit Rechnung zu tragen, worauf die Exekutivbüromitglieder Deakin (TUC), Carey (CIO) und Kupers (holländische Gewerkschaften) die Sitzung des Exekutivbüros verließen und damit kundtaten, daß sie mit der WFG brechen und sich kategorisch weigern, irgendeinen annehmbaren Beschluß über die Aufrechterhaltung der Gewerkschaftseinheit zu erörtern.

Das Exekutivbüro setzt jedoch seine Arbeit fort, und Genosse Di Vittorio (Italien), Vizevorsitzender der WFG, wird auf den Sitzungen des Exekutivbüros bis zum Ende der Tagung den Vorsitz führen.

Arbeiter! Arbeiterinnen! Die Weltföderation der Gewerkschaften gehört allen Werktätigen. Sie ist es, die ihr Streben zum Ausdruck bringt, sie ist die Trägerin ihrer Hoffnungen.

Gleich bei ihrer Gründung legte die WFG in ihren Statuten ihre Ziele fest, und zwar: Organisation eines gemeinsamen Kampfes der Gewerkschaften aller Länder gegen jeden beliebigen Anschlag auf die ökonomischen und sozialen Rechte aller Werktätigen und auf ihre demokratischen Freiheiten; Gewährleistung von Arbeit für alle Werktätigen; Lohnerhöhung und Hebung des Lebensniveaus; Verkürzung des Arbeitstags; soziale Sicherstellung der Werktätigen und ihrer Familienmitglieder für den Fall von Arbeitslosigkeit, von Erkrankungen oder Unglücksfällen; soziale Sicherstellung im Alter und andere Maßnahmen, die eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Werktätigen gewährleisten, und gleichzeitig damit Kampf für die endgültige Vernichtung der Überreste des Faschismus in jeglicher Gestalt und Erscheinungsform; unablässiger Kampf gegen den Krieg und seine Ursachen — für einen festgefügtten und dauerhaften Frieden; Verteidigung der Interessen der Werktätigen in allen internationalen Organisationen.

Innerhalb von mehr als drei Jahren hat die Weltföderation der Gewerkschaften eine ausge dehnte Tätigkeit zur Erreichung ihrer Ziele entfaltet. Dank dieser Tätigkeit der WFG wurden in vielen Ländern zahlreiche Menschen — unsere Kampfgefährten — vom Tode errettet. Die WFG hätte bedeutend mehr leisten können, wenn ihre Tätigkeit nicht gerade von denen gehemmt worden wäre, die heute offiziell vorschlagen, sie

solle ihre gesamte Tätigkeit einstellen und sich selbst auflösen.

Die Leiter des Generalrats des britischen Trade-Union-Kongresses haben, als sie ihren Antrag einbrachten, die tiefgreifenden Veränderungen nicht begriffen, die in der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und im Unabhängigkeitskampf der Völker sowie in der Verteilung der gewerkschaftlichen Kräfte in der ganzen Welt eingetreten sind.

Nach dem zweiten Weltkrieg nahm die Zeit ein Ende, wo irgendeine Landesgewerkschaftszentrale dank ihrer Mitgliedszahl und ihren früheren Errungenschaften unumschränkt in der internationalen Gewerkschaftsbewegung herrschen und ihr Geschick lenken konnte. In vielen Ländern haben die Gewerkschaftsorganisationen seit Abschluß des ersten Weltkriegs, hauptsächlich aber in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, ein recht hohes organisatorisches Niveau erreicht. Sie sind zu Massenorganisationen geworden, die alle Berufe umfassen. In diesen Organisationen sind Tausende von Arbeitern zusammengeschlossen.

Gerade unter dem Einfluß falscher Einschätzung der heutigen Lage in den Gewerkschaften jedes einzelnen Landes nehmen die Führer des britischen Trade-Union-Kongresses auch weiter an, sie könnten ihre eigenen Anschauungen durchsetzen und brauchten keine brüderliche Zusammenarbeit mit ihren Kollegen auf der Grundlage der Gleichberechtigung, zu allerseits annehmbaren Bedingungen anzustreben.

Der Versuch, die Weltföderation der Gewerkschaften zu spalten oder zu zerstören, führt auch zu einer absoluten Leugnung der elementaren Prinzipien der Demokratie; die Leugnung dieser Prinzipien drückt sich in ihrem Antrag aus, der faktisch darauf hinausläuft, den internationalen Gewerkschaftskongreß seiner Vollmachten zu entkleiden und diese Vollmachten nur zwei oder drei der WFG angehörenden Gewerkschaftsorganisationen zu übertragen.

Die internationale Einheit der Werktätigen innerhalb der WFG beruht auf freiwilliger Zusammenarbeit der Gewerkschaften. Diese Gewerkschaften sind keine politischen Organisationen. Ihr Hauptziel ist die Hebung des Lebensstandards der Arbeiterklasse ohne Ansehung der politischen, religiösen und philosophischen Anschauungen oder der Rassenzugehörigkeit ihrer Mitglieder.

Die Gewerkschaften können sich nicht am politischen Spiel beteiligen.

Das Exekutivbüro erklärt, daß die Weltföderation der Gewerkschaften bestehenbleibt. Sie schließt keinerlei Landesgewerkschaftsorganisation aus, noch hindert sie irgendeine derartige Organisation am Beitritt. Sie besteht weiter, denn überall in der Welt bedürfen die Arbeiter und Arbeiterinnen des Schutzes und der Vereinigung. Im gegenwärtigen Augenblick die Arbeiterklasse zu schwächen und versuchen, ihre internationale und nationale Einheit zu zerstören, bedeutet einen verbrecherischen Akt begehen, über dessen Initiatoren die Werktätigen und die Geschichte ein strenges Urteil fällen werden.

Das Exekutivbüro hat beschlossen, für den 28. Januar in Paris eine Sitzung des Exekutivkomitees der WFG anzuberaumen. Das Exekutivbüro empfiehlt dem Exekutivkomitee, in der zweiten Junihälfte 1949 den II. Weltkongreß einzuberufen. Aus allen Ländern treffen Sendschreiben ein, die die Notwendigkeit der Erhaltung und Stärkung der Weltföderation der Gewerkschaften bestätigen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Die Weltföderation der Gewerkschaften verfolgt große und edle Ziele. In ihnen drücken sich die allgemeinen Interessen aller physisch und geistig Schaffenden aus. Zur Erreichung dieser Ziele ist es notwen-

dig, die Einheit der Werktätigen der ganzen Welt zu stärken, die Weltföderation der Gewerkschaften zu festigen und fortzuentwickeln.

Trotz aller versteckten politischen Machenschaften gegen die WFG wird sie leben und gedeihen.

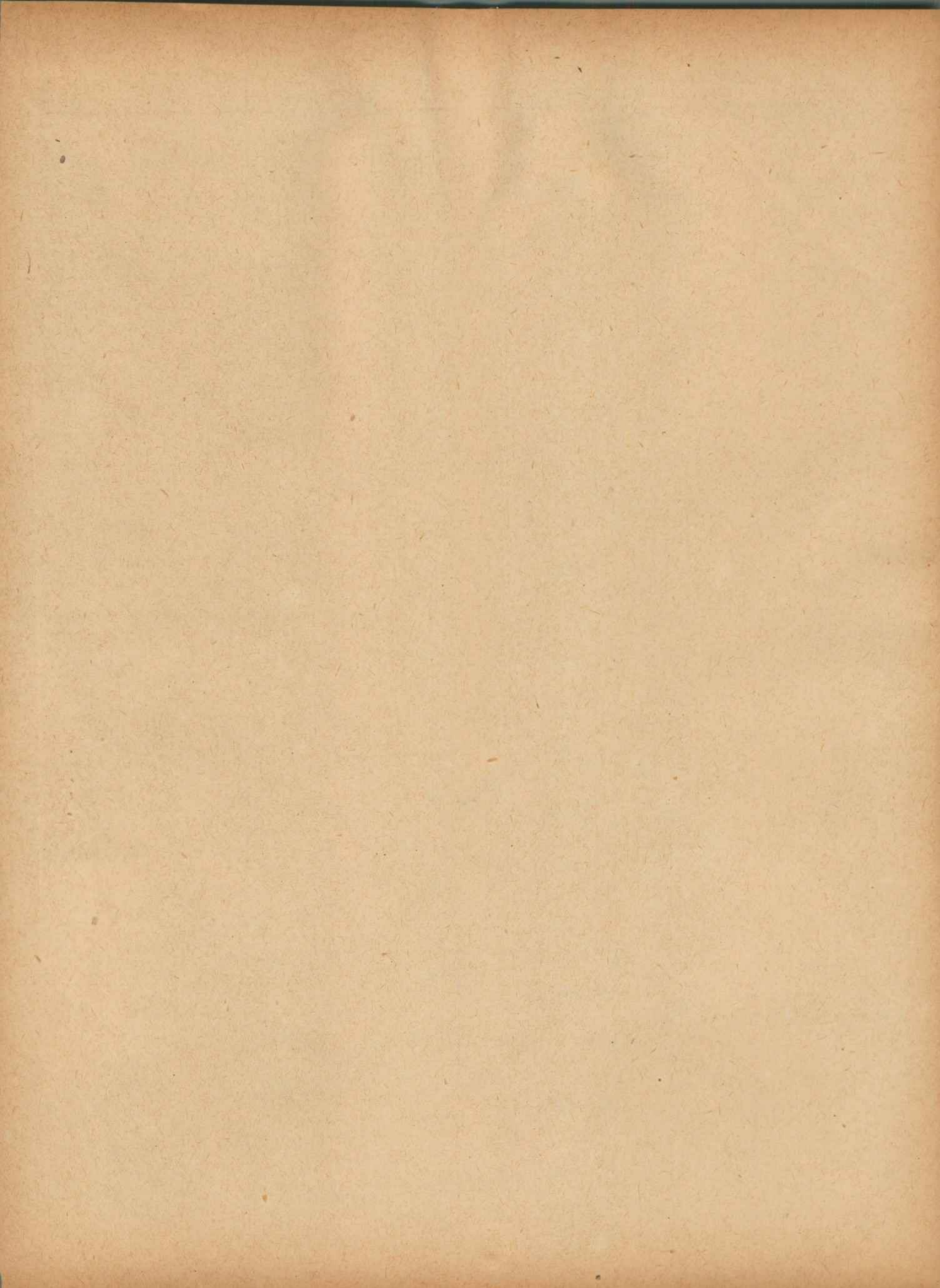
Die Arbeiterklasse der ganzen Welt hat während des zweiten Weltkriegs eine bedeutsame Lehre erhalten. Sie hat festgestellt, daß die Zersplitterung ihrer Kräfte dem Faschismus den Weg bahnt und einen neuen Krieg sowie die Verelendung der Werktätigen möglich macht.

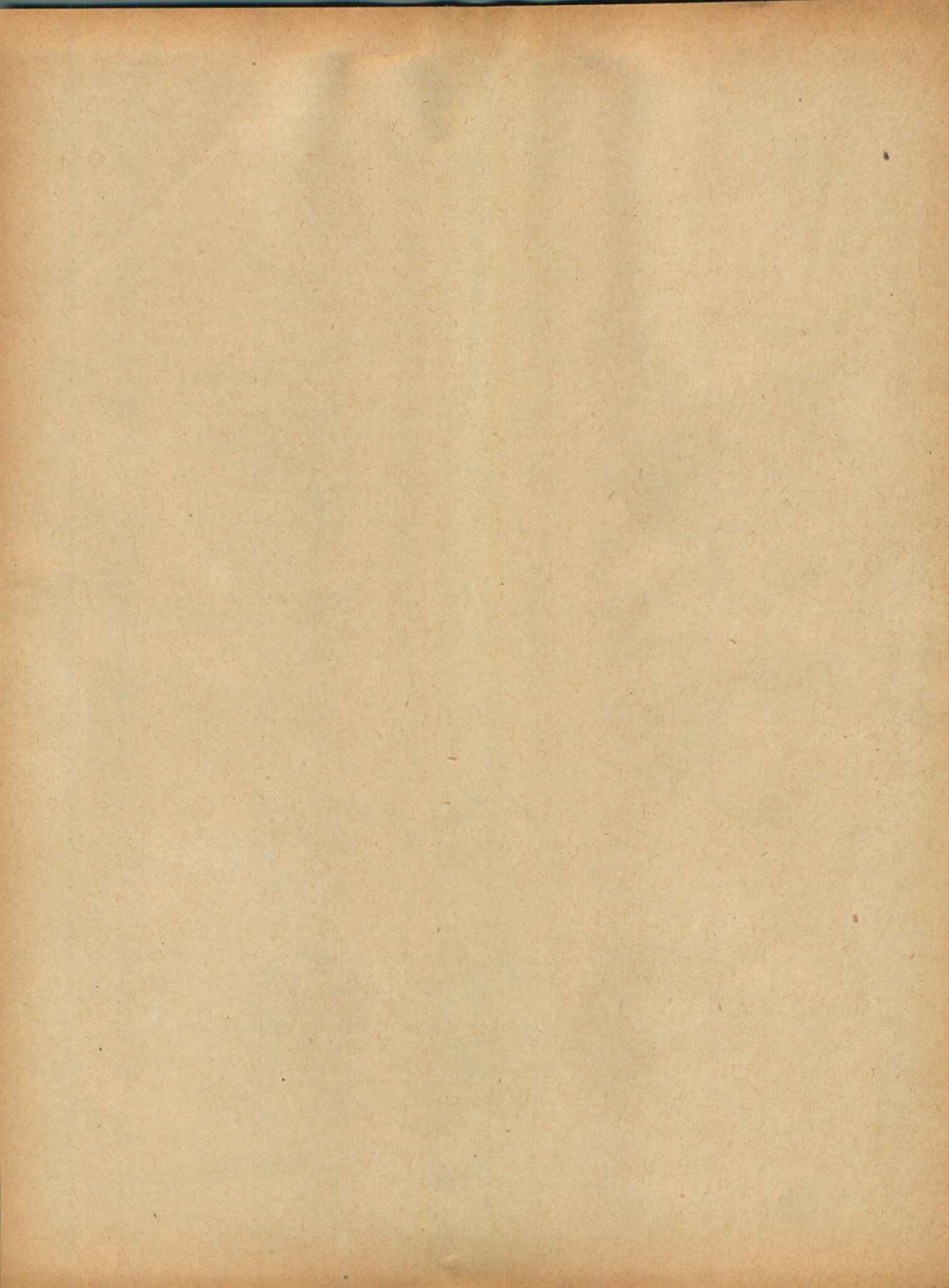
Wenn ihr nicht Zeugen sein wollt, wie der Faschismus in neuer Form wiederaufersteht, wenn ihr keinen neuen Weltkrieg wollt, dann schließt eure Reihen fest zusammen, strebt die Einheit der Arbeiterklasse der ganzen Welt an! Dies eben ist die Hauptquelle der Hoffnung auf Frieden, auf Demokratie und Fortschritt.

Glaubt den verlogenen Angriffen auf die Weltföderation der Gewerkschaften nicht.

Werktätige der ganzen Welt! Behaltet eure Beziehungen zur Weltföderation der Gewerkschaften! Stellt die Forderungen auf, die von der WFG formuliert werden, und tretet für sie ein!

Es lebe die internationale Einheit der Werktätigen! Es lebe die Weltföderation der Gewerkschaften!





haben oder noch leisten könnten“. Eine der Reden Reimanns hat angeblich „eine Feststellung dieses oder eines ähnlichen Wortlauts“ enthalten.

Die Einschränkung ist nicht überflüssig, denn in dem Fall, von dem die Rede ist, sprach Reimann vor 8000 Hörern. Alle diese 8000 Menschen können bezeugen, daß kein anderer als der englische Redakteur der Zeitung „Die Welt“, der einen Bericht über die Kundgebung veröffentlichte, in Reimanns Rede „diesen oder einen ähnlichen Wortlaut“ hineingelegt hat. Die Reimann zugeschriebenen strafbaren Äußerungen wurden in Wirklichkeit niemals getan.

Man hat die wahre Ursache für die in Vorbereitung befindliche Abrechnung mit Max Reimann in der noch größer gewordenen Autorität der Kommunistischen Partei bei der westdeutschen Bevölkerung zu suchen. Die volksfeindlichen Maßnahmen der Behörden Bizoniens haben dem deutschen Volk die Augen über die wahren Pläne der britisch-amerikanischen Imperialisten in Deutschland geöffnet. Der Kampf der deutschen Kommunisten gegen diese Spaltermanöver, für den Frieden und die Einheit des Landes findet in

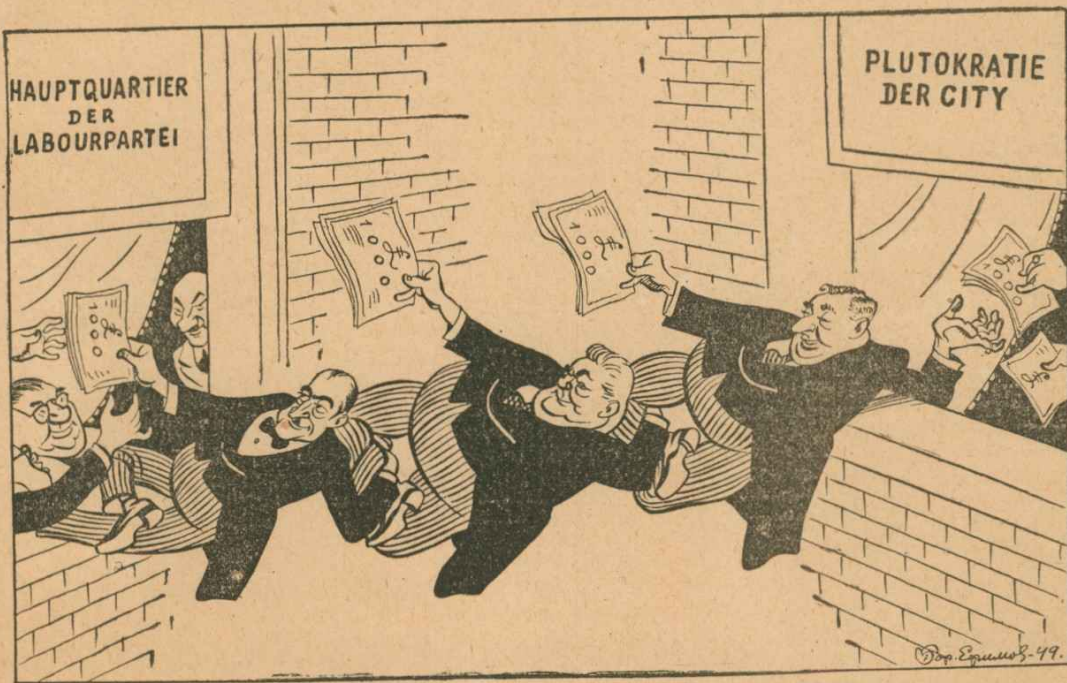
den Massen weiten Widerhall. Die führenden Männer der Kommunistischen Partei, die die Interessen der deutschen Werktätigen folgerichtig und nachdrücklich verteidigt, mit Strafmaßnahmen zu verfolgen — das ist der Sinn des Gerichtsverfahrens gegen Max Reimann.

EINE HYBRIDE ZWISCHEN MARSHALL UND ZELLERBACH

Auch in Italien trägt der Marshallplan seine Früchte. Eine Anzahl der wichtigsten Industriezweige kommt aus dem Zustand der Krise nicht heraus. Stagnation herrscht in der Bauindustrie und in den mit ihr verbundenen Wirtschaftszweigen. Obgleich das italienische Hüttenwesen weniger als 200 000 Tonnen Stahl monatlich liefert, findet ein Drittel seiner Erzeugnisse keinen Absatz und bleibt in den Lagern der Werke liegen.

Die italienischen Truste, die zum größten Teil Filialen amerikanischer Monopole geworden sind, nutzen die Krise des Maschinenbaus dazu aus, sich ihrer Konkurrenten zu entledigen. Sie finden Hilfe bei der Regierung de Gasperi, die auf den

GLIEDER EINER KETTE



Ein ununterbrochenes Band der Bestechungen und der Korruption
(Zu dem Verfahren gegen Stanley, Belcher, Gibson und Konsorten)

Zeichnung von BORIS JEFIMOW

Gedanken verfallen ist, staatlich kontrollierte große Maschinenfabriken zu liquidieren. In Gefahr befinden sich insbesondere die Flugzeugfabrik Caproni, der Funkgerätebetrieb SAFAR, das Motorenbauwerk Breda in Mailand, einige Unternehmungen in Neapel und mehrere Schiffswerften.

Die Arbeiter widersetzen sich energisch der Zerschlagung der italienischen Industrie, die für sie ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit und des Elends bedeutet. In Mailand hat sich in allen Industriebetrieben zum Zeichen des Protestes gegen die Stilllegung von Werken und gegen die Massenentlassung von Arbeitern eine Bewegung der „Nichtzusammenarbeit mit der Verwaltung“ entfaltet.

In dieser Situation hat Mr. James D. Zellerbach, der Leiter der Sondermission für die Verwirklichung des Marshallplans in Italien, beschlossen, das italienische Volk mit einer sensationellen Erklärung zu verblüffen. Wie er bekanntgab, wird eine „regelrechte Revolution in der Landwirtschaft Italiens“ vor sich gehen, und zwar durch die Einbürgerung irgendeiner erstaunlichen amerikanischen Maishybride. Der Anbau dieser Hybride wird, so versichert Zellerbach, den Lebensstandard in Italien in wunderwirkender Weise heben.

Man braucht also die Stilllegung von Fabriken und die Entlassung von zehntausenden Industriearbeitern nicht zu bedauern. Wird sich das Land doch wie auf den Wink eines Zauberstabs mit dem frischen Grün der Zellerbachschen Maisorte bedecken. Auf dieser aus Mais bestehenden Grundlage werden neue Industriezweige erwachsen, tun sich der italienischen Viehzucht weite Horizonte auf, wird der Export eine Steigerung erfahren usw. usf. Zellerbachs Versicherungen zufolge wird die Maiserzeugung gleich im ersten Jahr um 150 000 Tonnen steigen, d. h. auf jeden der 150 000 Industriearbeiter, die entlassen werden sollen, wird eine Tonne Mais kommen!

Zellerbach scheint geglaubt zu haben, in Italien werde stürmische Freude über die Maisperspektiven ausbrechen. Aber die Italiener können sich ganz gut vorstellen, daß ein Teil dieses Maises zur Fütterung des Gutsbesitzerviehs verwendet werden wird, da der italienische Bauer faktisch kein Großvieh besitzt. Gemeinsam mit dem Gutsbesitzervieh wird auch die italienische Bauernschaft zur Maisdiät übergehen können.

Zellerbach behauptet, sein wundertuender Mais werde auch für den Export reichen, ja den katastrophalen Rückgang der Exportmöglichkeiten des Maschinenbaus, der Textilindustrie und anderer Industriezweige Italiens mehr als wettmachen.

Man muß annehmen, daß Mr. Zellerbach die Absicht hat, durch die Ausfuhr von Mais insbesondere auch die Ausfuhr der berühmten italienischen Makkaroni zu ersetzen. Bekanntlich haben die amerikanischen Freunde es Italien verboten, Weizen zur Herstellung von Makkaroni, dieser Nationalspeise der Italiener, einzuführen. Die italienische Wirtschaftszeitung „Il Globo“ schrieb am 6. November v. J.:

„Es ist uns heute nicht nur verboten, Makkaroni auszuführen, sondern es ist auch eine beispiellose Erscheinung zu verzeichnen: wir haben in den ersten acht Monaten des Jahres 1947 23 149 Doppelzentner und im Jahre 1948 333 987 Doppelzentner amerikanische Makkaroni eingeführt. Während unsere 1859 Makkaronifabriken wegen Rohstoffmangels stilllagen und auf dem Höhepunkt der Produktionssaison nur vier Tage die Woche arbeiteten, werden in den USA 54 Millionen Bushel Weizen ans Vieh verfüttert.“

Die „Zellerbachhybride“ ist nur einer der vielen Taschenspielertricks, mit denen die Organisatoren und Administratoren des Marshallplans die italienischen Volksmassen zu betrügen und irrezuführen suchen. Wenn man erkannt hat, welchen Hohn dieser Trick bedeutet, so gewinnt man eine Vorstellung von den Kolonisatorenplänen der transatlantischen Monopolisten, die die Absicht haben, ein hochindustrialisiertes Land Westeuropas in ein Maisfeld zu verwandeln.

EIN UNGESETZLICHER GESCHÄFTSABSCHLUSS

Londoner Bankherren haben mit Hilfe des Foreign Office in den letzten Tagen in Iran eine fieberhafte Tätigkeit entfaltet, um die alte Bankkonzession nicht zu verlieren, deren Frist am 30. Januar 1949 abläuft. Diese Konzession hat der Baron Julius de Reuter im Jahre 1889 von der iranischen Regierung für eine Frist von 60 Jahren erhalten. Dem Baron wurde das Recht gewährt, in Iran die sogenannte Imperial Bank of Persia (Schahinschahbank) mit einem Kapital von 1 Million Pfund Sterling zu gründen.

Die Konzessionsfrist wurde gemäß der iranischen Zeitrechnung festgesetzt und lief am 16. März 1947 ab. Vor zwei Jahren setzte die Bankverwaltung es mit Hilfe eines Gaunertricks durch, daß die Konzession um zwei Jahre verlängert wurde. Die englischen Bankiers entschieden plötzlich, es sei an der Zeit, daß die Iraner von ihrer Mondrechnung auf den europäischen Sonnenkalender übergehen. Folglich laufe die Konzessionsfrist, so entschied die Bankverwaltung, erst am 30. Januar 1949 ab. Inzwischen aber ist auch dieses Datum herangerückt.

Wie die Teheraner Zeitungen am 2. Januar meldeten, hat das iranische Finanzministerium

die englische Bank in einem amtlichen Schreiben an den Ablauf der Konzession erinnert. Wollte die Bank ihre Tätigkeit fortsetzen, so müsse sie hierzu eine besondere Erlaubnis erwirken, ebenso wie alle übrigen ausländischen Banken. Außerdem wurde vorgeschlagen, den Namen Schahinschahbank gegen einen weniger tönenden Titel zu vertauschen. Die demokratische Presse beobachtet gegenüber diesem Lärm jedoch eine sehr skeptische Haltung, und zu Skeptizismus besteht wirklich aller Anlaß.

Die Schahinschahbank ist die finanzielle Stütze der Anglo-Iranian Oil Company. Diese beiden Firmen haben in Iran gemeinsam eine Art Staat im Staate geschaffen. Die Bank hält nicht nur die wichtigsten Wirtschaftspositionen im Lande in ihren Händen, sondern übt auch auf das ganze Leben Irans, auf seine Außen- und Innenpolitik einen riesigen Druck aus. Die Ernennung von Ministern, die Aufstellung von Medschlisabgeordneten, das Schicksal der iranischen Kabinette — alles dies liegt in der direkten Einflußsphäre der Machthaber der Schahinschahbank. Die demokratische Öffentlichkeit Irans verlangt entschieden die Aufhebung dieser Konzession als eines Werkzeugs imperialistischer Politik und der Knechtung Irans.

Die englischen Kolonialgeschäftsmacher und Bankiers ihrerseits haben alle Maßnahmen getroffen, um der Bank ihre Rechte und Privilegien zu erhalten. Wie die Teheraner Zeitung „Kijam-e Iran“ am 16. August v. J. mitteilte, galt die Londonreise des iranischen Schahs im Sommer 1948 u. a. Verhandlungen über die Schahinschahbank. Die Zeitung schrieb:

„Es handelt sich ferner um die Wertsachen des Vaters des Schahs, die von der Bank von England festgehalten werden. Die Engländer haben sich bereit erklärt, einen Teil dieser Schätze in aller Stille freizugeben, wenn als Gegenleistung die Konzession der Schahinschahbank in Iran verlängert wird, denn die Anglo-Iranian Oil Company wird ihre Tätigkeit ohne die Schutzherrschaft irgendeiner englischen Bank nur mit Mühe fortsetzen können.“

Die Art, wie auf den Schah gedrückt wird, entspricht voll auf den Räubermethoden der englischen Bankiers. Sie schwächen mit den regierenden Kreisen Irans, damit die Bank für weitere Jahrzehnte das Recht erhält, das Land auszuplündern. In den Augen des Volkes und der demokratischen Öffentlichkeit Irans werden solche Schachergeschäfte niemals Rechtskraft erlangen.

SCHWACHSINNIGE PHANTASIE

Im November 1949 tauchten in der amerikanischen und der britischen Presse verleumderische Meldungen auf, daß sich die Sowjetunion mit

Waffenlieferungen an den Staat Israel befasse. Energisch unterstützt wurde diese Kampagne vom USA-Staatsdepartement. Nichtsdestoweniger wurde sie schon ein paar Tage später als übliche böswillige Antisowjeterfindung enthüllt und ist ruhmlos verklungen.

Die Seifenblase der Verleumdung ist zerplatzt, aber Reste ihres schmutzigen Schaums schwimmen ab und zu in einigen britischen und amerikanischen Zeitungen herum. Am 14. Januar veröffentlichte die britische Zeitung „Daily Telegraph and Morning Post“ eine Meldung ihres Wiener Berichterstatters über die Finanzquellen der nichtexistierenden „Sowjetwaffen“-Lieferungen. Der findige Berichterstatter fabrizierte gleich zwei Sensationen auf einmal: eine, wonach angeblich irgendein „Programm des Informationsbüros Kommunistischer Parteien über Hilfeleistung für den Staat Israel“ existiere, und eine, wonach dies Programm „vermöge ausgedehnten Schmuggels mit amerikanischen Zigaretten“ freigebig finanziert werde.

Augenscheinlich hat der mit dem Mechanismus des Schwarzen Markts wohlvertraute Erfinder einer Zigarettenintervention versucht, seiner Phantasie eine antisowjetische Schattierung zu geben. Der Berichterstatter behauptet, mit amerikanischen Zigaretten werde „unter dem Schutz der Sowjetunion in ganz Mitteleuropa“ Schmuggel betrieben, und die Zigaretten würden von Brüssel nach Budapest, von dort aber „auf sowjetischen Lastautos“ nach — Wien befördert. Was hiermit der Staat Israel und die „Sowjetwaffen“ zu tun haben, bleibt dem Leser schleierhaft. Dafür offenbart sich, in welchem schmutzigen Torweg dieser ganze Fieberwahn des britischen Berichterstatters, dieses mit schwachsinniger Phantasie begabten kleinen Spekulanten, ausgeheckt worden ist. Die Westsektoren Wiens sind ein allgemein bekanntes Zentrum des Schwarzen Marktes, wo amerikanische Zigaretten die Rolle einer zweiten Währung spielen.

Selbst die Brotherren der nicht wählerischen britischen Bourgeoisprese sind offensichtlich zu dem Ergebnis gekommen, daß der Wiener Münchhausen des Guten zu viel getan hat. Liebhaber der Popularisierung seiner provokatorischen „Entdeckung“ ließen sich vorerst nicht finden. Aber diese Solo-Nummer des „Daily Telegraph and Morning Post“ ist überaus bezeichnend. Die Organisatoren umfangreicher britischer und amerikanischer Waffenlieferungen an die arabischen Länder suchen ihre Palästina-Intervention zu vernebeln. Deshalb lassen sie beliebige Lügen vom Stapel, ohne haltzumachen vor den dümmsten Erfindungen à la „Sowjetintervention“ mittels amerikanischer Schmuggelzigaretten.

In der Demokratischen Volksrepublik Korea

(Reisenotizen)

N. LAZINNIK

IN der Demokratischen Volksrepublik Korea begegnet man auf Schritt und Tritt verblüffenden Gegensätzen zwischen Altem und Neuem. Da sehen wir abseits vom Weg, auf einem Reisfeld, einen sonngebräunten Bauern mit breitem Strohhut. Angestrengt stemmt er sich gegen einen Holzpflug und schreitet langsam hinter dem phlegmatischen Zugstier einher. Das ist das Alte.

Aber die Reisfelder, die jahrhundertlang den Gutsbesitzern gehört hatten, wurden nach der Bodenreform im März 1946 den Bauern, den früheren Pächtern, unentgeltlich übergeben. In Nordkorea erhielten mehr als 720 000 landlose und landarme Bauernfamilien über eine Million Hektar Boden. Hunger und Elend wurden im Dorf beseitigt. Mehr als 100 000 Bauern verließen ihre Hütten und siedelten in guteingerichtete Häuser über. Das ist das Neue, das erst nach der Befreiung Koreas durch die Sowjetarmee möglich geworden ist.

... Zwischen zwei stufenartig übereinander liegenden Reisfeldern ist ein großes Rad mit Schalen an den Querbalken zu sehen. Es dient zur Umleitung des Wassers vom unteren Feld auf das obere und wird von einem halbwüchsigen Burschen, der stundenlang rasch auf der Stelle tritt, in Gang gesetzt. Das ist das Alte.

Aber ein paar Kilometer weiter sind auf einem ebensolchen Feld Arbeitergruppen damit beschäftigt, Pfähle zu errichten, Leitungen zu ziehen, einen Transformator, einen Elektromotor und eine Pumpe für eine Bewässerungsanlage zu montieren. Sowohl Motor wie Pumpe wie Transformator sind in den Werken hergestellt worden, die man in Nordkorea während der Nachkriegsjahre gebaut hat. Eisenblech wurde in Korea früher nie produziert. Jetzt wird es von den Werken in Sengdsin geliefert. Auch die Produktion von Kupferdraht, der immer aus Japan importiert worden war, kam in Gang. Das ist das Neue.

Es zeigen sich in Korea mehr und immer mehr Keime des Neuen an jedwedem Wirtschafts-, Kultur- und Lebensabschnitt. In dem Städtchen Tsuoren beobachteten wir z. B. die Arbeit einer landwirtschaftlichen Konsumgenossenschaft. Zu festen Preisen liefert sie den Bauern u. a. Düngemittel, die man in verstaatlichten Werken Nordkoreas erzeugt. Seit 1946 werden alle Bauernwirtschaften gleichmäßig mit Düngemitteln in

genügender Menge versorgt. Die Resultate ließen nicht auf sich warten. Im Jahr 1948 hat die Ernte die des Vorjahrs um 15 Prozent übertroffen und den höchsten Ernteertrag, der unter den Japanern in Nordkorea erbracht worden war, um 20 Prozent überstiegen.

Im Staatsladen in Tsuoren sind die Auslagen mit Schuhwerk, Stoffen, Wirkwaren, Haushaltsgegenständen und Galanteriewaren überfüllt — mit lauter Erzeugnissen der staatlichen und der einheimischen Industrie sowie der Gewerbegenossenschaft. Im Juni 1948 wurden die Staatspreise für Wirkwaren, Seidenstoffe und Haushaltsgegenstände um 25 bis 32 Prozent gesenkt. Durch Regierungsbeschluß vom 1. November 1948 wurden die Lebensmittellationen der Arbeiter und Angestellten erhöht. All dies steigert das Lebenshaltungsniveau der breiten werktätigen Massen Nordkoreas.

In einem neuerrichteten geräumigen Schulgebäude werden tagsüber koreanische Kinder von jungen Lehrern unterrichtet; ebendort finden abends Zirkel zur Liquidierung des Analphabetentums unter den erwachsenen Männern und Frauen statt. Während dreier Jahre unterwies man in den Schulen für Erwachsene mehr als 2 Millionen Analphabeten und Halbanalphabeten.

All dies ist das Neue, ein Resultat der Bemühungen des Volks von Korea und seiner Regierung.

* * *

Reist man vom Süden oder vom Osten her nach P-hjông-jang, so erblickt man aus der Ferne den Berg Moranbong und die sich scharf abhebende weiße Spitze eines gewaltigen Denkmals, das auf seinem Gipfel zu Ehren der Sowjetarmee, der Befreierin Koreas, errichtet ward.

P-hjông-jang, eine Großstadt mit mehr als 400 000 Einwohnern, ist anmutig an beiden Ufern des Daidong gelegen. Auf den Wellen drängen sich Segelschonken. An den Ufern erstrecken sich Anlegestellen in endloser Reihe.

Durch die ganze Stadt verläuft die schöne Hauptstraße, der unlängst der Name J. W. Stalins beigelegt wurde. Die malerische Flußbrücke vereinigt den Industriebezirk Senkiori mit dem Stadtzentrum. Die breite Wontschonni-Straße windet sich den grünen Berg hinan, auf dessen Gipfel

ein massives rotes Gebäude steht. Hier tagt die Oberste Volksversammlung der Republik. In der Nähe erhebt sich, mit pyramidenförmigem Dach, ein viereckiger Turm, der das Regierungsgebäude krönt.

In Nordkorea ist jetzt schwerlich eine Stadt zu finden, in der nicht große öffentliche Bauten — Schulen, Klubs und Krankenhäuser — errichtet würden. Besonders viel wird in P-hjông-jang gebaut. Über den Industriebezirk Senkiori ragen wie blattlose Bäume die Hebekräne zum Bau eines Krankenhauses empor, das aus vielen Gebäuden bestehen wird. Im Zentrum wurde mit dem Bau des Ministeriums für Kommunalwirtschaft begonnen. Binnen 8 Monaten erstand auf der Wontschonni-Straße das große Gebäude des Ministeriums für Fernmeldewesen. In fast jedem Stadtviertel baut man Läden und Wohnhäuser. Der riesige Hauptplatz vor dem zentral gelegenen dreistöckigen Haus, wo früher das Volkskomitee Nordkoreas untergebracht war, jetzt aber die Staatliche Plankommission ihren Sitz hat, wird erweitert und asphaltiert. Überall pflastert man Straßen und Durchfahrten. Im Stadtpark wurde ein schönes Sommertheater mit einem Säulengang und einer breiten Steintreppe errichtet. Man baut die Sportplätze aus und schafft neue Plätze für festtägliche Belustigungen.

Das größte Bauwerk in P-hjông-jang ist das neue Gebäude der Kim-Il-Sung-Universität. Diese am 15. August 1946 eröffnete größte Lehranstalt Koreas ist in zwei Jahren derart gewachsen, daß man von ihr schon drei Hochschulen abgezweigt hat: ein polytechnisches, ein landwirtschaftliches und ein medizinisches Institut. Das alte Gebäude war zu eng geworden. Auf Initiative des Bauern Kim De Won sammelten die Werktätigen Nordkoreas für den Bau des neuen Universitätsgebäudes 120 Millionen Jen. Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten von P-hjông-jang begaben sich nach jedem Arbeitstag zu dem Bau, um ihn bis zum Beginn des Lehrjahrs vollenden zu helfen. In der Rekordfrist von nur 6 Monaten erstand auf der Ödfläche ein mächtiges Gebäude. Die 136 wohlausgerüsteten Hörsäle und Lehrräume sind auf 3000 Studenten berechnet. Am 10. Oktober 1948 erfolgte in dem neuen Universitätsgebäude die feierliche Eröffnung der Lehrfähigkeit. Unter der japanischen Herrschaft hatte es in Nordkorea keine einzige Hochschule gegeben. Jetzt zählt man dort 11 Hochschulen, die von mehr als 10 000 Studenten besucht werden.

* * *

Wir wollten bei Tschung Tschung Tek, dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission

der Demokratischen Volksrepublik Korea. Freundlich begrüßte er uns, ein jugendlicher Mann mit großer Brille, der leise spricht und seine Worte mit behutsamen Handbewegungen unterstreicht. Tschung Tschung Tek berichtete uns über die volkswirtschaftlichen Pläne für die nächsten Jahre. Nach den ersten Voranschlägen wird der Bruttoertrag der Industrieproduktion sich 1950 gegenüber dem von 1948 verdoppeln und den höchsten Vorkriegsstand erheblich übersteigen. Beträchtliche Mittel werden in Kapitalbauten investiert, die Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft wird gesteigert werden, desgleichen die Versorgung der Bevölkerung mit Massenbedarfsartikeln. Erreichen wird man all dies ohne jegliche Anleihen oder ausländische Konzessionen, lediglich durch die eigenen schöpferischen Bemühungen des befreiten Volks.

Ohne in irgendwelche Schriftstücke zu blicken und ohne zu stocken, nannte Tschung Tschung Tek Dutzende Zahlen und legte die kompliziertesten technischen Fragen dar. Und dieser allseitig gebildete Ingenieur hatte unter den Japanern von Beförderung auf einen einigermaßen verantwortlichen Posten nicht einmal träumen können.

Das Vertrauen der koreanischen Industrieleiter in die Zukunft stützt sich auf die wirtschaftlichen Errungenschaften der Republik Korea. Diese spiegeln sich in der Ausstellung wider, die im Sommer v. J. in P-hjông-jang eröffnet wurde.

Bekanntlich war die Wirtschaft Nordkoreas unter der Japanerherrschaft verwahrlost und einseitig entwickelt. Die japanischen Imperialisten duldeten in Korea die Entwicklung nur solcher Industriezweige, die ihre Kriegsmaschinerie mit Rohstoffen versorgten, d. h. der Erzgruben, der Kohlen-, der Hütten- und der Zementindustrie. Die Erzeugnisse wurden fast restlos nach den japanischen Inseln exportiert. Ein Maschinenbau war so gut wie nicht vorhanden. Die Leichtindustrie wurde ganz unzulänglich entwickelt.

Die Japaner brachten im Augenblick ihrer Kapitulation alle Unternehmungen zum Stillstand. Zahlreiche in P-hjông-jang ausgestellte Photographien zeigen die gesprengten Wasserkraftwerke von Funai, die unter Wasser gesetzten Schächte und Erzgruben, die betriebsuntauglich gemachten Hoch- und Koksöfen und die übrigen Zerstörungen.

Schon 1946 wurde mit Hilfe sowjetischer Fachleute die Arbeit der meisten Unternehmungen, darunter sämtliche großen Werke, wiederaufgenommen. Die Verstaatlichung der Großindustrie, des Transportwesens und der Banken, die den Japanern und ihren Helfershelfern gehört hatten, der einheitliche Volkswirtschaftsplan und die Einführung einer vorgeschrittenen Sozialgesetzgebung

waren das Unterpfand schneller Entwicklung der Industrie. Eine erstrangige Rolle spielte die freundschaftliche, uneigennützigte Hilfe der Sowjetunion. Die Bruttoproduktion hat sich 1947 gegenüber der von 1946 um 154 Prozent und zu Beginn des Jahres 1948 um 310 Prozent erhöht. Alle Werktätigen Nordkoreas kämpften für erfolgreiche Erfüllung und Überbietung des Volkswirtschaftsplans für 1948. Das Ergebnis war seine vorfristige Erfüllung. Schon am 18. November 1948 hatten die Chemie-, die Kraftstrom- und die Kohlenindustrie das Jahresproduktionsprogramm erfüllt. Während der ersten Hälfte des Jahrs 1948 betrug die Bruttoproduktion Nordkoreas 415 Prozent der des Jahrs 1946.

Auf der Ausstellung wird gezeigt, wie Korea Stab neuer Techniker in drei Jahren herangewachsen ist. Die Zahl der qualifizierten Arbeiter hat sich verzehnfacht. Etliche tausend Techniker haben Speziallehranstalten absolviert. Aus den Reihen der Praktiker sind mehr als tausend zu Ingenieuren und Betriebsleitern befördert worden. Während der Japanerherrschaft aber hatte es auf Kommandoposten in den Betrieben keine Koreaner gegeben.

An den Ausstellungsständen in P-hjông-jang sahen wir die Porträts der Rationalisatoren und der Bestarbeiter, die hervorragende Erfolge erzielten und ihre Kameraden besser arbeiten lehrten. Die Arbeitsproduktivität hat sich 1948 gegenüber 1946 verdreifacht und übersteigt beträchtlich die höchste Arbeitsproduktivität aus der Herrschaftszeit der Japaner. Wir sahen das Porträt Kim Go Mans, des berühmten Kohlenhäusers aus der Grube Sadon. Die Führungsteilnehmer aus Konan erkannten auf einem Porträt in einem Apparatediener der Stickstoffabteilung, dem Urheber vieler Erfindungen und Rationalisierungsvorschläge, die alljährlich eine Ersparnis von hunderttausenden Jen ergeben, ihren Landsmann Tschö Hi Min.

* * *

Die nationale Kultur erreicht in Nordkorea rasch eine Wiedergeburt und Blütezeit. Im Oktober 1948 wohnten wir zwei Uraufführungen der unlängst eröffneten P-hjông-janger Staatsoper bei. Das erstemal zeigte man die Oper „Tschun Chian“, die der begabte Komponist Li Men San nach einer antiken Legende, einer Schilderung der Volksbedrückung und -unterjochung durch kaiserliche Beamte vor 300 Jahren, verfaßt hat. Die zweite Oper, „Die acht Engel des Perlenbergs“, stammt von dem Komponisten Pak Ten Nju. Sie basiert, ebenso wie auch die erste Oper, auf Volksmotiven und -melodien, welche die Kultur eines modernen Symphonieorchesters bereichert.

Die jungen Opernsänger verfügen über gute Stimmen, viele singen ihre Partien vortrefflich. Im Gedächtnis haftet das begabte Spiel der jungen Hauptdarstellerin Pek. In P-hjông-jang konzertieren das Staatliche Symphonieorchester, der Staatschor sowie das Ensemble für Lieder und Tänze unter Leitung der Dirigenten Ten Jur Sen und Sin Do Son. Zum Spielplan dieser Ensembles gehören die vorzüglichen Werke der Komponisten Ten Jur Sen, Kim Mon Ju, P-ha Tsen He, Il Men Na, P-ha Ha Ni, Ham Lja In, verfaßt zu Texten der Dichter Ju Han Dschun, Pak Su Een u. a.

Die bekannte koreanische Tänzerin Tsoi Ssyn Hi, die in vielen europäischen und amerikanischen Hauptstädten gastierte, leitet in P-hjông-jang das Ballettstudio, zu dem 60 Personen gehören und das in ganz Nordkorea auftritt. Tsoi Ssyn Hi hat in den Dörfern halbvergessene Volkstänze ermittelt und schafft selber neue Tänze. Ihre Tochter An Ssyn Hi erhielt auf der Prager Internationalen Festspielwoche zwei Preise für die Darbietung koreanischer und europäischer Tänze.

Die Amateurlustkünstler sind eine Schmiede für Schauspielkader. Sie existieren in jedem Großbetrieb, jeder Schule und vielen Dörfern. Der P-hjông-janger gemischte Amateurchor zählt mehr als 200 Teilnehmer und zeichnet sich durch hohe Meisterschaft seiner Darbietungen aus.

* * *

Im Dezember 1948 wurde die Evakuierung der Sowjettruppen aus Nordkorea zum Abschluß gebracht. Die letzten Militärzüge fuhren nach Norden. Über dem Meer tauchten die steilen bewaldeten Anhöhen bei der Stadt Tschengdingbu auf. Im August 1945 waren diese Anhöhen von oben bis unten von Schützengräben durchzogen und durchweg mit MG-Nestern besät. Das japanische Kommando hielt die Befestigungsanlagen im Raum von Tschengdingbu für uneinnehmbar. Aber ein Bataillon sowjetischer Marine-Infanterie nahm diese scheinbar unbezwingbaren Anhöhen im Sturm und hielt sie, bis Verstärkungen eintrafen.

Beim Abzug aus Tschengdingbu setzten die Japaner die Fabriken in Brand und sprengten die Eisenbetonbrücken. In ohnmächtiger Wut vernichteten sie ganze Viertel koreanischer Holzhäuschen. Jetzt sind die Verheerungen nirgends mehr zu erkennen. Die Schornsteine aller Betriebe rauchen, neue Häuserquartale schimmern in frischen Farben. Stolz ragen auf den Hauptplätzen prächtige Obelisksen empor, die das koreanische Volk zu Ehren seiner Befreier errichtet hat.

Während ihres dreijährigen Aufenthalts in

Nordkorea haben die Sowjettruppen der koreanischen Bevölkerung die volle Möglichkeit geboten, demokratische Verwaltungskörperschaften einzusetzen, und die nationale Wiedergeburt Koreas unablässig unterstützt. Darum drückt jeder Koreaner, der Schüler wie der Greis, der Arbeiter wie der Bauer, den Sowjetkämpfern seine tiefe Erkenntlichkeit aus, was mitunter rührende Formen annimmt.

Man überschüttete die Truppenzüge der abfahrenden Sowjetsoldaten mit Blumen. Die Bauern brachten Hühner, Ferkel, Eier, koreanischen Schnaps—Suri—und bewirteten die Sowjetkämpfer. Voll Herzlichkeit nahmen diese von der Bevölkerung Abschied. Auf der Brust vieler von ihnen erglänzt unterhalb der Sowjetorden und -medaillen auch die Medaille „Für die Befreiung Koreas“, mit der die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Korea alle an der Befreiung des Landes Beteiligten ausgezeichnet hat.

Die Volkskomitees der Provinzen und Bezirke werden von Geschenken und Dankschreiben überflutet, in denen die Bevölkerung der entlegensten und einsamsten Dörfchen dem Sowjetvolk und seinem großen Führer, dem Genossen Stalin, ihre Erkenntlichkeit ausdrückt. Der Wortlaut von Kundgebungen an die Sowjetregierung und an ihren Führer ward kunstvoll in Seidentücher gewebt.

... Die Werktätigen des koreanischen Dorfs haben die Gewohnheit, einander mit den Worten „Sugo hesemnida“ zu begrüßen, was bedeutet: „Ihr schafft viel und gut.“ Beim Rückblick und im Gedenken an die Erfolge, die das fleißige koreanische Volk in drei Jahren errungen hat, fühlen sich die Sowjetkämpfer von tiefem Glauben an seine glorreiche und glückliche Zukunft durchdrungen. Sie sagten ihren koreanischen Freunden Lebewohl mit den Worten: „Sugo hesemnida, sugo hesemnida!“

In Mexiko

(Reisenotizen)

J. KOLOSSOW

DER ZUG Neuyork — Mexiko City überquert nachts den Grenzfluß Rio Grande del Norte. Als Schaffner erscheinen in den Waggons an Stelle von Negern quecksilbrige kleine Mexikaner. Man hört die flinke spanische Sprache.

Die Gepäckkontrolle, eine an der Grenze nun einmal übliche Prozedur, hat hier eine Sonderbedeutung. Der Rio Grande del Norte, der „Große Nordfluß“, dient als „große Heerstraße“ für die Einschmuggelung amerikanischer Waren nach Mexiko. Allen Angaben zufolge wird dies Geschäft gründlich und schwungvoll betrieben. Nach mexikanischen Zeitungsmeldungen haben die Zollbeamten selber dabei ihre Hand im Spiel...

Morgens zeigt sich hinter dem Wagenfenster ein für Nordmexiko typisches Landschaftsbild: ödes Flachland mit Bergen am Horizont. Zahllose Kakteen, die gewaltigen Kandelabern ähneln, lassen die Gegend wunderbar-phantastisch erscheinen. Weder Wege noch Siedlungen sind zu sehen. Der Zug dringt allmählich tief ins Gebirge, das immer mehr ansteigt. Am Bahnkörper ragen

neben den Schildern, welche die Entfernungen nach den nächsten Stationen bezeichnen, kleine Pfähle mit Zahlen empor: „1800“, „2000“, „2100“ — die nach Metern gemessene Höhe über dem Meeresspiegel. Mexiko ist ein Gebirgsland. Seine Hauptstadt liegt 2200 Meter hoch.

Auf der nächsten Station begegnen wir den ersten Ortseinwohnern. Sie sind armselig und einförmig gekleidet. Die Männer tragen Cowboyhemden und Hosen aus billigem Baumwollstoff. Über die Schultern hängt der unvermeidliche „Sarape“, ein grobgewebter Überwurf. Rings um die Frauen lärmen Schwärme schmutziger, zerlumpeter Kinder. Um die Wette bieten viele Bettler und Kleinhändler den Reisenden primitive Heimgeerbezeugnisse an.

* * *

Mexiko City ist groß und schön. Viele Städtviertel versinken förmlich im Grün der Gärten und Parks. In der Ferne, über den Häuserdächern und den grünen Baumkronen, tauchen die Spitzen der Gebirgskette auf, die die Hauptstadt umgibt.

Ein kompliziertes Hauptstraßenlabyrinth bildet den Brennpunkt des Geschäftslebens der Stadt. Hier gibt es Hunderte von Läden, Kontoren und Banken. Über den Asphalt jagen Automobile, die Benzingestank verbreiten. Ein unendlicher Menschenstrom ergießt sich über die Bürgersteige. Die Luft ist vom Dröhnen der Lautsprecherklänge und von den Rufen der Straßenhändler erfüllt, die Lotterielose und allerlei Kleinkram feilbieten.

Aber der erste Eindruck von Mexiko Citys brausender Geschäftsenergie ist trügerisch. Bald bemerkt man auf den Straßen eine große Anzahl junger gesunder Männer und Frauen, die nichts Nützliches treiben. Darunter sind viele Arbeitslose, die durch die chronischen Wirtschaftsschwierigkeiten des Landes zu unfreiwilliger Untätigkeit verdammt sind. Aber es gibt auch viele Spekulanten und jederlei dunkle Geschäftemacher.

Die amerikanischen Lieferanten vermochten fast den ganzen Handel in Mexiko an sich zu reißen. An den Waren in den hiesigen Läden erblickt der Käufer stets den Aufdruck „Made in USA“. Autos, Funkgeräte und elektrische Apparate, Kühlschränke, Grammophonplatten, Geschirr, Schuhwerk, Konfektion und sogar die breitrandigen mexikanischen Hüte — all dies wird von USA-Firmen geliefert. Nicht leicht ist in den Läden eine Ware einheimischer Herkunft aufzutreiben. Die mexikanische Industrie ist der Konkurrenz mit den USA nicht gewachsen, die den Markt mit allen erdenklichen Massenfabrikaten überschwemmen.

Übrigens erklärt sich dieser Warenüberfluß hauptsächlich aus den hohen Preisen, die für breite Bevölkerungsschichten unerschwinglich sind. In den Innenbezirken des Landes sind Hunderttausende bis zum heutigen Tage gezwungen, sich beim Einkauf von Industriewaren auf ein Minimum zu beschränken und mit Heimgewerbezeugnissen auszukommen.

Abseits vom Geschäftszentrum der Stadt liegt der von den einheimischen Krösussen bewohnte Bezirk. Längs der mit Palmen und Rosensträuchern bepflanzten Alleen erheben sich prächtige Häuser und elegante Villen. Hier ist es still und sauber. Nur selten gleitet eine Luxuslimousine über den Asphalt. Verstärkte Polizeistreifen hüten die Ruhe der Gebiete von Banken und Handelsfirmen. Von der übrigen Stadt trennt dies aristokratische Schutzrevier ein 2 bis 3 Kilometer breiter Gürtel von Grünanlagen.

Aber man braucht vom Stadtzentrum aus nur ein paar Schritte nach der entgegengesetzten Seite zu tun, um in eine andere Welt zu geraten. Hier beginnen die Bezirke, in denen die Armut haust, die typischen Elendsviertel einer kapitalistischen Großstadt. Schmutzige alte Häuser; keine Grün-

anlagen; gesundheitswidrige Straßen und Höfe. Hier florieren Trunksucht, Banditentum, Prostitution und Polizeiwillkür. Etliche Häuserblocks weit erstrecken sich gewaltige Märkte. Zwischen den Händlern, die sich mit ihren Waren direkt auf dem Fahrdamm oder dem Bürgersteig niedergelassen haben, laufen hungrige herrenlose Hunde umher, die in Abfällen wühlen.

In Mexiko City gibt es viele Hotels und Restaurants. Aber dort ist der einfache Mexikaner selten zu sehen. Ein Mittagessen für 50 bis 80 Peso ist für den Arbeiter oder Angestellten, dessen Tagesverdienst 7 bis 12 Peso beträgt, unerschwinglich.

Die Hotel- und Restaurantbesucher sind vorwiegend amerikanische Vergnügungsreisende, die Mexiko auf der Jagd nach Exotik bereisen. Für den Bedarf dieser reichen Gäste öffnen sich nachts zahlreiche Varietés und verdächtige Kneipen.

Wir überzeugten uns, daß in Mexiko, dessen begabtes Volk Musik, Gesang und Tanz liebt und schätzt, niemand die wahre Volkskunst unterstützt und für ihre Entwicklung sorgt. Das Stadttheater, ein Prachtgebäude mit gut ausgestattetem Zuschauerraum, ist höchstens zweimal bis dreimal jährlich geöffnet, wenn gastierende Schauspieler hierher einen Abstecher machen; es hat keine ständige Schauspielertruppe.

Das Kino schlägt alles aus dem Felde. Über die ganze Stadt sind große und kleine Kinos verstreut. Die Filmgeschäftsleute machen sich die Schaulust der Mexikaner mit großem Vorteil zunutze. Aber man bekommt auf der Leinwand bloß amerikanische Filme zu sehen. Die einheimische Filmproduktion bleibt, obwohl sie durchweg weit besser als die Hollywooder Filme ist, den Zuschauern fast unzugänglich. Das liegt daran, daß die Verträge, die von den Kinobesitzern mit amerikanischen Filmverleihfirmen getätigt werden, den mexikanischen Filmen den Zugang zur Leinwand verammeln.

Es gelang uns, den mexikanischen Film „Rio escondido“ (Der verborgene Fluß) zu sehen. Dieser Film ist sowohl seines Inhalts wie seines Schicksals wegen beachtlich. Er beginnt damit, daß Präsident Aleman eine junge Lehrerin in ein abgelegenes mexikanisches Dorf entsendet, damit sie die edle Mission erfülle, die junge Generation heranzubilden. Nach der Absicht der Filmbesteller sollte dies die Sorge der Behörden für das Wohlergehen des Volks demonstrieren. Aber die Filmregisseure und -schauspieler hielten sich an die Wahrheit und stellten mit großer Durchschlagskraft die Rückständigkeit der mexikanischen Provinz und das Elend der unterdrückten Bevölkerung dar.

Zusammen mit der Filmheldin gerät der Zuschauer in ein Dorf im Norden des Landes. Die Bauern leiden Hunger, Not, Krankheit, sie leiden unter der Willkür der Ortsbehörden. Es wird z. B. folgende Szene gezeigt: ein Beamter der Ortsbehörde jagt die Schüler auf die Straße und richtet sich in der Schule einen Pferdestall ein. Mit wachsender Erregung folgt der Zuschauer dem Kampf der jungen Lehrerin (deren Rolle die bekannte mexikanische Filmschauspielerin Maria Felix spielt) gegen den Despotismus der Behörden, gegen die Unaufgeklärtheit und Unwissenheit der Bevölkerung. Alle finsternen Kräfte des Dorfs ziehen gegen die Lehrerin zu Felde. Sie geht zugrunde. Allerdings erhält sie an ihrem Sterbetag einen Brief vom Präsidenten, in dem er ihr nachträglich seinen Dank für ihre opferwillige Arbeit ausspricht. Aber dieser zur Beschönigung angehängte Schluß vermag die Wahrheit über das schwere Leben der mexikanischen Dorfbewohner nicht zu vertuschen.

Der Film hatte großen Erfolg. Das rief bei den Machthabern Besorgnis hervor. Wie auf Kommando erklärten die Zeitungen, der Film stelle das Leben der mexikanischen Bauern falsch dar. Man suchte ihn zu schmähen. Aber wer kann besser als der mexikanische Zuschauer selber beurteilen, ob der Film wahrheitsgetreu ist? Und bei den Zuschauern fand er volle Anerkennung.

* * *

Yucatán ist eine große Halbinsel im Südosten von Mexiko. Es ist dies nicht nur ein einzelner Staat, sondern auch gleichsam vom übrigen Land abgesondert. Unter den Einwohnern von Yucatán sind separatistische Tendenzen bislang stark verbreitet. Ihre Wurzeln muß man in der Geschichte des Landes suchen, zu jener Zeit, da das Mayavolk isoliert auf der Halbinsel lebte. Es gibt jedoch für die Isoliertheit der Yucateken auch neuere Gründe. Das mittlere Mexiko ist weder durch eine Bahnstrecke noch durch eine Chaussee mit der Halbinsel verbunden. Der Verkehr wird nur durch Flugzeuge aufrechterhalten.

Frühmorgens steigt das Flugzeug in Mexiko City auf. Die Luftreise nach Mérida, der Hauptstadt von Yucatán, dauert drei Stunden. Bei der Annäherung an das Flugziel legen die Passagiere, zu denen viele amerikanische Vergnügungsreisende und ein paar amerikanische Großhändler gehören, ihre Jacketts und Schlipse ab und knöpfen ihre Hemdkragen auf. Yucatán, ein trockenes, halbwüdes Flachland ohne Flüsse, erstreckt sich mit spärlicher Vegetation über Hunderte von Kilometern.

Mérida ist ein reinliches Städtchen mit 115 000 Einwohnern. Ihre Hauptmasse bewohnt die Alt-

stadt, die aus engen Gäßchen besteht und einen großen Marktplatz sowie einen altertümlichen Dom aufweist. Die geradlinigen grünen Hauptstraßen der Neustadt sind von den Häusern der einheimischen Aristokratie eingesäumt.

Der Bezirk Mérida ist der Mittelpunkt der Seilfabrikation Yucatáns. Es gibt hier über 100 große und kleine Fabriken, die sich mit der Verarbeitung von Henequen (Spinnfasern) befassen. Aber jetzt sind die Betriebe mangels Bestellungen größtenteils stillgelegt. Die Seilproduktion stagniert. In Mérida herrschen Arbeitslosigkeit und Hunger. Die Stagnation ist darin begründet, daß die amerikanischen Firmen seit einiger Zeit hier den Ankauf von Fertigwaren eingestellt und den Bezug von Rohstoffen aufgenommen haben.

Die Besitzer derjenigen Fabriken, die noch in Betrieb sind, suchen einen Ausweg aus den Schwierigkeiten auf Kosten der Arbeiter. Wir weilten in einigen Fabriken. In den Fabrikabteilungen, die eine niedrige Decke haben und schlecht beleuchtet sind, ist es dumpf und heiß. In der Luft hängt ein derart dichter Staub von den Rohfasern, daß die Arbeiter zeitweise fast unsichtbar sind. Es gibt in der Regel keine Ventilation, die Menschen sind in Schweiß gebadet. Das nasse Tuch, mit dem die Arbeiter Nase und Mund verdecken, schützt natürlich nicht die Lungen. Für die erschöpfende Arbeit während eines langen Tages werden 6 bis 7 Peso gezahlt. Das reicht kaum für ein Hungerdasein.

Die Arbeitsbedingungen auf den Plantagen, wo man Henequen züchtet, sind gleichfalls äußerst schwer. Henequen wächst auf Steinboden und bedarf fast keiner Feuchtigkeit, aber man muß 7 Jahre warten, damit seine Blütschäfte zur Faserverarbeitung taugen.

Die Dörfer, in denen die Plantagentagelöhner hausen, sind von erschreckender Primitivität. Immer stehen die Türen der Lehmhütten sperrangelweit offen: ihre Bewohner brauchen keine Diebe zu fürchten, weil sie nichts besitzen, was gestohlen werden könnte. Der Bauer in Yucatán nährt sich hauptsächlich von Maisfladen, die die Frauen wie vor 200 Jahren auf heißen Steinen backen.

Die Vergnügungsreisenden, die Yucatán aufsuchen, interessieren sich nicht für die Henequenplantagen, sondern für die berühmten Bauten der Maya. Die von den kunstvollen Baumeistern dieses Volks errichteten Pyramiden sind etwa 2000 Jahre alt. Ihre Ruinen bieten einen eindrucksvollen und schönen Anblick. Aus Stein gemeißelte Statuen, strahlende Fresken, deren Farben ihre Frische bewahrt haben, zeugen von der hohen Kultur des Mayavolks, das von den europäischen Eroberern Mexikos ausgerottet wurde. Die Pyramiden sind

zu staatlichen Schutzstätten erklärt worden, aber viele der kostbarsten antiken Kunsterzeugnisse wurden von amerikanischen Geschäftsleuten weggeschafft.

Am Ufer des Golfs von Mexiko, 36 Kilometer von Mérida entfernt, befindet sich der Hafen Progreso. Sein tönender Name ist wohl das einzige, dessen dies Städtchen sich rühmen kann. Genau so wie vielen andern mexikanischen Städten ist ihm der Stempel der Stagnation aufgedrückt. Infolge des niedrigen Wasserstands können an der einzigen Mole dieses Hafen nur kleine Schiffe anlegen. Dampfer pflügen auf der Außenreebe zu ankern. Die Frachten schafft man auf Segelbarken herbei. Alle Hafenarbeiten werden mit der Hand verrichtet. Die mexikanischen Arbeiter werden so niedrig entlohnt, daß die Unternehmer die Einführung von Maschinen für unvorteilhaft erachten.

Die Yucateken sind ein ehrliches, fleißiges Volk mit stark entwickeltem Gefühl für nationale Würde. Die einheimischen Frauen tragen bis auf den heutigen Tag eine altertümliche Tracht: ein weißes, bis zu den Fersen reichendes Hemd aus selbstgewebtem Stoff. In ganz Mexiko sind die feinen Erzeugnisse der Yucatáner Goldschmiede bekannt.

Die Lebensbedingungen sind hier sehr hart. Das kostbarste und seltenste Gut ist das Wasser. In den Villen und auf den reichen Gutshöfen gibt es artesische Brunnen. Aber die Bevölkerungsmasse kann von derlei Luxus nicht einmal träumen. Die seltenen Regentage sind Festtage für die Armen. Alle, vom Greis bis zum Kind, bemühen sich dann, die kostbaren, von den Dächern rieselnden Wasserstrahlen aufzufangen.

* * *

... Der Staat Chiapas liegt im Südwestwinkel des Landes. Dies Gebiet ist das vollkommene Gegenteil des steinigen Yucatán. Steigt der Passagier auf dem Flugplatz nahe der Stadt Tapachula aus dem Flugzeug, so gerät er auf der Stelle in die Dschungel. Dampf und schwül ist die Tropenluft. Dickichte wild wachsender, von Lianen umrankter Palmen, von zahlreichen Bächlein und Sümpfen durchquerte Bananenhaine — das ist die örtliche Landschaft. Bekannt ist Chiapas durch seine Bananenpflanzungen. Amerikanische Obstfirmen und Plantagenbesitzer verdienen ganze Vermögen am Bananenexport in die USA. Aber das Tropenparadies erweist sich als wahre Hölle für die Tausende, die sich mit der Aufzucht und dem Einsammeln der Früchte befassen. Karglich wird die schwere Arbeit auf den Plantagen bezahlt. Die Menschen leiden unter Hitze und Stechmücken sowie an Sumpffieber.

An Naturschätzen ist Mexiko überaus reich. Die Naturreichtümer und die Mannigfaltigkeit der klimatischen Bedingungen könnten seinem Volk ein gesichertes und glückliches Leben bieten. Aber das Volk von Mexiko ist ebensowenig Herr seiner Reichtümer wie die Völker der anderen Länder des amerikanischen Kontinents. Die durch seine Arbeit geschaffenen Werte verschwinden in den Taschen ausländischer Monopolherren und bereichern eine Handvoll einheimischer Geschäftemacher und Politikaster. Was die Hauptmasse der Bevölkerung anbelangt, so werden ihr nur kümmerliche Brocken zuteil.

Die mexikanische Wirtschaft ist von einer chronischen Krise befallen, ihre Abhängigkeit von den USA wächst mit jedem Jahr. Wirtschaftszweige wie Bergbau und Elektrotechnik, wie Hüttenwesen und Maschinenbau befinden sich zu neun Zehnteln in den Händen des amerikanischen Kapitals. Mexikanische Blätter bewerten die Summe der amerikanischen Kapitalanlagen in Mexiko mit 500 Millionen Dollar.

Die amerikanischen Monopole wandeln Mexiko in ihre Kolonie um. Das Land hat reiche Vorkommen an Blei, Zink, Kupfer, Silber, Gold, Molybdän, Wismut und anderen Metallen. Die amerikanischen Monopolkonzerne verfügen unumschränkt über alle diese Ressourcen. Es gibt in dem Lande keine eigenen Reinigungs- und Aufbereitungsfabriken. Das von Mexikanern gewonnene Erz wird zur Verarbeitung in die USA geschafft. Was für das Yucatáner Seil gilt, das gilt eigentlich für die gesamte mexikanische Industrie. Kennzeichnend ist, daß Mexiko sogar das Blei für seinen eigenen Bedarf jetzt gemäß Vertrag mit der amerikanischen Firma American Smelting & Refining Co. in streng begrenzten Mengen erhält.

Mexiko gehören 42 Prozent der Weltausbeute an Silber. Wir weilten in der Gegend der Stadt Taxo. Das Städtchen liegt am Hang eines buchstäblich aus Silbererz bestehenden Bergs. Abends erstrahlen Lichter im Berg: die Grubenarbeit geht Tag und Nacht vor sich. Der ganze Berg ist von tiefen Schächten und Stollen durchzogen. Aber in Taxo gebieten amerikanische Firmen.

Die amerikanische Luftfahrtgesellschaft Pan-American Airways kontrolliert den gesamten Luftverkehr im Lande. Die Compañía Mexicana de Aviación kann mit ihr nicht konkurrieren und fristet ein klägliches Dasein. Sie verfügt über primitive Flugplätze und über Apparate veralteter Typen. Indes hat die amerikanische Gesellschaft in Mexiko eine Reihe Flugplätze angelegt, die die größten Flugzeuge aufnehmen können. In Süd-mexiko sahen wir in einer entlegenen Wüste einen gut ausgerüsteten Flugplatz mit mehreren

betonierten Rollbahnen. Er stellte sich als amerikanischer Flugplatz heraus. Wozu ist er hier, in der Wüste, angelegt worden? Unser Mitpassagier, ein Mexikaner, erklärte, daß wir uns an einem strategisch sehr wichtigen Punkt befänden: an der schmalsten Stelle Mexikos zwischen dem Atlantischen und dem Stillen Ozean. Die Umsicht der amerikanischen Zivilluftfahrtgesellschaft wurde auf einmal begreiflich.

Die Erdölindustrie, die die mexikanische Regierung bekanntlich vor 10 Jahren den amerikanischen Trusten entzogen und der staatlichen mexikanischen Gesellschaft Pemex (Petroleos Mexicanos) übereignet hat, nimmt in der einheimischen Industrie eine Ausnahmestellung ein. Jetzt aber macht sie schwere Tage durch. Als Repressivmaßnahme wegen Kündigung der Erdölkonzessionen weigern sich die amerikanischen Firmen,

Mexiko mit Rohren und sonstiger Ausrüstung zu beliefern. Es werden alle Maßnahmen ergriffen, um Mexiko an der Stabilisierung seiner eigenen Erdölindustrie zu hindern.

Am Beispiel der wirtschaftlichen Stagnation in Mexiko — einem der größten Länder des amerikanischen Kontinents — zeigt sich deutlich, was die von der Wall-Street-Diplomatie proklamierte berüchtigte Politik des „guten Nachbarn“ in Wirklichkeit bedeutet. Mit Hilfe dieser Politik soll die einheimische Wirtschaft gedrosselt, das Land kolonisiert, seine jahrhundertalte soziale und wirtschaftliche Rückständigkeit verankert werden. Kein Wunder, daß die mexikanischen Volksmassen den Yankee-Imperialismus hassen. Die Entwicklung der demokratischen Bewegung im Lande ist mit dem Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus untrennbar verknüpft.

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

Ein Buch über die Politik der Atomimperialisten

M. RUBINSTEIN

Ein Buch des namhaften englischen Physikers Prof. Blackett, „Die militärischen und politischen Konsequenzen der Atomenergie“*, hat verdienstmaßen in der internationalen Öffentlichkeit Beachtung gefunden. Die Reaktionen allerdings, die den Büchermarkt der USA und Englands mit Strömen pseudowissenschaftlicher Literatur über Fragen der Atomenergie überschwemmen, hat das Werk in Wut gebracht. Nicht wenige von den erwähnten Sudeleien, die den Zweck verfolgen, die Politik der Brandstifter eines neuen Krieges zu rechtfertigen, erscheinen auf Bestellung der amerikanischen Monopole und Militaristen unter der Marke verschiedener amerikanischer Universitäten und Forschungsorganisationen. Von um so größerer Bedeutung ist das Buch Prof. Blacketts, der über die Politik der Atomimperialisten die Wahrheit sagt.

Während des ersten Weltkriegs war Blackett Marineoffizier. Nach dem Kriege warf er sich auf experimentell-physikalische Untersuchungen und machte sich durch große Entdeckungen in der Erforschung des Atomkerns und der kosmischen Strahlen einen bedeutenden Namen. Gleichzeitig verfolgte Blackett auch weiter aufmerksam die Entwicklung des Kriegswesens. Im August 1945 wurde er zum Mitglied des von der britischen Regierung eingesetzten beratenden Ausschusses über Fragen der Atomenergie (Advisory Committee on Atomic Energy) ernannt. Im Vorwort seines Buches teilt Blackett mit, er habe, je länger er in diesem Ausschuß arbeitete, immer mehr die Überzeugung gewonnen, „daß die Politik Britanniens und der Vereinigten Staaten — denn die beiden schienen im wesentlichen dieselben zu sein — Pfade verfolgt hat, die ebenso unrealistisch in ihrer militärischen

Grundlage waren, wie in ihren politischen Konsequenzen wahrscheinlich verheerend (disastrous)“.

Nach einer Analyse der Hauptquellen der Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und den anderen Ausschußmitgliedern gelangte Blackett zu dem Schluß, daß solche Meinungsverschiedenheiten erstens in der verschiedenen Beurteilung einer möglichen Rückwirkung der Atomwaffe auf Kriege zwischen den Großmächten bestehen, und zweitens in dem verschiedenen Herangehen an Fragen der internationalen Politik in der heutigen Welt. Blackett untersuchte an Hand aller ihm zugänglichen Quellen aufmerksam die politischen und militärischen Folgen einer Ausnutzung der Atomenergie in ihrem wechselseitigen Zusammenhang, und nachdem das Advisory Committee on Atomic Energy im Frühjahr 1948 aufgelöst worden war, entschloß er sich, die Ergebnisse seiner Untersuchungen in Buchform zu veröffentlichen.

Das Buch hat einen so umfassenden Inhalt, daß es im Rahmen eines Zeitschriftenartikels nicht möglich ist, auch nur die interessantesten Tatsachenangaben, Gedanken und Schlußfolgerungen dieses Buches sämtlich zu beleuchten. Wir gehen daher nur auf einige von ihnen ein.

1. DIE ROLLE DER LUFTANGRIFFE IM ZWEITEN WELTKRIEG

In der Erkenntnis, daß es unmöglich ist, die Zukunft vorauszusagen, ohne die Vergangenheit studiert zu haben, widmet Blackett einen bedeutenden Teil seines Buches einer eingehenden Analyse der Rolle, die die vor Herstellung der Atombombe bekannten Mittel der Massenvernichtung im zweiten Weltkrieg gespielt haben, in erster Linie die sogenannten „strategischen“ Luftangriffe englischer und amerikanischer Flugzeuge auf Deutschland und Japan. Zu diesem Zweck analysiert Blackett die ausführlichen offiziellen Berichte über die Ergebnisse der Bomben-

* P. M. S. Blackett, Military and Political Consequences of Atomic Energy, London 1948.

abwürfe über Deutschland und Japan. Diese Berichte beweisen, wie er schreibt, „die verblühende Wirkungslosigkeit (the surprising ineffectiveness) ... der Bombenangriffe auf deutsche Städte, die einen so wichtigen Teil der britischen Kriegsoperationen konstituierten“.

Blackett erklärt, die Engländer hätten als erste eine Kampagne strategischer Bombenangriffe planmäßig vorbereitet und zu verwirklichen versucht, um allein mit Luftstreitkräften entscheidende Ergebnisse zu erzielen. Dies war, wie er schreibt, keine notgedrungene Improvisation, sondern eine schon lange vor dem Krieg ausgearbeitete bewußte Politik, die auf der Theorie des italienischen Faschistengenerals Douhet beruht, ja diese abenteuerliche Theorie, richtiger gesagt, sogar vorwegnahm.

Welches waren nun also die Ergebnisse der britisch-amerikanischen Luftstrategie? Britische und amerikanische Flugzeuge warfen während des zweiten Weltkrieges insgesamt etwa 2,7 Millionen Tonnen Bomben ab. Hiervon wurde ungefähr die Hälfte — 1,35 Millionen Tonnen — auf deutsche Städte abgeworfen.

Indessen erlitt die deutsche Kriegsproduktion durch die Bombenangriffe nur sehr geringe Einbuße. Einer Erklärung des Hauptmarschalls der britischen Luftstreitkräfte, Lord Tedders, zufolge setzten diese Angriffe im Jahre 1943 die Produktion der deutschen Industrie überhaupt um 10 Prozent und die Produktion von Rüstungsbedarf sogar nur um 5 Prozent herab. Die Herstellung von Panzern und Flugzeugen stieg trotz der Bombenangriffe weiter an, bis die Offensive der Sowjetarmeen der gesamten Kriegsmaschinerie Hitlers die entscheidenden Schläge versetzte. Deutschland wurde vor allem durch die Landschlachten an der sowjetisch-deutschen Front niedergeworfen, wo die Hitlerwehrmacht mehr als drei Viertel ihrer riesigen Verluste erlitt.

Der englisch-amerikanische Versuch, mit der Zerstörung von Städten durch Bombenflugzeuge von großem Aktionsradius Krieg zu führen, erwies sich also als ein strategisches Fiasko.

Die britisch-amerikanische Ausgabe der faschistischen Theorie Douhets, wonach die Bomber als Mittel der Massenzerstörung von Städten, gegen die es angeblich „keine Verteidigung gibt“, in modernen Kriegen die entscheidende Rolle spielen, ist also ebenso gescheitert wie Hitlers Theorie vom „Blitzkrieg“.

Blacketts Meinung zufolge ist diese Lehre des zweiten Weltkrieges von größter Bedeutung für die Beurteilung der Rolle, die die Atomwaffe und andere neue Mittel der Massenzerstörung spielen. Der englische Professor erhärtet seine Schlußfolgerungen ferner durch eine Untersuchung der Resultate, die der von der bürgerlichen Presse so reklamehaft aufgebaute Abwurf der beiden Atombomben im August 1945 im Krieg gegen Japan erbracht hat.

2. DIE ROLLE DER ATOMBOMBEN IM KRIEG GEGEN JAPAN

Blackett ist der Auffassung, daß die bis heute noch nicht restlos geklärten Hintergründe des Beschlusses der USA-Regierung, die Atombomben im Krieg gegen Japan einzusetzen, ein nicht nur historisches Interesse bieten.

Schon im Juni 1945, also einen Monat vor der Explosion der ersten Versuchsatombombe im Staate Neu-Mexiko, legte der Ausschuß für soziale und politische Folgen der Atomenergie (Committee on Social and Political Implications) bei der University of Chicago dem Kriegsminister der USA einen Geheimbericht vor, der dann erst 1946 veröffentlicht wurde. In diesem Bericht führte der Ausschuß, dessen Vorsitzender Prof. James Franck war, den Nachweis, daß die USA das Monopol auf die Atom-

bomben nicht wahren können, und empfahl der Regierung nachdrücklich, keine Atombomben im Krieg gegen Japan einzusetzen. Eine derartige Demonstration werde, so erklärte der Ausschuß warnend, unweigerlich zu einem Wettüben führen und ein internationales Abkommen über die Kontrolle der Atomenergie in äußerstem Maße erschweren.

Zur Unterstützung dieses vom Franck-Ausschuß unternehmen Schritts unterbreiteten 64 namhafte Wissenschaftler, die mit dem „metallurgischen Projekt“ zu tun hatten, Präsident Truman eine Petition, worin sie gegen den Einsatz von Atombomben zwecks Zerstörung japanischer Städte protestierten. Viele amerikanische Gelehrte fühlten sich, bemerkte Blackett, schwer beunruhigt durch den Gedanken, daß die Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Arbeiten für Zwecke ausgenutzt werden sollten, die sie für militärisch nutzlos hielten und die gleichzeitig unmenschlich waren.

Soweit man nach den vorliegenden fragmentarischen Angaben urteilen könne, glaubt Blackett, daß der Präsident und die militärischen Führer der USA bis Juli 1945 die Anwendung von Atombomben gegen Japan gleichfalls für militärisch nutzlos hielten. Dann erfolgte plötzlich eine volle Schwenkung in der Stellungnahme der führenden USA-Kreise. Um diese Schwenkung zu rechtfertigen, wurde flugs das später in allen Tonarten variierte Argument in die Welt gesetzt, durch die Atombomben habe sich der Krieg verkürzen lassen und so sei hunderttausenden Soldaten der USA und verbündeter Mächte das Leben gerettet worden.

Blackett entlarvt diese offizielle Legende. Nach einer genauen Analyse amtlicher Schriftstücke sowie eines in „Harper's Magazine“ veröffentlichten Aufsatzes des früheren USA-Kriegsministers Stimson tut Blackett dar, daß keinerlei überzeugende militärische Gründe für den plötzlichen Beschluß, Atombomben gegen japanische Städte einzusetzen, vorgelegt haben, wohl aber ein beachtenswerter „diplomatischer“ Grund, nämlich das Bestreben, das internationale Kräfteverhältnis in der Nachkriegszeit zu verändern.

Die Kräfte der japanischen Armee waren bis zum Juli 1945 unberührt geblieben. Die Sowjetunion hatte auf der Jaltaer Konferenz die Verpflichtung übernommen, zwei bis drei Monate nach dem Sieg über Deutschland in den Krieg gegen Japan einzutreten. Dies war ein Teil des von den Verbündeten koordinierten Kriegsplans. Die britisch-amerikanische Armeeführung begrüßte offiziell den bevorstehenden Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen Japan. Sie wußte ausgezeichnet, wie gründlich sich die sowjetischen Streitkräfte zur Offensive gegen Japan gerüstet hatten, und konnte sich die Ergebnisse dieser Offensive vorstellen. Die regierenden Kreise der USA und Englands hatten, erklärt Blackett, große Angst vor diesen Ergebnissen und bemüht sich sogar, sie abzuwenden oder doch wenigstens abzuschwächen. Aus diesen Gründen wurde nach der Versuchsexplosion im Staate Neu-Mexiko beschlossen, Atombomben einzusetzen. Die beiden damals fertigen Atombomben wurden schleunigst über den Stillen Ozean geflogen und auf japanische Städte abgeworfen, in erster Linie, um durch einen unerhörten Lärm über die Atombomben die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung von der siegreichen Offensive der Sowjettruppen in der Mandschurei abzulenken, die bei der Zerschlagung des japanischen Imperialismus zum entscheidenden Faktor wurde. Man warf also, so folgert Blackett, zwei Tage vor Beginn der sowjetischen Offensive die Atombomben ab, um der Sowjetunion „vorzuzukommen“ und damit der amerikanischen Imperialismus das Recht eines unkontrollierten Schaltens und Waltens in Japan beanspruchen konnte. Blackett schreibt:

„So ... war der Abwurf der Atombomben nicht so sehr der letzte militärische Akt des zweiten Weltkrieges, als der erste Akt des diplomatischen kalten Krieges gegen Rußland, der heute voranschreitet.“ (p. 127.)

Die Reklamebehauptung, die Atombomben hätten Millionen von Soldaten das Leben gerettet, war, wie Blackett schreibt, eine willkommene Pille zur Beruhigung des Gewissens vieler amerikanischer Gelehrter, die die Wahrheit argwöhnten, aber nicht zugeben wollten, daß diese Legende durch und durch verlogen ist. Mit Hilfe der starken amerikanischen „Industrie“ zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung nutzten die Atomimperialisten geschickt das Märchen von den Atomwohlthaten aus, um die Vorbereitung eines neuen Krieges zu propagieren, der angeblich außerordentlich billig sei und einen Blitzsieg garantiere.

Wo Blackett von der Wirkung dieser Propaganda auf gewisse Amerikaner spricht, da erinnert er an die Anekdoten über jenen Irländer, der, nachdem er die Reklame für einen Ofen gelesen hatte, der den halben Brennstoff spare, den Entschluß faßte, gleich zwei solche Öfen zu kaufen, um den ganzen Brennstoff zu sparen.

Wenn zwei Atombomben, so urteilen diese Amerikaner, einer Million amerikanischen Soldaten im Krieg gegen Japan das Leben zu retten vermöchten, so würden in einem Krieg gegen die Sowjetunion hundert Atombomben sie sämtlich retten, da dieser Krieg, wie die amerikanische Propaganda versichert, ja ohnehin unvermeidlich sei. Die Monopressen behauptet Tag für Tag, „ein Druckauf-den-Knopf-Krieg“ sei für die Amerikaner bequem, billig und ungefährlich. Blackett bezeichnet dies als provokatorischen Unsinn, der von den Atomimperialisten verbreitet werde, um ihre Politik zu rechtfertigen.

In anderen Kapiteln seines Buches widerlegt Blackett ferner die nach der Explosion der Atombomben in Japan in den USA verbreitete militärische Theorie, die besagt, ein Krieg zwischen den Großmächten könne von zahlenmäßig schwachen Streitkräften mit einer großen Anzahl von Atombomben gewonnen werden. Er widerlegt sie als eine neue Ausgabe der berüchtigten Theorie Fullers. Blackett beweist die Absurdität der Vorstellung, daß es möglich sei, mit Hilfe von Atombomben die Weltherrschaft zu erlangen und sich alle anderen Völker botmäßig zu machen. In diesem Zusammenhang übt er scharfe Kritik an der in Kreisen amerikanischer Wissenschaftler umlaufenden Theorie von der Verwandlung der UNO in eine „Weltregierung“.

Blackett weist richtig darauf hin, daß die UNO kein „Oberstaat“ werden, sondern nur eine Vereinigung der bestehenden Staaten zur Aufrechterhaltung eines dauerhaften Friedens sein kann, und daß durch die Atombomben an dieser Sachlage nichts geändert wird. Der Schutz des Friedens ist nach der Herstellung von Atombomben zu einem noch dringenderen Problem geworden, sie haben an seinem Wesen jedoch nichts geändert.

3. DIE ANWENDUNG DER ATOMENERGIE FÜR FRIEDLICHE ZWECKE

Von unzweifelhaftem Interesse ist ein kleines Kapitel in Blacketts Buch, das der friedlichen Anwendung der Atomenergie gewidmet ist, wenn es auch in diesem Kapitel einzelne unserer Meinung nach strittige und ungenügend begründete Thesen gibt. Blackett bezeichnet als die drei Hauptgebiete, auf denen sich die Atomenergie für nicht-militärische Zwecke verwenden ließe, die Herstellung von radioaktiven Elementen für medizinische Zwecke, die Gewinnung von radioaktiven markierten Atomen und Strahlungen für wissenschaftliche Untersuchungen und industrielle Prozesse, und schließlich die Gewinnung von Energie, darunter von Wärme, für Industrie- und Haus-

haltungszwecke. Nun ist Blackett der Meinung, daß für Länder, die mit Kohle, Erdöl oder Wasserkraftquellen schon „genügend versorgt“ sind, in erster Linie die Ausnutzung radioaktiver markierter Atome in verschiedenen Wissenschaftszweigen, besonders in der Chemie und der Biochemie, in Betracht kommt. Besonders nachdrücklich wird behauptet, radioaktive Isotope seien für die USA wichtiger als die Verwendung von Atomenergie zu Heizungs- und Treibzwecken, da die USA über einen leistungsfähigen energetischen Apparat verfügten.

Wir halten die These von der „genügenden“ Entwicklung der Energiewirtschaft in den USA und England für unrichtig. Blackett verwechselt in diesem Fall die Interessen der kapitalistischen Monopole mit den Interessen des Landes und des Volkes im ganzen. Er erklärt, in den USA gebe es sowieso schon genügend mechanische Energie, und deshalb werde die Anwendung der Atomenergie dort für lange Zeit ökonomisch nicht zweckmäßig sein (p. 95). Er bemerkt jedoch, daß die Besitzer der energetischen Konzerne vor der Entwicklung eines so mächtigen neuen Konkurrenten wie die Atomenergie Angst haben.

Wo der englische Gelehrte die weitgehenden Möglichkeiten und Aussichten einer Anwendung und Weiterentwicklung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken in der Sowjetunion betont, spricht er auch von dem Bestreben der amerikanischen Atomdiplomaten, die Ausnutzung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken nicht nur in den USA, sondern auch in allen anderen Ländern, besonders in der Sowjetunion, zu verhindern.

4. DER BARUCHPLAN UND DIE AMERIKANISCHE POLITIK DER ATOMERPRESSEREI

Einen bedeutenden Teil seines Buches widmet Blackett dem Gang der internationalen Verhandlungen über die Kontrolle der Atomenergie und der Klarstellung der Ursachen für das Scheitern dieser Verhandlungen.

Er untersucht eingehend den Baruchplan, der im Atomkontrollausschuß der UNO im Juni 1946 im Namen der USA-Regierung eingebracht wurde.

Blackett gelangt zu den nachstehenden Schlußfolgerungen:

1. Die Annahme des Baruchplans würde nicht die Vernichtung der Atombombenvorräte in den USA bedeuten, sie würde vielmehr sogar die Liquidierung der Atomwaffe auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verlegen.

2. Der Baruchplan macht es sich zur Aufgabe, die friedliche Ausnutzung der Atomenergie in allen Ländern zu hemmen und insbesondere die ökonomische und technische Weiterentwicklung der Sowjetunion zu behindern.

3. Das wichtigste Ziel des Baruchplans besteht darin, auf dem Gebiet der Atomenergie den USA zur Weltherrschaft zu verhelfen und sich zu diesem Zweck der internationalen Kontrollkörperschaft zu bedienen, worin die USA-Vertreter die Herren sein würden.

4. Der Baruchplan ist darauf berechnet, unter dem Aushängeschild der UNO ein umfassendes System militärischer und industrieller Spionage gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie aufzubauen.

5. Die vom Baruchplan festgesetzte „Stadialität“ ist so beschaffen, daß die USA es unter einem beliebigen technischen Vorwand ablehnen können, dem letzten Stadium zu genügen, d. h. die Atomwaffen zu vernichten. Es gibt somit keine Garantie dafür, daß die USA die Atomwaffe abschaffen, selbst wenn die Sowjetunion alle in dem Plan enthaltenen Bedingungen erfüllt.

Von diesen Schlußfolgerungen ausgehend schließt Blackett, daß einflußreiche regierende Kreise der USA überhaupt gegen eine internationale Kontrolle der Atomenergie

sind, und daß sie den Baruchplan vorgeschlagen haben, weil er für die Sowjetunion offensichtlich unannehmbar ist. Blackett schreibt:

„Da die Vereinten Nationen aber nun einmal das Prinzip internationaler Kontrolle angenommen hatten, wandte diese Gruppe die offenkundige Taktik an, eine Form der Kontrolle zu fördern, die so einseitig war, daß sie für die Sowjetunion glattweg unannehmbar (clearly unacceptable) ist. So kann die Unterstützung des Baruchplans teilweise in einem Versuch ihren Ursprung haben, überhaupt jedwede Art von Kontrolle zu blockieren.“ (p. 142.)

Der Baruchplan war, wie Blackett bemerkt, eine Art Vorläufer der Trumandoktrin und des berühmten „Kreuzzugs“ gegen den Kommunismus. Blackett betrachtet diesen Plan zutreffend als ein unwegdenkbares Zubehör des Weltherrschaftsstrebens der USA.

In einem besonderen Kapitel legt Blackett die Sowjetvorschläge hinsichtlich der Kontrolle der Atomenergie eingehend dar und verurteilt entschieden den von den Vertretern der Westmächte eingenommenen Standpunkt. Die Sowjetregierung hatte, so betont er, „sehr gute Gründe, die amerikanischen Vorschläge abzulehnen“, die Sackgasse, in die der Ausschuß bei seiner Arbeit geraten ist, sei eine Folge der Politik der Westmächte gewesen.

Die Sowjetdelegation tat, wie Blackett bemerkt, alles Erdenkliche, um ein Abkommen zustande zu bringen, aber alle diese Bestrebungen seien bei der von den USA-Vertretern geführten Mehrheit auf hartnäckigen Widerstand gestoßen.

5. DIE HEUTIGE LAGE UND DIE PERSPEKTIVEN

Hinsichtlich der Aussichten der Atomdiplomatie ist der englische Gelehrte der Meinung, daß die Militärführung der USA trotz des Geheuls der wütendsten Kriegsbrandstifter in Amerika, die einen „Präventivkrieg“ für notwendig halten, schwerlich im Ernst an ein solches Abenteuer denkt. Besteht doch kein Zweifel darüber, daß dieses ganze Unterfangen seine Initiatoren in kürzester Frist in die Katastrophe führen würde. Die USA besitzen weder genügende Landstreitkräfte noch verlässliche Verbündete in Europa, als daß sie auf Erfolg rechnen können.

Blackett unterstreicht die bedeutsamen politischen Gegensätze, die zwischen den Ländern Westeuropas einerseits und den USA andererseits auftreten. Die Militarisierung Westdeutschlands und die Absicht, die Völker der westeuropäischen Staaten zum Kanonenfutter einer künftigen Aggression zu machen, ist eine bei den Volksmassen mehr als unpopuläre Politik. Vielleicht möchten die amerikanischen Kriegsbrandstifter einen Krieg entfesseln, aber ihre Arme sind zu kurz, und Blackett meint, daß sie das wissen.

Das reiche Tatsachenmaterial und die Argumentation des englischen Gelehrten bestätigen die These des Genossen A. Schdanow, „daß zwischen dem Wunsch der Imperialisten, einen neuen Krieg zu entfesseln, und der Möglichkeit, einen solchen Krieg zuwege zu bringen, eine riesige Kluft liegt“.

Der Politik der amerikanischen Imperialisten stellt Blackett die Politik der Sowjetunion gegenüber, die auf Festigung des Friedens, auf Beseitigung der Kriegszerstörungen und auf Erfüllung der gewaltigen volkswirtschaftlichen Entwicklungspläne bedacht ist. Es sei nicht gelungen, die Sowjetunion einzuschüchtern. Die Politik der Atompresserei sei entlarvt worden und gescheitert. Sie habe zu Ergebnissen geführt, entgegengesetzt denjenigen, die ihre Initiatoren anstrebten. Sie habe zur Stärkung des internationalen Ansehens der Sowjetunion geführt und den kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern

noch größeren Einfluß gebracht. Die Propaganda der amerikanischen Kriegsbrandstifter, die von der Gefahr eines Atomangriffs auf die USA reden, habe, bemerkt Blackett, wie ein Bumerang auf Amerika selbst zurückgeschlagen.

* * *

Blacketts Buch hat bei allen seinen Vorzügen einen wesentlichen Mangel aufzuweisen. Dieser Mangel liegt in dem Verzicht auf eine soziale und ökonomische Analyse, die die Grundlage liefert für das Verständnis der in dem Buch behandelten verwickelten militärischen und politischen Probleme. Blackett analysiert die Gegensätze der Staaten, aber er sieht gar nicht oder fast gar nicht die Gegensätze und den Kampf der Klassen. Er erwähnt im Vorbeigehen die „sozialen Spannungen“ und spricht sogar davon, in Europa werde, falls die USA die Atomwaffe einzusetzen versuchen, ein „Bürgerkrieg“ beginnen. Er übersieht jedoch die sozialen und ökonomischen Ursachen dieser „Spannungen“, ebenso wie den ganzen Kreis der wirtschaftlichen Probleme, durch deren Untersuchung sich die Hintergründe der aggressiven USA-Politik und des Weltherrschaftsstrebens der USA enthüllen lassen. Blackett sagt kaum ein Wort über die Rolle, die die kapitalistischen Monopole in dieser Politik spielen. Wir haben bereits bemerkt, daß diese methodologischen Schranken des Autors sein Urteil über einige Seiten der Frage nach den Aussichten einer Anwendung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken unvollständig macht und etwas entstellt. Die gleiche Ursache hindert Blackett zu erkennen, aus welchen sozialen und ökonomischen Ursachen volkdemokratische Staaten entstehen und sich entwickeln. Er reduziert ihre Zusammenarbeit untereinander und mit der Sowjetunion ausschließlich auf eine militärisch-politische Grundlage.

Aber diese Mängel schmälern nicht die große Bedeutung des Buches vom Standpunkt des Kampfes der Völker gegen die Kräfte der Reaktion und der Aggression, die danach streben, einen neuen Weltkrieg zu entfesseln.

Blackett ist kein Marxist, kein Kommunist. Er ist ein großer Naturforscher, der ehrlich und wahrhaftig versucht hat, den Knäuel der imperialistischen Atompolitik zu entwirren, die die Menschheit, die Wissenschaft und die Kultur mit neuen Katastrophen bedroht. Um so kennzeichnender ist es, daß Blackett auf seinem eigenen, besonderen Wege im Grunde zu den gleichen wichtigsten Schlußfolgerungen und Vorschlägen gelangt ist, die die Sowjetdelegation im Atomausschuß und in der Vollversammlung der UNO von allem Anfang an konsequent vertreten hat.

Blacketts Buch beweist die wachsende Isolierung der Anhänger der Atomwaffe in der Weltöffentlichkeit.

Kein Wunder, daß das Erscheinen dieser Schrift bei den Brandstiftern eines neuen Krieges wütendes Geheul ausgelöst hat. Zunächst hörte man einen scharfen Rundfunkverweis aus dem Munde Andersons, des Vorsitzenden des Advisory Committee on Atomic Energy, der früher Blacketts „Vorgesetzter“ war. Dann begann eine Presse- und Rundfunkhetze gegen das Buch, betrieben von den zahlreichen „Forschungszentralen“, die es zu ihrer Spezialität gemacht haben, sich unter dem Aushängeschild der Wissenschaft mit Atompresserei zu befassen. Blacketts Buch hat diese „gelehrten“ Handlanger der Monopole mitten ins Herz getroffen. Dafür aber hat es bei den fortschrittlichen Gebildeten, bei allen, denen die Interessen des Friedens und der Demokratie, der Fortschritt wahrer Wissenschaft und Kultur teuer sind, wärmste Unterstützung gefunden.

Eine wertvolle Waffe im Kampf für einen festgefügtten Frieden — so charakterisiert die fortschrittliche Öffentlichkeit der demokratischen Länder das interessante und aktuelle Buch Professor Blacketts.

14. Januar

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas veröffentlicht die Bedingungen, unter denen Friedensverhandlungen mit der Nankinger Regierung oder beliebigen örtlichen Kuomintang-Machtorganen begonnen werden können. Diese Bedingungen sehen vor: Bestrafung der Kriegsverbrecher, Aufhebung der Scheinverfassung, Abschaffung der von der Kuomintang eingeführten traditionellen Rechtsinstitutionen, Umgestaltung aller reaktionären Armeen nach demokratischen Prinzipien, Einziehung der Kapitalien der Bürokratie, Bodenreform, Annullierung der verräterischen Verträge, Einberufung des Politischen Konsultativrats unter Ausschluß der reaktionären Elemente zwecks Bildung einer demokratischen Koalitionsregierung.

15. Januar

Die Regierungen Englands und der USA lehnen das Ansuchen der Regierung Tschiangkaischek ab, bei Friedensverhandlungen mit der Kommunistischen Partei die Vermittlerrolle zu übernehmen.

17. Januar

Das am 8. Januar erfolgte Ansuchen der chinesischen Regierung, bei Friedensverhandlungen mit der Kommunistischen Partei Chinas als Vermittler zu fungieren, wird von der Sowjetregierung abgelehnt, da sie sich nach wie vor an das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder hält. Die Sowjetregierung führt in ihrem Antwortschreiben aus, daß die Wiederherstellung der Einheit Chinas als demokratischen und friedliebenden Staates Sache des chinesischen Volkes selbst ist und ohne fremdländische Einmischung auf dem Wege direkter Verhandlungen erreicht werden kann.

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

Januar 1949

Eröffnung der Exekutivbürotagung der Weltföderation der Gewerkschaften in Paris. Vincent Tewson, der Generalsekretär des britischen Trade-Union-Kongresses, beantragt, die Weltföderation der Gewerkschaften solle auf ein Jahr ihre Tätigkeit einstellen.

In Neuyork beginnt ein Prozeß gegen 12 Führer der Kommunistischen Partei der USA; sie werden der Propaganda für die Prinzipien des Marxismus-Leninismus beschuldigt, was als Propaganda für einen gewaltsamen Sturz der USA-Regierung ausgelegt wird.

Die westlichen Besatzungsmächte bilden ein sogenanntes „Amt für militärische Sicherheit“ für Westdeutschland, das im Grunde genommen ausersehen ist, an die Stelle des Viermächtekontrollapparats zu treten.

In London wird eine neue Separatkonferenz der Westmächte zwecks Ausarbeitung des Besatzungsstatuts für Westdeutschland eröffnet.

18. Januar

In Moskau wird ein Protokoll über gegenseitige Warenlieferungen der Sowjetunion und Bulgariens für 1949 unterzeichnet. Der gesamte Warenaustausch wird im Vergleich zu 1948 um 20 Prozent steigen.

19. Januar

Auf der Exekutivbürotagung der Weltföderation der Gewerkschaften lehnt die Mehrheit der Teilnehmer

es ab, über den Antrag des britischen Trade-Union-Kongresses betr. Einstellung der Tätigkeit der Föderation abzustimmen, da das Exekutivbüro nicht bevollmächtigt ist, über das weitere Bestehen der Föderation zu entscheiden. Aus dem gleichen Grund wird auch ein neuer, ultimativer Antrag J. B. Careys und V. Tewsons, die Weltföderation aufzulösen, zurückgewiesen. A. Deakin, J. B. Carey und, ihnen folgend, Kupers, Vertreter einer der holländischen Gewerkschaftsvereinigungen, erklären ihren Austritt aus der Föderation und verlassen die Sitzung.

Die Exekutivbürotagung setzt ihre Arbeiten fort und wählt Di Vittorio, den Generalsekretär der Allgemeinen Arbeitskonföderation Italiens, zu ihrem provisorischen Vorsitzenden.

20. Januar

Veröffentlichung einer Mitteilung der Zentralen Statistischen Verwaltung beim Ministerrat der UdSSR über die im Jahr 1948 erzielten Ergebnisse in der Erfüllung des Staatsplans für die Wiederherstellung und Weiterentwicklung der Volkswirtschaft der Sowjetunion. Der Bruttoproduktionsplan der gesamten Sowjetindustrie für 1948 wurde zu 106 Prozent erfüllt, der Plan für die ersten drei Jahre des Fünfjahrplans zu 103 Prozent. Im Jahre 1948 überstieg die Bruttoproduktion der gesamten Industrie die von 1947 um 27 Prozent und überragte das Niveau des Vorkriegsjahres 1940 um 18 Prozent. Die Bruttogetreidernte betrug in der ganzen Sowjetunion über 7 Milliarden Pud (1 Pud = 16 kg). Die Anbaufläche ist im Vergleich zu 1947 um 13,8 Millionen Hektar gewachsen. Die Reallöhne und -gehälter der Arbeiter und Angestellten sind im Vergleich zu denen des Jahres 1947 auf mehr als das Doppelte gestiegen.

Das Exekutivbüro der Weltföderation der Gewerkschaften erörtert in

ordentlicher Sitzung Aufnahmege-suche der Gewerkschaften Südrho-desias, Siams, der Philippinen, Tunis' und Chiles; die Anträge werden vom Exekutivbüro befürwortet.

—
In Delhi wird eine Konferenz der Länder Asiens und des Nahen Ostens eröffnet.

—
In Washington findet der feierliche Amtsantritt von Präsident Truman und Vizepräsident Barkley statt.

—
Sophoulis bildet eine neue griechi-sche Regierung.

21. Januar

Fünfundzwanzigster Todestag W. I. Lenins, des Gründers der bolschewistischen Partei und Schöp-fers des Sowjetstaats. In allen Städ-ten der Sowjetunion und der volks-demokratischen Länder sowie in Frankreich, den USA, Indien und anderen Ländern finden Trauerver-sammlungen und -kundgebungen statt.

Abschluß der Exekutivbürotagung der Weltföderation der Gewerk-schaften in Paris. Das Exekutivbüro setzte die Tagesordnung für die zum 28. Januar einberufene Exe-kutivkomiteesitzung fest und nahm einen Aufruf an, gerichtet an die Arbeiter und Arbeiterinnen der ganzen Welt, in dem zur Festigung der Einheit der Werktätigen und zur Stärkung und Fortentwicklung der Weltföderation der Gewerk-schaften aufgefordert wird.

—
Die Sozialistische Partei Italiens lehnt die Annahme eines Ultimatums des Komitees für internationale Sozialistenkonferenzen ab und wei-gert sich, das Einheitsfrontabkom-men mit der Kommunistischen Par-tei zu brechen.

—
Zweigorganisationen englischer Trade Unions veranstalten Protest-kundgebungen gegen die spalteri-sche Tätigkeit der TUC-Führer in der Weltföderation der Gewerk-schaften.

—
Tschiangkaischek verläßt Nanking, nachdem er seine Obliegenheiten als

Präsident Chinas dem Vizepräsi-den Litsungjen übertragen hat.

22. Januar

In Bern treten Gewerkschafts-führer aus den USA und acht Mar-shallplan-Ländern zu einer Beratung zusammen, auf der beschlossen wird, in Paris eine Organisation zur „Koordinierung der gewerkschaft-lichen Zusammenarbeit“ zwecks Durchführung des „europäischen Wiederaufbauprogramms“ zu grün-den.

—
In Kopenhagen wird eine Konfe-renz der Ministerpräsidenten, Außenminister und Kriegsminister Schwedens, Norwegens und Däne-marks eröffnet.

23. Januar

W. W. Kusnezow, Vorsitzender des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion, kehrt aus Paris nach Moskau zurück.

—
Wahlen zum japanischen Unter-haus.

VERLAGSANGEIEN

STAATSVIRLAG FÜR GEOGRAPHISCHE LITERATUR

Neuerscheinungen:

- P. I. GLUSCHAKOW — *Die Mandschurei. Wirtschaftsgeographischer Abriß.* 264 S., Rbl. 7,50
- A. D. DOBROWOLSKI — *F. P. Litkes Seereisen.* Herausgegeben von N. N. Subow. (In der Serie „Russische Weltreisende“.) 80 S., Rbl. 1,25
- F. P. LITKE — *Reise um die Welt mit der Kriegsschaluppe „Senjwin“.* 1826—1829. 2. Auflage. 304 S., Rbl. 11,—
- F. P. LITKE — *Vier Fahrten in das Nördliche Eismeer mit der Kriegsschiff „Nowaja Semlja“ in den Jahren 1821—1824.* 334 S., Rbl. 12,80
- I. P. MAGIDOWITSCH — *Die japanischen Inseln.* Geographischer Abriß. 248 S., Rbl. 7,—
- N. M. PRZEWALSKI — *Vom Saïssan über Hami nach Tibet und an den Oberlauf des Gelben Flusses.* 406 S., Rbl. 15,50
- N. M. PRZEWALSKI — *Von Kjachta zu den Quellen des Gelben Flusses, Erforschung der nördlichen Randgebiete Tibets und des Weges über Lob-Nor durch das Tarimbecken.* 366 S., Rbl. 14,85
- W. STEFANSSON — *Die gastfreundliche Arktis.* 2. Auflage. 328 S., Rbl. 11,—
Eine Polarexpedition 1908—1912.

Alles in russischer Sprache.

SENDEPLAN DES MOSKAUER RUNDFUNKS IN DEUTSCHER SPRACHE

Täglich (Mitteleuropäische Zeit)	Wellenlängen		
	Kurzwellen:	Mittelwellen:	Langwellen:
8.00—8.30	19,43 25,79 31,06 49,42	415,50	—
16.00—16.30	19,43 25,79 31,06 40,76 49,42	415,50	—
17.00—18.00	30,90 31,06 40,76 41,67 49,42	415,50	—
19.00—20.00	30,90 31,06 40,76 41,67	—	—
21.00—21.30	30,90 49,76 49,42	415,50	—
Jeden Mittwoch und jeden Sonntag außerdem: 22.30—23.30	30,90 31,65 49,26 49,42	377,40 415,50 541,60	1115

Täglich in allen Sendungen: Tagesnachrichten. Kommentare zu aktuellen Fragen des internationalen Lebens sowie Berichte und Skizzen über die Sowjetunion.

Täglich 16.00: Zeitungsschau vom Tage (Überblick über die Sowjetpresse).

Täglich 17.00: Konzert. (Jeden Sonnabend Wunschkonzert, jeden Mittwoch und jeden Sonntag)

Bunte Abende aus Lagern für deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion.)

Täglich 21.00 (außer sonnabends und sonntags): Konzert.

Jeden Sonnabend und jeden Sonntag 21.00: Literatur-, Musik- und Kunstsendungen.

Jeden Mittwoch und jeden Sonntag 22.30: einstündige Konzerte. Sonntags abschließend Proben aus den Musiksendungen der kommenden Woche.

Außerdem im Rahmen der täglichen Sendungen:

Montags 19.00: Sendung für die deutschen Bauern.

Dienstags 19.00: Sendung für Geistesschaffende.

Jeden Mittwoch, Sonnabend und Sonntag 19.00: Sendung für die deutsche Jugend.

Donnerstags 17.00: Sendung für die deutschen Frauen.

Donnerstags 19.00: Sendung für die Werktätigen des Ruhrgebiets.

Freitags 19.00: Sendung für die deutschen Arbeiter.

Sonntags 19.00: Briefkasten.

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH IN
RUSSISCHER,
DEUTSCHER,
ENGLISCHER UND
FRANZÖSISCHER SPRACHE.

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS. SIE INFORMIERT ÜBER DAS LEBEN DER
VÖLKER ALLER LÄNDER UND IHREN KAMPF FÜR
DEMOKRATIE, DAUERHAFTEN FRIEDEN UND SICHER-
HEIT. DIE ZEITSCHRIFT ENTLARVT DIE RÄNKE DER
FEINDE DES FRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN
ZUSAMMENARBEIT UND FÜHRT EINEN KAMPF
GEGEN DIE KRIEGSBANDSTIFTER. SIE TRITT GEGEN
FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN DER
REAKTIONÄREN PRESSE AUF.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics